LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 3.16

Landentwicklung mit Geschmack _ 34
Neue Rubrik: Prozesse und Methoden _ 40
Wie naturbewusst sind die Deutschen? _ 44

Multitalent Wald

dvs*
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Europäischer
Landwirtschaftsfonds
für die Entwicklung
des ländlichen Raums:
Hier investiert Europa
in die ländlichen
Gebiete.

Inhalt

Seite 34 __
Landentwicklung mit Geschmack

Seite 40 __
Neue Rubrik: Prozesse und Methoden

Seite 44 __
Wie naturbewusst sind die Deutschen?

Für das Netzwerk

INSIDE

05 __ LandInForm: Neue Rubrik und Aufruf
05 __ Neue DVS-Mitarbeiterin
05 __ Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“
05 __ LEADER-Flyer für Ihre PR – jetzt bestellbar!

DAS WAR

06 __ Kreative Vermarktung von Milch
07 __ Naturschutz und Landwirtschaft Hand in Hand
07 __ Innenentwicklung – strategisch und gemeinsam
08 __ Vom Einfluss des Wetters bis zur Stickstoff-Düngung

DAS KOMMT

08 __ Biohühner, Trinkjoghurt und Schweinegesundheit
09 __ Wie stellt sich die Landwirtschaft auf den Klimawandel ein?
09 __ Wie lassen sich Fachkräfte gewinnen?

Im Fokus

EINFÜHRUNG

10 __ INTRO
12 __ Wald – wertvolles und begehrtes Multitalent
14 __ Quo vadis Wald?

WIRTSCHAFT

16 __ Arbeitsplatz Forst
18 __ Angebot = Nachfrage? – Interview
19 __ Energiewende im Wald
20 __ Holz aus der Heimat
22 __ Kleinwald gebündelt bewirtschaften

NATUR

24 __ Naturschutz und Nutzung kombinieren – Interview
26 __ Die Natur im Wald

GESELLSCHAFT

28 __ Urlauber als Waldaktionäre – Interview
29 __ Sprechen wir über den Wald
30 __ Willkommen im wilden Wald – Interview
31 __ Eine Nacht im Wald

ab Seite 10 __
Im Fokus: Multitalent Wald

Wir schätzen den Wald, denn er erbringt eine große Vielfalt an Leistungen. Welche dieser Leistungen die wichtigsten sind, wird aber unterschiedlich empfunden. Wie lassen sich unterschiedliche Interessen in Einklang bringen?

Aus der Praxis

32 __ Im Zeichen der springenden Kuh

34 __ **Landentwicklung mit Geschmack**
In der Metzgerei von Frank Martin in Bingen gibt es seit 2015 eine besondere Leberpastete: Kirsch-Leberpaté. Auch im Dorfladen Filsen am Rheinsteig werden außergewöhnliche, regionale Produkte angeboten. Sie tragen den Markennamen „Mittelrhein-Kirschen“.

37 __ Ein Wirtschaftsfestival in der Altmark

38 __ Versorgung aus eigener Kraft

Prozesse und Methoden

40 __ **Gespräche auf der Haferkiste**
Neuigkeiten erfuhr man in Südwestfalen früher vor allem auf der Haferkiste im Stall – heute reist eine symbolische Haferkiste von Dorf zu Dorf und lädt zum gegenseitigen Austausch ein.

Forschung trifft Praxis

42 __ Energiewende vor Ort – ein anspruchsvolles Projekt

Perspektiven

BILDUNG UND FORSCHUNG

44 __ **Wie naturbewusst sind die Deutschen?**
Sind die Menschen in Deutschland über den Zustand der Natur in ihrem Land informiert? Eine repräsentative Befragung zeigt: Die Mehrheit schon, aber die Einschätzungen gehen weit auseinander. Besonders von jüngeren Menschen und Bewohnern größerer Städte wird der Artenrückgang unterschätzt.

POLITIK UND GESELLSCHAFT

46 __ Ein Schirm für LEADER?

47 __ Was bringt das neue EEG? – Interview

48 __ Herausforderung Pflanzenzüchtung

PARTNER UND EXPERTEN

49 __ Erster Ernährungsrat gegründet

50 __ Drehscheibe für landwirtschaftliche Innovationen

52 __ Die Position: Können wir auf dem Land alt werden?

53 __ Leserbriefe

Service

54 __ angelesen

55 __ angekündigt

56 __ Termine

Fotos: Annette Braun-Lüllemann / ADD-Trier, SWF-Agentur, micromonkey / Fotolia.com, Francois / photocase.de

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Wald muss viele Funktionen erfüllen: Er soll Arbeitsplätze bieten, Einkommen und Wertschöpfung sichern und gleichzeitig Lebensraum für zu schützende Arten sein. Laut den Waldgesetzen der Länder sollen Privat-, Kommunal- und Staatsforste nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, aber auch mit Gemeinwohlverpflichtung bewirtschaftet werden. Die Betreuung von Naturwaldreservaten und Naturschutzgebieten gehört dazu. Gleichzeitig wächst der Holzhunger für Bau und Heizung.

Aber auch die besondere Verantwortung Deutschlands als Kerngebiet für Buchenwälder ist unumstritten. Nicht umsonst hat das UNESCO-Welterbekomitee 2011 fünf naturbelassene Buchenwaldgebiete in Deutschland in die Liste des Welterbes aufgenommen. Über 180 Jahre alte Buchenwälder sind jedoch auch hierzulande, im Zentrum der europäischen Buchenwaldverbreitung, eine Rarität. Die meisten Buchen werden deutlich jünger gefällt. Die Frage ist, wer die finanziellen Lasten schultern soll, die entstehen, wenn man auf den frühen Hieb verzichtet?

Dass der Wald der Naherholung, dem Tourismus und der Regionalentwicklung dienen kann, machen beispielsweise die deutschen Nationalparke vor. Wenn es politisch gewollt ist, Ertragsziele nicht in den Vordergrund zu stellen, können andere Schwerpunkte gesetzt werden. Dann kann der Förster im Landeswald den Bäumen mehr Zeit zum Wachsen lassen, den Totholzanteil erhöhen, Horstbäume sichern und damit Vielfalt schaffen. In den Gremien der Landesbetriebe wird darüber entschieden. Im Privatwald wäre Vertragsnaturschutz ein Weg, Naturschutzmaßnahmen anzustoßen und zu kompensieren. Doch nach den Schwierigkeiten mit der Umsetzung von Natura-2000-Gebieten im Wald haben viele Privatwaldbesitzer Angst um die künftige Deutungshoheit, sodass diese Angebote – soweit vorhanden – bisher wenig genutzt werden. Der Ruf der holzverarbeitenden Industrie und der Verbraucher nach mehr Nadelholz aus deutschen Wäldern und die seit sechs Jahren höheren Holzpreise für Fichte machen die Integration von Naturschutzzielen in den Privatwald nicht einfacher.

Verschiedene Möglichkeiten, mit den Anforderungen umzugehen, finden Sie im Fokusthema dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12500 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),
Redaktion: Anja Rath, Isabella Mahler, Andrea Birrenbach, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Unterstützung:
K2 – Agentur für Kommunikation

Titelbild: maspi / photocase.com
Rückseite: Photographee.eu / Fotolia.com

Gestaltung: MedienMélange:Kommunikation!
www.medienmelange.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern / Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3974, -3435, Fax: 0228 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de,
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.
Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Andrea Birrenbach: abb, Jan Freese: jaf, Stefan Kämper: stk, Simon Keelan: sik, Moritz Kirchesch: mok, Isabella Mahler: ima, Stephanie Müller: stm, Dagmar Nitsch: dan, Natascha Orthen: nao, Jost Pütz: jop, Anja Rath: arh, Christian Rößler: chr, Bettina Rocha: ber, Jan Swoboda: jas, Anke Wehmeyer: awr, Monika Wohlert: mow

Neues aus der DVS

LandInForm: NEUE RUBRIK UND AUFRUF

In dieser Ausgabe von LandInForm finden Sie eine neue Rubrik: Wir widmen von nun an „Prozessen und Methoden“ mehr Aufmerksamkeit. Zum Auftakt gewährt uns die Südwestfalen-Agentur auf den Seiten 40 und 41 Einblick in ihre Kommunikationsmethode, bei der eine Haferkiste eine bedeutende Rolle spielt.

Für das Fokusthema 4.2016 „Gut leben im Alter“ suchen wir ältere Menschen, die uns ihr Leben auf dem Land schildern. Wir freuen uns auch über Informationen zu Projekten, die die Teilhabe und die Lebensqualität von Senioren fördern. [abb]

SERVICE:
Rückmeldungen bitte bis zum 1. Oktober 2016 an landinform@ble.de.

NEUE DVS-MITARBEITERIN

Seit Juli 2016 verstärkt Stefanie Sandmann das Team der DVS. Sie kümmert sich um den Versand von LandInForm und übernimmt vielfältige Verwaltungstätigkeiten. Stefanie Sandmann ist seit 2001 bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung tätig, sie hat bereits in den Bereichen „Subvention von Getreide“ und „Internationale Zusammenarbeit und Welternährung“ gearbeitet. [abb]

KONTAKT:
Stefanie Sandmann, DVS
Telefon: 0228 6845-3942
stefanie.sandmann@ble.de

WETTBEWERB „GEMEINSAM STARK SEIN“

SERVICE:
Stimmen Sie ab unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb und www.twitter.com/dvs_land

KONTAKT:
Christian Rößler, DVS
Telefon: 0228 6845-3554
christian.roessler@ble.de

In diesem Jahr suchen wir wieder die besten Projekte der ländlichen Entwicklung. Gemeinsam mit den Bundesländern hat die DVS deshalb eine neue Runde des Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“ ausgelobt.

Mehr als 20 verschiedene Projekte wurden von den Bundesländern vorgeschlagen und stehen nun zur Wahl. Zwischen dem 19. September und dem 26. Oktober können Sie diese Projekte auf den Internetseiten der DVS kennenlernen und bewerten. Zusätzlich stellen wir Ihnen in diesem Zeitraum täglich ein „Projekt des Tages“ auf unserem twitter-Kanal vor und vergeben dort einen Publikumspreis.

Das Motto des diesjährigen Wettbewerbs heißt „Lebensqualität für alle“. Im Mittelpunkt stehen Projekte, die die Lebensqualität vor Ort steigern und die Teilhabe Einzelner an der Gemeinschaft fördern. Die besten Projekte gewinnen einen professionell produzierten Imagefilm und werden im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2017 ausgezeichnet. Ebenfalls zur Grünen Woche erscheint eine Broschüre, in der alle eingereichten Projekte ausführlich vorgestellt werden. [chr]

LEADER-FLYER FÜR IHRE PR – JETZT BESTELLBAR!

Die DVS hat einen neuen LEADER-Flyer entwickelt. Er beschreibt, was LEADER ist und skizziert den Weg eines Förderantrags von der Projektidee bis zur Umsetzung.

Damit Regionalmanagements und LAGs den Flyer individuell für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen können, gibt es ihn in zwei Varianten. In der ersten Variante haben wir ein Feld freigelassen, in das per Stempel oder Klebe-Etikett die Kontaktdaten der jeweiligen Region eingefügt werden können. In der zweiten Variante ist anstelle des Kontaktfeldes eine vereinfachte Karte der LEADER-Regionen abgebildet. Beide Varianten sind auf unserer Website bestellbar. Außerdem können Sie die Flyer als PDF herunterladen und Ihre Kontaktdaten selbst in das Dokument eintragen. [stm]

SERVICE:
Download und Bestellung unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leaderflyer

Foto: DVS

Das war

KREATIVE VERMARKTUNG VON MILCH

Familie Steffens produziert auf ihrem Milchviehbetrieb rund 100 verschiedene Sorten Bauernhof-Eis.

Ein Ende des Preistiefs bei Milch ist nicht in Sicht, Betriebe jeder Größe kämpfen momentan um ihre Existenz. Auch die von der EU-Kommission eingeführte Liquiditätshilfe verschaffte den Landwirten nur eine kurze Verschnaufpause. Um einen Betrieb zukunftsfähig zu gestalten, gibt es verschiedene Möglichkeiten: Weiter wachsen und globale Märkte auf Weltpreisniveau bedienen, auf Bio umstellen – für Bio-Milch werden aktuell Preise gezahlt, die rund 20 Cent über denen für konventionelle liegen – oder neue Absatzwege suchen und so einen größeren Teil der Wertschöpfung durch Milchprodukte selbst einstreichen. Unterschiedliche Wege der Vermarktung von Milch hat die DVS den Teilnehmern des Transferbesuchs am 13. und 14. Juli 2016 vorgestellt und so zur Diskussion über Vermarktungs- und damit auch Lösungswege in der Milchwirtschaft angeregt.

Bauernhof-Eis, eigener Käse und Raststätte für Fahrradfahrer

Der Milchviehbetrieb der Familie Steffens stand vor ein paar Jahren vor einer schwierigen Entscheidung. Sollte sie die Anzahl ihrer Milchkühe von 30 auf 60 verdoppeln oder nicht? „Bei rund 800 000 Euro Investitionsvolumen, die erforderlich gewesen wären, hätte ich nicht mehr ruhig schlafen können“, erklärte Dörthe Steffens, gelernte Bankkauffrau, den Exkursionsteilnehmern. Als das Ehepaar auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin erstmals vom Konzept Bauernhof-Eis hörte, war Dörthe Steffens sofort begeistert. Heute bietet der Betrieb 100 verschiedene Sorten seines selbst produzierten Eis für Besucher des großen Hofcafés an und beliefert zwei Gastronomen der Region. Pro Jahr werden auf dem Betrieb 6 000 Liter Frischmilch verarbeitet.

Nächstes Ziel des Transferbesuchs war der Demeter-Betrieb Kattendorfer Hof. In der Hofkäserei wird die eigene Milch zu Käse, Quark, Joghurt und Butter verarbeitet und selbst vermarktet. Pro Liter Milch werden hier rund 1,30 Euro erzielt. Seit 1999 arbeitet der Hof als solidarische Landwirtschaft und kann über den eigenen Hofladen und mehrere Abholstellen 1 000 Menschen pro Woche mit Lebensmitteln versorgen. „Die Käserei ist als wirtschaftender Mechanismus unersetzbar und finanziert die Kühe“, so Landwirt und Hofkäser Klaus Trenthoff.

Das Melkhus der Familie Peper südwestlich von Hamburg bietet insbesondere als Raststätte für Radfahrer und Wanderer regionale, immer frisch zubereitete Spezialitäten aus Milch, aber auch Kaffee und selbstgebackenen Kuchen an. „Das Melkhus war als Nebentätigkeit für meine Frau gedacht“, sagte Frank Peper, der Betriebsleiter des Milchviehbetriebs mit 90 Kühen. Seine Frau Rebecca Peper sieht das anders. Bevor das Melkhus 2012 in Betrieb gehen konnte, musste sie ihre Schwiegereltern, die von der Aussicht, jeden Tag Fremde auf dem Hof zu haben, wenig begeistert waren, erst mit einigen Fragen überzeugen: „Was wollt ihr? Fremde auf dem Hof, aber einen Hof? Oder keine Fremden und dafür in ein paar Jahren auch keinen Hof mehr?“ Heute läuft das Geschäft, sodass Rebecca Peper vor allem sonntags Unterstützung von ihrem Mann und einer Aushilfe braucht.

Letzes Ziel des Transferbesuchs war die Molkerei Hasenfleet im Cuxhavener Land (siehe Artikel Seiten 32 und 33).

Einzellösungen regen zur Diskussion an

Am Abend berichtete Heike Willms von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen über die steigende Anzahl von Milchautomaten. Derzeit stehen in Niedersachsen 55 Automaten, in Deutschland insgesamt rund 150. Neben Informationen zu bürokratischen Hürden, täglichem Arbeitsaufwand sowie Investitionskosten stellte sie eine Kalkulation vor, über die kontrovers diskutiert wurde. Gleiches gilt für die unternehmerischen Konzepte der Exkursionsziele, die zunächst singuläre Lösungen bleiben. [nao]

SERVICE:
Eindrücke und Infos unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/milch

KONTAKT:
Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de

Die Exkursionsgruppe durchstreift das Seidenbachtal bei Blankenheim.

NATURSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT HAND IN HAND

Was können landwirtschaftliche Betriebe dafür tun, dass die Biodiversität im Acker und im Grünland erhalten bleibt? Diese Frage stand im Zentrum zweier Transferbesuche, zu denen die DVS im Juni 2016 in die Eifel und in die Rheinische Börde in Nordrhein-Westfalen eingeladen hatte. Bei den Veranstaltungen konnten die Teilnehmer Best-Practice-Projekte kennenlernen, bei denen Naturschutz und Landwirtschaft Hand in Hand arbeiten. Landwirte zeigten im Gelände, wo sie Naturschutzmaßnahmen durchführen und welche Erfahrungen sie mit der Umsetzung gemacht haben.

Breit gefächertes Expertenteam

Begleitet wurden die Teilnehmer vom emeritierten Professor Dr. Wolfgang Schumacher (Universität Bonn), von Thomas Muchow (Stiftung Rheinische Kulturlandschaft) sowie Fachexperten der Kooperationspartner Deutscher Bauernverband, Naturschutzbund Deutschland, Deutscher Verband für Landschaftspflege und Informations- und Koordinationszentrum Biologische Vielfalt in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Beteiligt waren außerdem die Biologischen Stationen Euskirchen, Bonn/Rhein-Erft und Düren.

Kooperativer Naturschutz

Die Projektbesuche zeigten, wie Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft erfolgreich umgesetzt, fachlich betreut und langfristig finanziell gesichert werden können. Die Teilnehmer waren sich einig, dass es in vielen Grünlandgebieten und insbesondere in den intensiven Ackerbauregionen weiterer Anstrengungen bedarf, um den Artenrückgang noch zu stoppen. Die Kooperation von Naturschutz und Landwirtschaft ist ein Erfolg versprechender Ansatz, um dieses Ziel zu erreichen. Akteure beider Seiten sollten dazu aufeinander zugehen und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen in der Landschaft finden. [sik]

SERVICE:
Infos, Video und Dokumentation:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/biodiversitaet

KONTAKT:
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de

INNENENTWICKLUNG – STRATEGISCH UND GEMEINSAM

Die Kommunen der LEADER-Region Darmstadt-Dieburg in Hessen wollen künftig bei der Siedlungsentwicklung verstärkt zusammenarbeiten. Auf einem Workshop am 8. Juni 2016 im Dieburg waren sich die rund 40 Teilnehmer einig, dass insbesondere in drei Bereichen Handlungsbedarf besteht: Zum einen soll die Strategie der Siedlungsentwicklung im Innenbereich verbessert und enger abgestimmt werden, zum anderen sollen die Innenentwicklungspotenziale mit einer gemeinsamen Datenbank sichtbar gemacht werden. Ein weiteres Ziel ist, der interkommunalen Zusammenarbeit eine Organisationsstruktur zu geben. Vorbild für die hessische LEADER-Region ist die Initiative Rodachtal e. V. im thüringisch-bayrischen Grenzgebiet. Die ihr angehörenden Kommunen arbeiten in vielen Bereichen der regionalen Entwicklung länderübergreifend zusammen.

Die DVS bietet in der Reihe „Wieder Wohnen im Ortskern“ gemeinsam mit Partnern verschiedene Workshops an. Kommunale Zusammenschlüsse, Landkreise und Regionen können die eintägigen Veranstaltungen bundesweit abrufen. [stk]

SERVICE:
Infos und Dokumentati on:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

Fotos: DVS

Das war

VOM EINFLUSS DES WETTERS BIS ZUR STICKSTOFF-DÜNGUNG

In Sachsen haben sich die Innovationsdienstleister der Länder ein Bild von zwei EIP-Projekten gemacht und über die Entwicklung von EIP ausgetauscht.

Wie lässt sich das Wetter in der landwirtschaftlichen Praxis sinnvoll berücksichtigen? Dieser Frage widmet sich die Operationelle Gruppe (OG) „Agrarmeteorologische Optimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmaßnahmen“ im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP-Agri). 13 Teilnehmer aus dem Kreis der Innovationsdienstleister (IDLs), den Verwaltungsbehörden der Länder ohne IDLs sowie dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) besuchten diese OG beim dritten EIP-Agri-Workshop der DVS Ende Juni 2016. Peter Albrecht vom Ingenieurbüro Albrecht und Partner, Mitglied der OG, berichtete über das Ziel der Gruppe, ein neues Beratungswerkzeug zu entwickeln, das den Einfluss des Wetters auf die landwirtschaftliche Praxis berücksichtigt, um künftig Pflanzenschutzmaßnahmen zielgenauer durchführen zu können.

Zweites Exkursionsziel war die OG „Platzierte Düngung von Biogasgülle und Leguminosengrünmehlpellets zur Düngung und Unkrautregulierung in ökologisch angebautem Winterraps“. Judith Faller-Moog vom Landwirtschaftsbetrieb Faller und der Ölmühle Moog berichtete über das Vorhaben. Durch eine Düngung mit Stickstoff bei der Saat von Winterraps sollen die vorwinterliche Entwicklung und das Wachstum gefördert werden. Dadurch könnte im ökologischen Landbau das Unkraut unterdrückt und gleichzeitig ein hoher Ertrag erzielt werden. Ein weiteres Ziel ist, mehr Landwirte aus der Region für den ökologischen Rapsanbau zu gewinnen und so die Nachfrage nach ökologisch erzeugtem Rapsöl aus heimischer Produktion zu decken.

Darüber hinaus berichtete Philipp Goretzki von der Rentenbank von seiner Arbeit als Berater im Bereich des Fördergeschäfts Agribusiness und von der Förderung von Innovationsprojekten in der Landwirtschaft. Henrike Rieken von der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde gab einen Einblick in Methoden zur Erfassung, Analyse und Auswertung. [nao]

SERVICE:
Allgemeine Informationen zu EIP:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip

KONTAKT:
Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de

Das kommt

BIOHÜHNER, TRINKJOGHURT UND SCHWEINEGESUNDHEIT

Am 26. und 27. September 2016 bietet die DVS allen Interessierten die Möglichkeit, bei einem Transferbesuch verschiedene EIP-Agri-Projekte kennenzulernen.

Erstes Exkursionsziel wird die Operationelle Gruppe (OG) „Biohuhn“ auf dem Bioland-Hof Eisenach im hessischen Guntershausen-Baunatal sein. Die OG beschäftigt sich mit der Vermarktung von Althühnern und Brudertieren. Außerdem stellt sich die OG „Thüringer Beratungs- und Managementsystem Caudophagie (Pilotprojekt)“ den Exkursionsteilnehmern vor, sie befasst sich mit dem Kürzen von Schwänzen bei Saugferkeln. Ziel des Projekts ist, die Ursachen für das Auftreten des Schwanzbeißens betriebsspezifisch benennen zu können, sie zielgerichtet unter praktischen Bedingungen zu vermeiden und eine wirtschaftliche und tiergerechte Schweinehaltung ohne zusätzliche Risiken für die Tiere zu gewährleisten.

Hubert Gerhardy, Leadpartner der OG „PIG HEALTH Lern-Netzwerk“ aus Niedersachen präsentiert sein OG-Projekt, das die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes anstrebt. Hierzu soll ein Netzwerk entwickelt werden, mit dessen Hilfe sich das Hygiene- und Gesundheitsmanagement in der Schweineproduktion verbessern lässt.

Am zweiten Tag des Transferbesuchs steht als Exkursionsziel die Molkerei Herzgut im thüringischen Rudolstadt auf dem Programm. Die Molkerei ist Mitglied in der noch nicht bewilligten OG „Trinkjoghurt für Schwangere, stillende Mütter und Kinder zur Sicherung der Versorgung mit mehrfach ungesättigten n-3 Fettsäuren“. Ebenfalls beteiligt am Projekt ist die Universität Jena. [nao]

SERVICE:
Weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/eip-exkursion/

KONTAKT:
Natascha Orthen, DVS
Telefon: 0228 6845-3268
natascha.orthen@ble.de

Fotos: DVS

WIE STELLT SICH DIE LANDWIRTSCHAFT AUF DEN KLIMAWANDEL EIN?

Projekte und Strategien, die sich dieser Frage widmen, stehen im Mittelpunkt der Tagung „Anpassungen der Landwirtschaft an den Klimawandel“. Diese Veranstaltung, die wir am 12. und 13. Oktober 2016 gemeinsam mit dem Verband der Landwirtschaftskammern ausrichten, ist in zwei Blöcke unterteilt.

Der erste Block beleuchtet die notwendigen Veränderungen von Bewirtschaftungsmethoden, denn insbesondere die Bewässerung wird zukünftig in manchen Regionen Deutschlands einen höheren Stellenwert einnehmen. Aber auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei Düngung, Pflanzenschutz und Bodenbearbeitung, fordert der Klimawandel die Landwirtschaft heraus.

Der zweite Block beschäftigt sich mit Kulturpflanzen, von der Züchtung gängiger Ackerkulturen bis hin zum Anbau von neuen Sorten und Arten. Dargestellt werden notwendige Anpassungen an den Klimawandel, aber auch mögliche Chancen, die durch die veränderten klimatischen Verhältnisse entstehen. Im Rahmen der Veranstaltung werden außerdem erste Strukturen und Projekte der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) vorgestellt. [sik]

SERVICE:
Programm und Anmeldung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klimaanpassung

KONTAKT:
Simon Keelan, DVS
Telefon: 0228 6845-3091
simon.keelan@ble.de

WIE LASSEN SICH FACHKRÄFTE GEWINNEN?

Das Problem ist nicht neu, gewinnt aber zunehmend an Brisanz: Für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen abseits der beliebten Ballungszentren ist die Suche nach qualifizierten Mitarbeitern oft eine große Herausforderung. Zunehmend müssen Arbeitgeber Strategien entwickeln, um ihre Attraktivität für Jugendliche, Rückkehrer, Menschen mit Migrationshintergrund, Eltern und andere Zielgruppen zu erhöhen. Fachkräftesicherung ist eine Aufgabe aller regionaler Akteure, denn für viele Menschen ist ein attraktiver Lebensraum eine Grundvoraussetzung, in einer Region zu bleiben oder sich dort niederzulassen. Aufgaben sind hier unter anderem, die Region (und deren Arbeitgeber) überregional bekannt zu machen und potenzielle Neubürger dabei zu unterstützen, den Lebensmittelpunkt in diese Region zu verlagern.

Auch die Vernetzung in der Region kann wichtig sein, um beispielsweise Ressourcen bei der Fachkräftesicherung zu bündeln oder integrierte regionale Ansätze zu entwickeln.

Die DVS plant in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Erzgebirge für Anfang Dezember 2016 eine Veranstaltung zur Sicherung von Fachkräften im ländlichen Raum. Auf dem Programm steht der Besuch mehrerer Unternehmen, die besondere Strategien zur Fachkräftesicherung entwickelt haben. Neben den Beispielen aus dem Erzgebirge werden auch gute Ansätze aus anderen Regionen vorgestellt. Außerdem geht es um die Rolle regionaler Zusammenschlüsse sowie die Frage, was Regionalentwicklung – und speziell LEADER – zur Fachkräftesicherung in ländlichen Regionen beitragen kann. [stm]

SERVICE:
Termin, Programm und weitere Informationen:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fachkraefte

KONTAKT:
Stephanie Müller, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
stephanie.mueller@ble.de

Fotos: froodmat / Photocase.com, PureSolution / Fotolia.com

IM FOKUS

Multitalent Wald

Ungeachtet dessen, wem er eigentlich gehört, verbindet jeder eigene Vorstellungen und Wünsche mit dem Wald. Manchmal ist es schwierig, eine gemeinsame Idee dafür zu entwickeln, wie diese verschiedenen Perspektiven in der Praxis miteinander vereinbar sind.
Der Wald hat jedoch das Potenzial dazu, jedem etwas zu bieten, denn er ist ein echtes Multitalent.

Fotos: der Projektor / photocase.de, Ulrike Hochgesand/ Thünen-Institut, camacho9999 / iStockphoto.com, Franz Kroiher / Thünen-Institut

Wald – wertvolles und begehrtes Multitalent

Die Deutschen lieben ihren Wald, spätestens seit ihn Dichter und Musiker der Romantik im 19. Jahrhundert zum idyllischen Sehnsuchtsort verklärt haben. Doch unser Wald ist nicht nur Wohlfühlraum, er bietet eine Fülle an weiteren Leistungen. [VON FRANK SETZER]

Deutschland ist ein waldreiches Land. Mit rund 11,4 Millionen Hektar ist etwa ein Drittel der Bundesfläche von Wald bedeckt. Hessen und Rheinland-Pfalz sind bei den Bundesländern mit einem Waldanteil von 42 Prozent die Spitzenreiter, Schleswig-Holstein ist mit elf Prozent das Schlusslicht. Der Wald ist unsere Vorratskammer für Holz. Derzeit beläuft sich dieser Vorrat auf 3,7 Milliarden Kubikmeter, jedes Jahr wachsen im Schnitt weitere 122 Millionen Kubikmeter zu. Die Holznutzung und das natürliche Absterben von Bäumen erreichen aber nur 87 Prozent des Zuwachses. Das bedeutet, dass der Holzvorrat stetig weiterwächst.

Wem gehören der Wald und das Holz? Mit 48 Prozent ist der größte Teil unserer Waldflächen in Privathand, gefolgt von den Bundesländern, die mit den Landeswäldern 29 Prozent des deutschen Waldes besitzen. Der Körperschaftswald, also der Wald, der im Alleineigentum der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände sowie sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts steht, hat einen Anteil von 19 Prozent an der Gesamtwaldfläche. Der Bundesrepublik Deutschland gehören nur vier Prozent des Waldes, der sogenannte Bundeswald.

Besonderheit Kleinprivatwald

Der Privatwald ist in Deutschland nicht allein wegen seines hohen Flächenanteils eine forstpolitische Besonderheit: Aufgrund verschiedener historischer Entwicklungen in den vergangenen Jahrhunderten, wie Realerbteilungen und Bodenreformen, ist ein großer Teil der Privatwaldflächen zersplittert. Sehr viele Waldeigentümer sind in Besitz von verhältnismäßig kleinen Waldflächen. Rund die Hälfte des Privatwaldes gehört Eigentümern, die weniger als 20 Hektar besitzen. Weitere zehn Prozent des Privatwaldes gehören Eigentümern mit 20 bis 50 Hektar Wald. In einigen Regionen, wie beispielsweise Franken, können Eigentumsgrößen von wenigen Quadratmetern vorkommen.

Unterschiedliche Bewirtschaftungsziele

Auf Basis der jeweils gültigen Landeswaldgesetze ist es öffentlichen und privaten Waldeigentümern möglich, ihren Wald den eigenen Vorstellungen entsprechend zu bewirtschaften, solange sie die in den Gesetzen festgelegten Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes erhalten. Die Bewirtschaftungsziele können daher sehr differenziert ausfallen. Während die Landesforsten die Ziele der Landesparlamente verfolgen und ein besonderes Augenmerk auf das Gemeinwohl legen, sind Privatforstbetriebe, insbesondere die Erwerbsforstbetriebe, auf regelmäßige finanzielle Einnahmen aus der Forstwirtschaft angewiesen, um ihre Existenz zu sichern. Die Bewirtschaftungsziele der Kommunen hängen maßgeblich von den Vorstellungen des jeweiligen Gemeinde- oder Stadtrates ab.

Viele Nutzer, viele Interessen

Die herausragende Bedeutung des Waldes in ländlichen Regionen als Erholungsraum, Arbeitsstätte, Wirtschaftsfaktor und als Landschaftselement ist unstrittig. Untersuchungen des Thünen-Instituts zeigen, dass im Cluster Forst und Holz über eine Million Menschen beschäftigt sind. Der Wald und die Forstwirtschaft nehmen in unserer Gesellschaft einen wichtigen Platz ein. Die Gesellschaft hat deshalb aber auch viele Erwartungen an „ihren“ Wald und Einzelne vergessen, dass ihr Interesse an der Nutzung des Waldes – als Radfahrer, Jogger, Reiter, Jäger, Naturliebhaber oder Tourist – nicht immer gleichlautend mit den Zielen des Waldeigentümers sein muss. Geocacher etwa stören bei der abendlichen Suche nach einem Cache die Jagd, Touristen beschweren sich nach einer Holzerntemaßnahme über den schlechten Wegezustand.

Zu Verunsicherungen bei den Waldeigentümern hat auch die Einführung des Schutzgebietssystems Natura 2000 geführt. Waldbauliche Maßnahmen dürfen in den betroffenen Gebieten den Erhaltungszustand der Waldlebensräume nicht verschlechtern. Mit der Bewirtschaftung von Natura-2000-Gebieten gibt es bislang kaum Erfahrungen, einige Waldbesitzer fürchten, dass sie die naturschutzrelevanten

Nutzungseinschränkungen, wie die Verlängerung der Hiebsreife von alten Bäumen oder das Anbauverbot von fremdländischen Baumarten, in existenzielle wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen. Eine Entschädigung für die wirtschaftlichen Nachteile in Natura-2000-Wäldern oder Vertragsnaturschutzprogramme werden bisher nicht in allen Bundesländern angeboten. Viele Waldbesitzer haben auch die grundsätzliche Sorge, in ihrem Eigentum eingeschränkt zu werden.

Eine Strategie für den Wald

Weil aber der Waldbesitz im besonderen Fokus des gesellschaftlichen Interesses steht, fördert die Öffentlichkeit die Forstbetriebe jährlich mit mehreren Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sowie den Förderprogrammen der Bundesländer.

Um die Zielkonflikte zwischen Waldeigentümern und anderen Nutzungsinteressenten zu erörtern, hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in den Jahren 2008 bis 2010 alle relevanten Akteure der Forst- und Holzwirtschaft zu vier thematisch unterschiedlichen Waldsymposien eingeladen. Das Ergebnis der kooperativen und lösungsorientierten Gespräche war die inzwischen von der Bundesregierung beschlossene Waldstrategie 2020. Sie ist der politische Konsens darüber, welche Ansprüche der Wald erfüllen muss und zeigt Lösungsansätze für unterschiedliche Handlungsfelder auf.

Eine weitere politische Zielfestlegung ist die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Sie schreibt fest, dass bis 2020 fünf Prozent des Waldes einer natürlichen Waldentwicklung überlassen, also stillgelegt, werden. Bisher trifft das, laut der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, auf drei Prozent der Waldfläche zu. Hintergrund für dieses Ziel ist, dass vor allem solche Tier-, Pflanzen- und Pilzarten stark gefährdet sind, die auf urwaldähnliche Strukturen spezialisiert sind. Sie benötigen deshalb größere, zusammenhängende und sich selbst überlassene Wälder.

Herausforderungen

Auch Wirtschaftswälder sind bedroht. Heute weisen 24 Prozent aller Bäume deutliche Kronenverlichtungen auf, nur 33 Prozent sind den äußeren Anzeichen nach völlig gesund. Hatte der Wald in den 1980er-Jahren vor allem durch Luftverschmutzungen Schaden genommen – Stichwort Waldsterben –, so bringen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wachstumsbedingungen des Waldes heute noch gravierendere Veränderungen mit sich. Denn auf Dürren, steigende Temperaturen, Orkane und sintflutartige Niederschläge sowie neu auftretende Schädlinge ist unser Wald evolutionär nicht vorbereitet.
Die Tragik der Baumart Ulme, die ein Pilz in ihrer Existenz bedroht, ist mittlerweile bekannt. Kaum aber jemand bemerkt, dass die Esche seit einigen Jahren ein ähnliches Schicksal ereilt. Die Fichte, die in Deutschland mit 25 Prozent häufigste, aber mancherorts standortfremde Baumart, leidet in den Tieflagen unter Trockenstress.
Das Stichwort, mit dem die Waldeigentümer den drohenden Klimagefahren entgegentreten, lautet „Waldumbau“: Der aktuelle Laubholzanteil von 43 Prozent soll erhöht, der Nadelholzanteil hingegen verringert werden.
Die Anstrengungen zum Ausbau des Laubholzanteils rufen aber bereits Kritik hervor. Die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher e. V. weist etwa darauf hin, dass die Versorgung mit frischem, heimischen Nadelrohholz mittelfristig nicht gewährleitet ist und damit Arbeitsplätze gefährdet sind. Der Wald ist also ein wertvolles und begehrtes, aber dennoch fragiles Multitalent, das auch künftig unsere Unterstützung braucht.

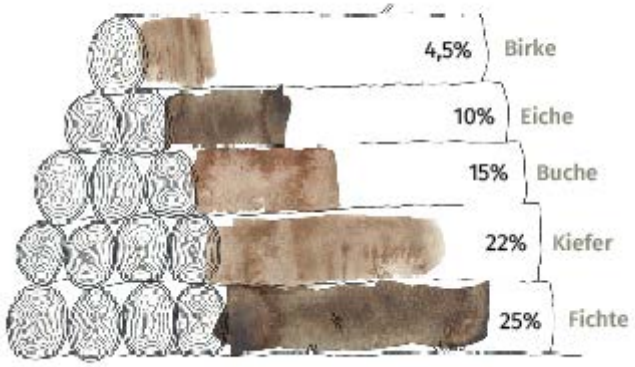
Der deutsche Wald in Zahlen

76 Baumarten wachsen im deutschen Wald

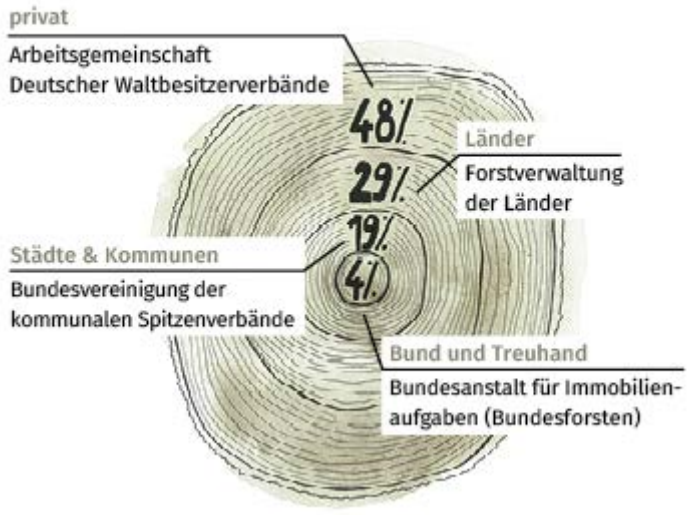
122 Millionen Kubikmeter Holz wachsen pro Jahr nach

76 Millionen Kubikmeter Holz werden pro Jahr geerntet

Die häufigsten Bäume im deutschen Wald



Wem gehört der Wald?



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundeswaldinventur 2012, Illustration: Izzy Fritsch

KONTAKT:
Prof. Dr. Frank Setzer
Fachhochschule Erfurt,
Fachrichtung Forstwirtschaft
Telefon: 0361 6700-281
frank.setzer@fh-erfurt.de
www.fh-erfurt.de

Quo vadis Wald?

Wie entwickelt sich der Wald in den nächsten Jahrzehnten und wie viel Holz könnte er liefern? Modellrechnungen werfen einen Blick in die Zukunft.

[VON KARSTEN DUNGER, JOACHIM ROCK UND STEFFI RÖHLING]

Es ist das Jahr 1713. Nach einem Ausritt durch die Wälder des Erzgebirges liegt Hans Carl von Carlowitz in seinem Bett und träumt von seinen Reisen durch Europa: Landauf und landab rauchen die Köhlereien, der Holzhunger hinterlässt kahle Flächen mit Baumstümpfen. Schweißgebadet erwacht der königlich-polnische und kurfürstlich-sächsische Kammer- und Bergrat aus seinem Albtraum. Geprägt durch eine Zeit der Energiekrise, die durch die Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges noch verstärkt wurde, setzt er sich an seinen Schreibtisch im Oberbergamt Freiberg. Dort verfasst er in den kommenden Monaten das bedeutendste Werk der Forstwirtschaft, die Silvicultura oeconomica. Darin formuliert er erstmals den Begriff der forstlichen Nachhaltigkeit: Er rät dazu, respektvoll und pfleglich mit der Natur und ihren Rohstoffen umzugehen und er kritisiert den auf kurzfristigen Gewinn ausgelegten Raubbau an den Wäldern.

Weiterhin aktuell

Auch im 21. Jahrhundert ist die Forstwirtschaft dazu angehalten, zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen – also zwischen der Nutzfunktion und der Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes – abzuwägen, wenn es darum geht, die unterschiedlichen Ansprüche an den Wald zu berücksichtigen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei vor allem die Nutzung und Weiterverarbeitung des Rohstoffs Holz auf dem Wirtschaftsmarkt. Um auch den zukünftigen Ansprüchen gerecht zu werden, beschäftigen sich Fachleute und Wissenschaftler mit Fragen wie: Wie viel Holz können wir in den nächsten Jahrzehnten aus dem Wald ernten? Und: Wie wird sich der Wald dabei entwickeln? Sie wollen zudem herausfinden, welche Potenziale in den verschiedenen Baumarten stecken.

Szenen aus der Zukunft

Modelle wie die Waldentwicklungs- und Holzaufkommensmodellierung (WEHAM) können helfen, diese Fragen zu beantworteten und die Entwicklungsmöglichkeiten für verschiedene Szenarien aufzuzeigen. Wissenschaftler des Thünen-Instituts für Waldökosysteme in Eberswalde haben in Zusammenarbeit mit Spezialisten aus Bund und Ländern ein solches Szenario für die deutschen Wälder entwickelt. Es beruht auf den Erfahrungen der beteiligten Fachleute aus der Vergangenheit – und ihren Erwartungen an die Zukunft. Entstanden ist ein Basis-Szenario: Es beschreibt eine plausible und wahrscheinliche Entwicklung des Waldes für die Zeit bis etwa zum Jahr 2050. Dieses Szenario kann als Referenz für spätere Vergleiche dienen, die alternative Entwicklungsmöglichkeiten untersuchen, beispielsweise eine verstärkte Berücksichtigung von Naturschutzanforderungen oder eine verstärkte Nutzung des Rohstoffes Holz.

Holz 2050

Laut Basis-Szenario sinkt der Zuwachs der Holzvorräte in den Waldbeständen in den nächsten Jahrzehnten um 14 Prozent unter den des vergangenen Jahrzehnts. Der Grund dafür ist, dass der Anteil der Nadelbäume mit ihrem höheren Zuwachs gegenüber Laubbäumen geringer geworden ist und der Anteil älterer Bäume mit geringerem Zuwachs in der Zukunft weiter zunimmt. Das für die Nutzung zur Verfügung stehende Potenzial an Holz liegt für die Jahre 2013 bis 2052 bei durch-

Entwicklung des Rohholzpotenzials in deutschen Wäldern

Quelle: Thünen-Institut

schnittlich 77,7 Millionen Kubikmetern pro Jahr und damit auf einem Niveau, das mit der Nutzung der vergangenen Jahre vergleichbar ist. Im zeitlichen Verlauf zeigen sich allerdings leichte Schwankungen. Den höchsten Anteil hat weiterhin Fichtenholz mit 44 Prozent. Es folgen die Buche (29 Prozent), die Kiefer (20 Prozent) und die Eiche (acht Prozent). Bayern hat – alleine wegen der Größe des Bundeslandes – bei allen Baumarten einen hohen Anteil am Potenzial. Davon abgesehen stammt der größte Anteil am Potenzial bei der Fichte aus Süddeutschland, bei der Kiefer aus Nord- und Ostdeutschland, insbesondere Brandenburg. Die größten Nutzungspotenziale der Buche liegen vor allem in westdeutschen Mittelgebirgsregionen, die der Eiche in Nordwestdeutschland. Wird die angenommene Nutzungsmenge realisiert, bleiben die Holzvorräte in den deutschen Wäldern – die in den vergangenen Jahrzehnten ein Rekordniveau erreicht haben – erhalten. Sie könnten in den nächsten Jahrzehnten bundesweit sogar von 345 auf 364 Vorratsfestmeter je Hektar (Vfm/ha) ansteigen; und zwar insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Bayern. Allerdings verändert sich die Struktur der Holzvorräte in den deutschen Wäldern: Während die von Fichtenbeständen eingenommene Fläche leicht sinkt und die Vorräte an Fichte in manchen Bundesländern abnehmen, nehmen die Vorräte an Buchen- und Eichenbeständen zu. Die Vorräte der Kiefernbestände bleiben auf vergleichbarem Niveau wie heute, allerdings werden die Kiefern wie auch die Bäume aller anderen Baumarten im Schnitt älter und dicker.

Das Modell

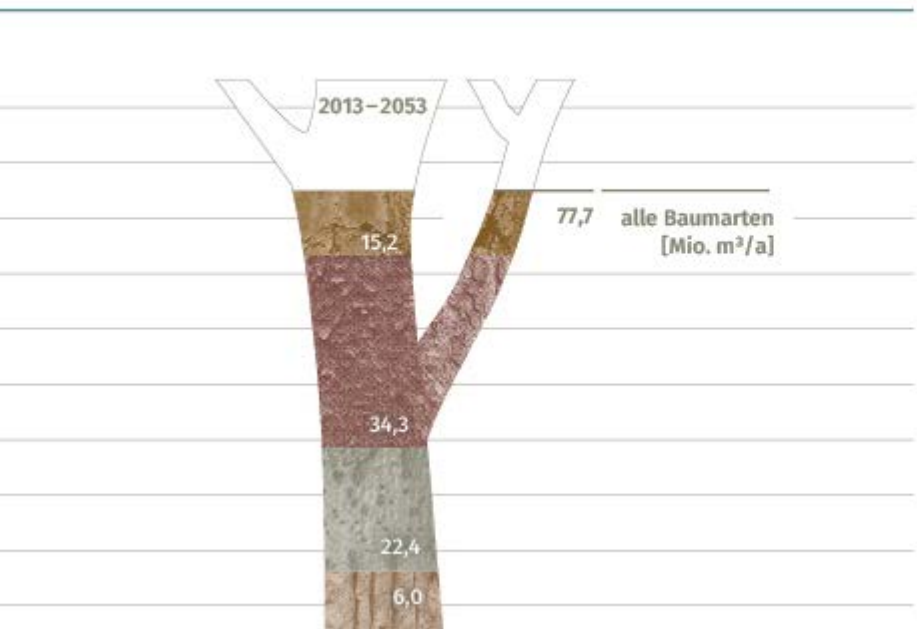
WEHAM ist ein Waldsimulator, der speziell auf die Daten der Bundeswaldinventur (BWI) abgestimmt wurde. Seine Aufgabe besteht darin, einen Überblick über das potenzielle und nachhaltig nutzbare Rohholzaufkommen der nächsten 20 bis 40 Jahre, nach Holzarten-, Eigentümer- und Sortengruppen, Bundesländern und gegebenenfalls anderen regionalen Einteilungen in Deutschland zu geben. Gleichzeitig werden Kennziffern des Waldzustandes und der Waldentwicklung, wie Baumartenzusammensetzung, Altersklassenstruktur und Holzvorräte integriert. WEHAM ist aus mehreren Modulen aufgebaut. Das Zuwachsmodul nutzt wiederholte Messungen an Bäumen aus der BWI 2002 und BWI 2012, um das Wachstum der Bäume zu modellieren. Das Waldbehandlungs- und Nutzungsmodell simuliert die Waldbehandlung differenziert nach Ländern, Baumarten, Eigentumsarten und weiteren Einheiten altersabhängig. Das Sortierungsmodul teilt die im Modell entnommenen Stämme in unterschiedliche Sorten. Mithilfe eines Mortalitätsmodells versuchen die Forscher, das Auftreten der natürlichen Mortalität abzubilden.

Prognose versus Szenario

Ein Szenario wie in WEHAM liefert ein mögliches Bild der Zukunft, es ist aber keine Prognose. Langfristige Klimaänderungen, Extremereignisse wie Stürme oder bestimmte politische Trends, beispielsweise bezüglich Nutzungseinschränkungen, sind im Modell nicht immer vollständig darstellbar. Je langfristiger und kleinräumiger man die Ergebnisse betrachtet, desto unsicherer werden sie. Zudem basiert ein Szenario immer auf Vorstellungen über die Behandlung der Waldbestände und wirft Fragen auf: Ab welchem Alter oder ab welchem Durchmesser sollen Bäume genutzt werden? Wie sollen Durchforstungen aussehen oder welche Baumarten sollen die nächste Waldgeneration bilden?

Alternative Szenarien

Hierzu kann es in der Gesellschaft unterschiedliche Vorstellungen geben. Je nachdem, welchen Anforderungen an die Wälder Vorrang gegeben wird, entstehen aus den Zielkombinationen verschiedene Szenarien. Grundsätzlich können solche Szenarien auf der Basis von Modellierungen mit WEHAM untersucht werden – etwa die Entwicklungsmöglichkeiten der Wälder, ihrer Leistungen für die Versorgung mit dem Rohstoff Holz, aber auch ihre Wirkung für Klima- und Naturschutz sowie als Wirtschaftsfaktor in ländlichen Räumen. Dazu haben sich Wissenschaftler des Thünen-Instituts und anderer Forschungseinrichtungen im Verbundprojekt „Nachhaltigkeitsbewertung alternativer Waldbehandlungs- und Holzverwendungsszenarien unter besonderer Berücksichtigung von Klima- und Biodiversitätsschutz“ zusammengeschlossen. Mehrere mögliche Szenarien sollen zeigen, wie es sich auf die Waldstrukturen, Holzvorräte und das Nutzungspotenzial, aber auch auf die Naturschutzleistungen und Biodiversitätswirkungen der Wälder auswirkt, wenn man unterschiedliche Schwerpunkte setzt. Die Basis dafür ist die Erfassung der gesellschaftlichen Ansprüche an die Wälder und deren Bewirtschaftung. Die Ergebnisse dieses Projektes werden Anfang 2017 erwartet.



SERVICE:

Lesetipp:

Die September-Ausgabe der *„forschungsfelder“*, des kostenlosen Forschungsmagazins des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, nimmt ebenfalls den Wald in den Fokus.
www.forschungsfelder.de

KONTAKT:
Karsten Dunger
Thünen-Institut für Waldökosysteme
Telefon: 03334 3820-328
karsten.dunger@thuenen.de
www.thuenen.de

Arbeitsplatz Forst

Im Cluster Forst und Holz arbeiten mehr Menschen als in der Autoindustrie. Doch multifunktionale Aufgaben gehen nicht mit zusätzlichen Einnahmen einher. Eine Bestandsaufnahme des Deutschen Forstwirtschaftsrats.

[VON MARIE WENZLAFF, MATTHIAS NOACK UND WOLF EBELING]

Holz ist der bedeutendste nachwachsende Rohstoff in Deutschland. Bewirtschaftete Wälder gehören daher seit vielen Jahrhunderten zu unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft. Die Nutzung des Waldes steht dabei im Spannungsfeld verschiedener Interessen: Waldlandschaften dienen einerseits der Produktion von Rohholz, sind gleichzeitig aber auch Lebens- und Erholungsraum für Mensch und Natur. Im ländlichen Raum leisten sie darüber hinaus einen großen Beitrag zum Wohlstand: Rund um die Forst- und Holzwirtschaft sind über eine Million Arbeitsplätze angesiedelt.

Umsatzstark mit Forst und Holz

Die deutsche Forstwirtschaft gehört als Branche zum Cluster Forst und Holz. Die Holz bearbeitende und verarbeitende Industrie – auch von importiertem Holz –, das Holzhandwerk, die Papierwirtschaft, das Verlags- und Druckereigewerbe, die energetische Holznutzung,

Foto: AK-DigiArt / Fotolia.com

der Holzhandel sowie die Zulieferer sind weitere Branchen, die zu diesem Cluster gezählt werden. Alle diese Bereiche zusammen erzielten im Jahr 2013 mit rund 1,1 Millionen Beschäftigten und 128 000 Unternehmen einen Umsatz von rund 181 Milliarden Euro. Damit beschäftigt das Cluster Forst und Holz in Deutschland mehr Menschen als die Automobilindustrie.

Allein die Branche Forstwirtschaft erzielte in Deutschland im Jahr 2013 einen Umsatz von rund 5,5 Milliarden Euro. Das entspricht einer Bruttowertschöpfung von 2,9 Milliarden Euro. Etwa 34 000 Unternehmen gehören zur Forstwirtschaft; rund 68 000 Beschäftigte sind hier tätig. Ihre Arbeitsplätze sind schwerpunktmäßig im ländlichen Raum angesiedelt.
In Zeiten des demografischen Wandels und der Urbanisierung kommt der Forstwirtschaft und dem gesamten Cluster Forst und Holz damit im ländlichen Raum eine wichtige Bedeutung als Arbeitgeber zu.

Steigende Nachfrage
Die deutsche Forstwirtschaft nutzt die Wälder nach festgelegten ökonomischen, ökologischen und sozialen Standards, die eine nachhaltige Bewirtschaftung sicherstellen sollen. Für die Branche ist es wichtig, handlungsfähig zu bleiben und auch in Zukunft genügend Rohstoffe liefern zu können, wenn sich die Nachfrage nach Holz mit steigender Weltbevölkerung erhöhen wird: Denn wird die steigende Nachfrage zu einem Großteil aus Deutschland bedient, so werden auch die hiesigen höheren Ansprüche an die Produktionsbedingungen umgesetzt. Die Produktion in anderen Teilen der Welt geht dagegen häufig mit deutlich geringeren ökologischen und sozialen Standards einher. Einschränkungen des Handlungsspielraums der Forstwirtschaft, beispielsweise durch Flächenstilllegungen, sollten aus Sicht des DFWR vor diesem Hintergrund mit Bedacht abgewogen und geprüft werden.

Holzproduktion als Haupteinnahmequelle
Der Schwerpunkt des Wirtschaftsbereichs Forstwirtschaft liegt mit einem Anteil von 83 Prozent auf der Erzeugung von forstwirtschaftlichen Gütern. Etwa 17 Prozent entfallen auf forstwirtschaftliche Dienstleistungen, wie beispielsweise Waldinventuren und -bewertungen.
Die Holzproduktion ist damit aktuell – bezogen auf die Wertschöpfung – die mit Abstand wichtigste Funktion des Waldes.

Grundsätzlich gibt es darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten, Einnahmen zu erzielen: die Trinkwassergewinnung, die Erzeugung von Harzderivaten für die chemische Industrie, von Fasern aus Holzbestandteilen für die Textilindustrie und von Wildprodukten für die Gastronomie und verschiedene Dienstleistungen im Bereich Tourismus. Hinzu kommen zahlreiche Ökosystemleistungen, die die Forstwirtschaft für die Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Eine angemessene Wertschöpfung steht dem allerdings nicht gegenüber, zumindest bisher nicht. Häufig ist das Gegenteil der Fall: Insbesondere Leistungen im Bereich der Schutz- und Erholungsfunktion sind in der Regel mit Mehraufwand für die Forstbetriebe verbunden. Unter dem Strich führt das für sie zu Mindererträgen.

Aufwand und Nutzen
Die Vorteile der Waldleistungen kommen häufig anderen Akteuren zugute. Ein konkretes Beispiel: Waldflächen tragen grundsätzlich zu einem erhöhten Trinkwasseraufkommen und verbesserter Wasserqualität bei. Die Wertschöpfung dafür erfolgt jedoch im Bereich der Trinkwasserversorger.

Ein anderes Beispiel: Die forstwirtschaftlichen Betriebe ermöglichen Erholungssuchenden deutschlandweit den Zugang zum Wald. 512 000 Kilometer Fahrwege und 62 000 Kilometer Fuß-, Rad- und Reitwege stehen dafür zur Verfügung. Den Forstbetrieben erwächst aus der touristischen Nutzung häufig ein Mehraufwand, wohingegen die Tourismusbranche profitiert und Wertschöpfung erreicht.

Forstwirtschaft vor Klima-Herausforderungen
Investitionen werden in Zukunft auch wegen des drohenden Klimawandels nötig. Zukunftsträchtige Waldbau-Konzepte sind erforderlich, um die deutschen Wälder fit für die Zukunft zu machen. Der Umbau der Wälder zu klimastabilen, langfristig produktiven Mischwäldern muss finanziert werden, um die Ökosystemleistungen des Waldes auch langfristig zu gewährleisten. Angemessene Einnahmen im Bereich des Clusters Forst und Holz könnten ein Beitrag sein, um diese Investitionen zu ermöglichen. Dafür sollten politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Leistungsfähigkeit der Wälder und des Clusters Forst und Holz langfristig absi-

KONTAKT:
Wolf Ebeling
Deutscher Forstwirtschaftsrat e. V. (DFWR)
Telefon: 030 31904-563
info@dfwr.de
www.dfwr.de

Angebot = Nachfrage?

Die Sägeindustrie ist im Strukturwandel: In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Sägewerke ab-, ihre Größe hingegen zugenommen. Mit moderner Technik setzen sie vor allem auf Nadelholz. Die Forstwirtschaft will den Wald allerdings zu klimatauglichen Mischbeständen umbauen.

Dr. Jürgen Bauer ist Geschäftsführer der Cluster-Initiative Forst und Holz Bayern GmbH. Sie vernetzt die Forst- und Holzwirtschaft im Freistaat und will Impulse für deren Entwicklung setzen. www.cluster-forstholzbayern.de

Herr Dr. Bauer, rund 85 Prozent des Holzes, das aktuell in Bayern genutzt wird, ist Nadelholz. Warum sind Fichte & Co. mehr gefragt als Buche und Eiche?
Nadelholz ist leichter und ergiebiger als Laubholz und als Weichholz besser geeignet für die Sägewerkstechnik. Zudem hat es normierbare Festigkeitsstufen und lässt sich gut verarbeiten, also trocknen, hobeln und damit weiter veredeln. Deshalb überwiegt weltweit im Baubereich das Nadelholz. Eiche und Buche sind Harthölzer. Die klassischen Märkte dafür sind Schreinereien für den Möbelbau und Innenausbau.

„Der Zukunftswald in Bayern ist der Mischwald."

Derzeit besteht über die Hälfte des Waldes in Bayern aus Fichten, aber die sind zunehmend anfällig gegenüber Stürmen, Trockenheit und Schädlingen.
Der Zukunftswald in Bayern ist der Mischwald. Wir müssen Waldpflege betreiben und unsere Wälder zu standortangepassten Beständen aus Nadel- und Laubholz entwickeln. Die Frage, welche Rolle Nadelholz darin spielen kann, müssen Wissenschaft und Forstleute diskutieren und Förster und Waldbesitzer vor Ort entscheiden. Der Anteil der Fichte wird definitiv zurückgehen, aber mit der Douglasie, der Tanne und teilweise der Kiefer haben wir Nadelbäume, die sie in Teilen ersetzen können.

Aber viele Sägewerke haben sich auf die Fichte spezialisiert.
Die Märkte für Rundholz werden sich nicht dramatisch ändern. Der Trend zum Waldumbau ist da – das wissen auch die Sägewerke und werden sich im Lauf der Zeit anpassen. Wir wissen, wir werden mehr Laubholz haben.

Wie könnte man Laubholz besser vermarkten?
Seit einigen Jahren beschäftigen sich Unternehmer und Wissenschaftler in einem Projekt der Cluster-Initiative mit Laubholzinnovationen. Unser Buchen-Brettschichtholz ist inzwischen für den Einsatz im Baubereich zugelassen. In Thüringen wurde ein Buchenfurnier-Schichtholz entwickelt. Daneben bietet die chemische Nutzung Möglichkeiten, insbesondere in der Bioökonomie: In Österreich produziert eine Firma Viskose für High-Tech-Kleidung aus Buchenholz. Dabei geht es auch um die Idee einer klugen Ressourcen- und Kreislaufwirtschaft. Aus dem Hauptstamm sollen möglichst hochwertige Produkte gemacht, die Resthölzer können energetisch oder chemisch genutzt werden. Holz ist ein toller, regionaler Rohstoff dafür.

Welche Rolle spielt Regionalität bei Holzprodukten?
Holz wird als ökologischer Roh-, Bau- und Energiestoff immer stärker wahrgenommen und genutzt. Man fragt sich: Welches Holz nutze ich denn da eigentlich? Allerdings muss man dafür nachvollziehen können, ob das Holz aus Deutschland kommt – wir betreiben eine vorbildliche, verantwortungsvolle Forstwirtschaft – oder zumindest aus den modernen Forstbetrieben Mitteleuropas. Dazu gibt es erste Ansätze: Seit einem Jahr bietet das etablierte Zertifizierungssystem PEFC ein Regionallabel an. Daneben gibt es tolle Nischen wie das „Allgäu-Holz", die regional funktionieren. Holzbau ist eine treibende Kraft im ländlichen Raum – hält aber auch Einzug in die Städte.

Inwiefern?
Es werden mittlerweile Hochhäuser aus Holz gebaut – ein achtstöckiges in Bayern, ein siebenstöckiges in Berlin. Das ist eine ganz tolle Botschaft. Wir bemerken zudem, dass Waldbesitzer mittlerweile immer häufiger weiblich sind oder in einem urbanen Umfeld leben. Das Thema Waldpflege muss heute stärker kommuniziert werden. Im Cluster-Projekt „Mein Wald" versuchen wir deshalb, diese Menschen gezielt anzusprechen und mit ihrem regionalen Förster in den Dialog zu bringen.

Herr Dr. Bauer, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Anja Rath.

Foto: Cluster Forst und Holz in Bayern

Energiewende im Wald

Die Planungen von Windparks in Waldgebieten lösen immer wieder Proteste aus. So auch im baden-württembergischen Hardthausen. Informationsfahrten zur Windpark-Baustelle trugen dort jedoch zur Akzeptanz bei.

[VON HARRY BRUNNET]

Seit 2011 können in Baden-Württemberg Windkraftanlagen auch in Waldgebieten gebaut werden, das sieht eine Änderung des Landesplanungsgesetzes vor. In der Gemeinde Hardthausen im Landkreis Heilbronn löste die Planung von 18 Windenergieanlagen im Harthäuser Wald, davon sechs in Hardthausen selbst, eine kontroverse Diskussion aus. Eine Bürgerinitiative lehnte das Projekt ab, dennoch wurde es mittlerweile realisiert. Der Spagat zwischen Energiewende und Akzeptanz vor Ort konnte weitgehend gemeistert werden. Wie ging die Gemeinde dabei vor?

Bürgerbeteiligung von Anfang an

Die ZEAG Energie AG ist Energieversorger in der Region und hat deshalb ein Interesse daran, die lokale Energiewende durch Windkraft voranzubringen. Bereits im Herbst 2011 hatte das Unternehmen mit der ZEAG Erneuerbare Energien GmbH ein Beteiligungsmodell für Windparks entwickelt: Durch Bürgerenergiegenossenschaften sollten Bürger und Gemeinden eingebunden und an Gewerbesteuern und Einnahmen beteiligt werden. Die Sach- und Geschäftsführerkosten sind in dem Modell begrenzt, damit die Gewinne nicht durch überhöhte Kosten gemindert werden.

Das Beteiligungsmodell passte gut zur Situation von Hardthausen, das im gemeindeeigenen Wald über potenzielle Flächen für die Windenregienutzung verfügte. Die Bürgergenossenschaft Hardthausen eG (BEG) war bereits 2009 gegründet worden, um das Engagement für regenerative Energien zu fördern. Die BEG organisierte 2012 die erste Informationsveranstaltung und stellte dort das Modell und ein erstes Konzept für die Windenergienutzung im Harthäuser Wald vor. Mit rund 160 Bürgern war die Veranstaltung gut besucht und das Projekt fand grundsätzliche Zustimmung. So wurde schließlich die EE BürgerEnergie Hardthausen GmbH & Co. KG (BEH) gegründet, die seitdem die zentrale Verantwortung für das Thema Energie in der Region übernommen hat. Die BEG und der Gemeinderat beteiligten sich an der BEH, gleichzeitig vergab der Gemeinderat die Nutzungsrechte für die Waldflächen an die neue Gesellschaft. Die formalen Rahmenbedingungen waren damit geschaffen, um das Windkraftprojekt zu realisieren.

Unerwarteter Widerstand

Erst einige Wochen nach diesen Entscheidungen meldete sich eine Bürgerinitiative zu Wort, die „Schutzgemeinschaft Harthäuser Wald“. Die Kritiker waren Sprachrohr für rund 1200 Menschen aus der Region, in der insgesamt 40 000 Menschen leben. Sie lehnten das Projekt grundsätzlich ab. Als zentrale Gründe wurden die mangelnde Wirtschaftlichkeit und der Eingriff in die Naturlandschaft genannt. Der Slogan „Wald wird zur Industrielandschaft“ brachte den Unmut auf den Punkt. Gesprächsangebote, detaillierte Aufklärung und Informationsfahrten, die die Gemeinde initiiert hatte, konnten nicht zur Annäherung der Positionen beitragen. Bis Ende 2014 gab es mehr als 400 Widersprüche gegen den Eingriff in den Wald.

Annäherung in der Bauphase

Trotz des Widerstandes wurden 14 von den beantragten 18 Windenergieanlagen genehmigt, davon fünf in Hardthausen. Nachdem der Bau begonnen hatte, wurde den Bürgern die Gelegenheit gegeben, den Stand der Bauarbeiten auf Informationsfahrten zu verfolgen. Das Interesse war groß, im Mai und Juni 2015 besuchten 250 Bürger die Baustelle. Die Fahrten trugen zur Annäherung an das Projekt bei. Auch als der Windpark Ende Oktober 2015 eingeweiht wurde, kamen zahlreiche Gäste – insgesamt 1 500 – zur Einweihung. Die Zahl der Projektgegner, die bei der Feier noch mit rund 100 Teilnehmern demonstriert hatten, hat sich mittlerweile stark verringert. Das Interesse der Bürger an einer Windpark-Beteiligung ist hingegen gestiegen: Seit 2012 ist die Anzahl der Genossenschaftsmitglieder in der BEG von gut 90 auf über 300 gestiegen.

KONTAKT:
Harry Brunnet
Gemeinde Hardthausen
Telefon: 07139 470910
h.brunnet@hardthausen.de
www.windenergie-harthaeuser-wald.de

Foto: ZEAG Erneuerbare Energien GmbH

Holz aus der Heimat

Regionale Produkte erleben im Lebensmittelbereich seit Jahren einen Marktaufschwung. Heimische Rohstoffe, wie das Holz der Weißtanne, finden hingegen kaum Beachtung. Das Forum Weißtanne e.V. möchte diese Baumart wieder vermehrt in den Wald und an den Verbraucher bringen. [VON EWALD ELSÄSSER]

Wer den großen Nadelbaum mit seinem mächtigen Stamm im Wald noch nicht gesehen hat, hat ihn wahrscheinlich trotzdem schon einmal in Deutschlands bekanntestem Weihnachtslied mit „O Tannenbaum“ besungen: die Weißtanne. Einst war sie die dominierende Nadelbaumart in den südwestdeutschen Mittelgebirgswäldern. Mit ihrer natürlichen Verjüngungsfreudigkeit, ihrer Stabilität und ihren ökologischen Vorteilen galt sie neben der Buche als Säule der naturnahen Waldwirtschaft. In den vergangenen 150 Jahren hat sich das grundlegend geändert: Übernutzung im 18. und 19. Jahrhundert sowie in Kriegszeiten und regional hohe Wildbestände mit entsprechendem Verbiss seit den 1950er-Jahren haben den Weißtannenanteil stark reduziert. Bundesweit hat die Tanne heute nur noch einen Anteil von zwei Prozent, lediglich in Baden-Württemberg ist sie mit acht Prozent noch eine bedeutende Baumart. Dort konzentriert sich die Weißtanne schwerpunktmäßig auf den Schwarzwald, ist aber auch in den Regionen Südwestalb, Schwäbisch-Fränkischer Wald und Allgäu mit beachtlichen Beständen vertreten. Ihr Anteil liegt dabei weit hinter dem der Fichte, der in Baden-Württemberg rund 34 Prozent entspricht.

Preisabschläge und sinkendes Interesse

Der waldbauliche Rückgang hat für die Weißtanne eine dramatische Entwicklung auf dem Holzmarkt in Gang gesetzt. Trotz ihrer guten Holzeigenschaften hat sie heute ihre führende Marktposition im Schwarzwald und in anderen Verbreitungsgebieten verloren. Grund hierfür sind nicht nur das vergleichsweise geringe Tannenholzangebot, sondern auch weltweite Marktentwicklungen.
Die Sägeindustrie ist in den vergangenen 30 bis 40 Jahren auf wenige internationale Großsägewerke zusammengeschrumpft und heute auf globalisierte Holzmärkte abgestimmt. Der insgesamt geringe Anteil von Tannenholz stört dabei die schnellen, auf das Massensortiment Fichte ausgerichteten Produktionsabläufe. Wurden etwa Tanne und Fichte, die vergleichbare Holzeigenschaften besitzen, früher noch zusammen be- und verarbeitet, kann die Weißtanne angesichts optimierter Verarbeitungsverfahren mittlerweile nicht mehr gleichzeitig mit der Fichte getrocknet werden. Ihr Nasskern verlangt eine aufwändige Trocknung, dafür entstehen heute Zusatzkosten. Preisabschläge für Tannenholz gegenüber der Fichte und ein sinkendes Interesse der Großsägewerke an der Weißtanne sind die Folgen.

Waldbauern gründen Verein

Abseits von diesen Marktentwicklungen sprechen sich Forstleute gegenüber den Waldbauern schon lange Zeit für die Weißtanne aus, da sie eine Rolle für die Stabilität der Wälder, für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und für die ökologischen Belange spielt. Wegen des Vermarktungsproblems aber drohte der Anbau der Weißtanne für Waldbauern immer unattraktiver zu werden. Eine Gruppe von Schwarzwaldbauern, die in Besitz von wertvollen Tannenplenterwäldern mit hohen Tannenstarkholz-Vorräten waren – Plenterwald ist ein sich stetig verjüngender Dauerwald –, wollten die Marktentwicklung deshalb ändern: Mit dem rührigen und politisch aktiven Waldbauern Severin Groß an der Spitze scharten sie engagierte Waldbesitzerkollegen, Forstleute, Sägewerker, Holzbauern und Architekten um sich und gründeten 1997 den Verein Forum Weißtanne.

Schützen durch Nützen

Wichtigste Aufgabe war es zunächst, der Weißtanne durch Öffentlichkeitsarbeit das negative Image eines von den Sägewerken nur zweitrangig gewünschten Holzes zu nehmen und ihr zu einer regional gewichtigen Marktposition zu verhelfen. Bis heute wird unter dem Leitmotto „Schützen durch Nützen“ eine umfangreiche Lobbyarbeit und Imagepflege für die Weißtanne betrieben. So veranstaltet das Forum Weißtanne jährlich große Tannen-Tagungen sowie Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen, es begleitet pressewirksam Bauprojekte zur Weißtanne und wirbt bei öffentlichen Bauherren, insbesondere bei waldbesitzenden Gemeinden, für Weißtannenholz. Mittlerweile hat der ehrenamtlich geführte Verein Forum

Das Holz der Weißtanne ist dauerhaft und wetterfest, deshalb eignet es sich gut für den Holzbau. Auch für den Innenausbau hat es sich bewährt, weil es harzfrei ist.

Weißtanne über 200 Mitglieder. Davon sind etwa 40 Prozent Waldbesitzer und Forstleute und 20 Prozent waldbesitzende Gemeinden und Forstbetriebsgemeinschaften. 30 Prozent sind in holzbe- und verarbeitenden Betrieben beschäftigt, zehn Prozent in Architektur- und Planungsbüros. Ein Geschäftsführer und ein Vereinssprecher sowie mehrere regionale Ansprechpartner erledigen das mittlerweile vielfältige Aufgabenfeld des Forums Weißtanne. Sie werden von einem 15-köpfigen Vorstandsgremium unterstützt.

Weißtannenholz auf dem Vormarsch

Die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zeigt Erfolge: Die Weißtanne ist in der regionalen Öffentlichkeit wieder eine beachtete Holzart und die Nachfrage nach Produkten aus Weißtanne ist deutlich gestiegen. Landesweit sind öffentliche und private Vorzeigeobjekte aus Weißtanne entstanden und insbesondere im Schwarzwald hat die Weißtanne in der politischen Diskussion um öffentliche Bauvorhaben einen festen, positiv besetzten Platz gefunden. Beim sichtbaren Innenausbau ist die Weißtanne zu einer bevorzugten heimischen Holzart geworden. Vom Ziel, die Weißtanne wieder zu einer insgesamt führenden Regionalmarke zu machen, ist man dennoch weit entfernt. Der inzwischen hohe Marktanteil in der hochwertigen Verwendung – Innenausbau, Fenster und Fassade – darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Vergleich zur Fichte nach wie vor nur eine geringe Nachfrage für Holz in Bauholzqualität besteht. In einem 2015 abgeschlossenen Forschungsprojekt ist das Forum Weißtanne daher der Frage nachgegangen, wie sich die regionale Wertschöpfung der Weißtanne erhöhen lässt. Die Befragung von rund 60 Partnern, beispielsweise aus den Bereichen Architektur, Holzindustrie und Sägewerken, ergab, dass Potenziale für eine stärkere Verwendung der Weißtanne vor allem im Innenausbau, in Fassadenverkleidungen und in der Fertigung von Konstruktionsholz liegen. Die Entwicklung moderner Tannenprodukte, vor allem aus Konstruktionsholz, Brettschicht- und Brettsperrholz, sollte daher vorangetrieben werden. Um die Weißtanne als eigene Produkt- und Regionalmarke zu etablieren und zu bewerben, wurden inzwischen ein Hersteller- und Lieferverzeichnis für die Weißtanne in Baden-Württemberg und ein Imageflyer erstellt. Die Beratung von Architekten und Planern hinsichtlich der Vorteile von Weißtannenholz soll künftig verstärkt werden.

Qualität überzeugt

Die Erfahrungen des Forums Weißtanne zeigen: Die Bevölkerung sieht sich für die Wertschöpfung in ihrer Region viel mehr verantwortlich als gemeinhin angenommen wird. Die Menschen wollen sich nicht nur billig versorgen und einrichten, sie möchten heimische Qualitätsprodukte. Dazu bedarf es aber weiterhin intensiver regionaler Information und Werbung. Das ist nicht immer einfach, denn die Werbebudgets der regionalen Hersteller können sich mit den Etats der Großunternehmen nicht messen. Wer kann sich schon Fernsehspots oder intensive Großwerbung leisten? Hier ist die öffentliche regionalwirtschaftliche Förderung gefordert. Punkten können regionale Erzeuger mit hoher Qualität. Sie sollten nicht versuchen, mit billigen internationalen Produkten zu konkurrieren. Das Forum Weißtanne wird daher auch in Zukunft dem Grundsatz „Regionale Qualität verlangt ihren Preis“ folgen und zusammen mit der Säge- und Holzindustrie moderne und innovative Produkte aus Weißtannenholz entwickeln und bewer-

KONTAKT:
Ewald Elsäßer
Forum Weißtanne e. V.
Telefon: 0151 68161768
ewald.elsaesser@weisstanne.info
www.weisstanne.info

Fotos: Forum Weisstanne

Kleinwald gebündelt bewirtschaften

Durch Erbteilungen, politisch motivierte Zersplitterungen oder Verkäufe sind viele Privatwaldflächen mit der Zeit immer kleiner geworden. So klein, dass sich die eigenständige Bewirtschaftung für die Besitzer heute nicht mehr lohnt. Forstbetriebsgemeinschaften können eine waldwirtschaftliche Lösung sein, wie ein Beispiel aus Brandenburg zeigt. [VON KATRIN DEHMEL]

Der Zweite Weltkrieg war soeben zu Ende gegangen, als die sowjetischen Besatzer 1945 und 1946 auf dem Gebiet des heutigen Brandenburgs eine Bodenreform durchführten. Großgrundbesitzer wurden enteignet und vormals zusammenhängende Flurstücke zerschlagen und in kleine Flurstücke geteilt. Vor allem landarme oder landlose Bauern, Kleinpächter und Vertriebene erhielten nun Wald und Ackerland für die Selbstversorgung. Später wurden jedoch alle Flächen in der Forst- und Landwirtschaft kollektiviert und für beinahe drei Jahrzehnte von der DDR-Regierung zentral verwaltet. Weil den Waldbesitzern in dieser Zeit das Bewirtschaften ihrer eigenen Flächen untersagt war, schwand auch ihre Verbundenheit zum eigenen Wald. Das Interesse für den ehemaligen Besitz, aber auch die Kenntnisse über die Flurgrenzen gingen mit der Zeit verloren – nicht zuletzt durch den Generationenwechsel.

Heute befinden sich viele Wälder in Südbrandenburg in einer zersplitterten Besitzstruktur mit geringen Flächengrößen und ungünstigen Flächenzuschnitten. Eine Bewirtschaftung der Flächen aus eigener Kraft ist daher für die einzelnen Waldbesitzer meist nicht umsetzbar. Für die Forstwirtschaft ist dies eine große Herausforderung. Ein Ansatz, um die Nachteile von Kleinwaldflächen zu umgehen und forstwirtschaftliche Maßnahmen effizienter und wirtschaftlicher zu gestalten, sind forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse von Waldbesitz. Die Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Südbrandenburg ist 2007 aus zwei bereits bestehenden FBGs hervorgegangen und hat heute 252 Mitglieder, die sie unabhängig von der Forsthoheit in allen forstlichen Belangen – nachhaltige Bewirtschaftung, optimale Holzvermarktung und Erhaltung des Naturraumes Wald – unterstützt.

Großwaldbesitz ist der Motor

Bei einer Gesamtgemeinschaftsgröße von rund 14 200 Hektar liegt das Kerngebiet der Mitgliedsflächen der FBG Südbrandenburg in den südlichen Landkreisen von Brandenburg. Betreut werden jedoch auch 600 Hektar in Sachsen-Anhalt, 1200 Hektar in Sachsen, 100 Hektar in Thüringen und 100 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern. Für das unabhängige und effektive forstwirtschaftliche Handeln der FBG ist dabei von Vorteil, dass sich ihr nicht nur Kleinwaldbesitzer, sondern auch private Großwaldbesitzer angeschlossen haben. Nur zwei Prozent der Mitglieder besitzen 65 Prozent der Gesamtmitgliedsfläche. Der Großwaldbesitz ist der Motor der FBG und ermöglicht die kontinuierliche Arbeit auf den zusammengeschlossenen Waldflächen und die Auslastung der neun Angestellten der FBG.

Der Waldumbau von Kiefernreinbeständen zu klimaresistenten Mischwäldern ist für die FBG Südbrandenburg eine Kernaufgabe.

Foto: FBG Südbrandenburg

Als wirtschaftlicher, aber nicht gewinnorientierter Verein finanziert die FBG ihre forstliche Beratung und Betreuung durch den Mitgliedsbeitrag, eine Vermarktungspauschale für den Holzverkauf und eine Dienstleistungspauschale für waldbauliche Leistungen.
Auch die Förderprämie des Landes für die Holzmobilisierung ist eine besonders wichtige Einkommensquelle für die FBG, um die beachtlichen Verwaltungsaufgaben finanzieren zu können.

Waldumbau – eine wichtige Aufgabe

Für das forstingenieurtechnische Personal ist es wichtig, die Zielsetzungen für die Waldbewirtschaftung eines jeden Mitglieds zu kennen, denn sie unterscheiden sich stark: Die einen wollen in ihrem Kleinstwaldbesitz Flächenstilllegungen, die anderen möchten den Wald als Brennholz- oder kurzfristige Finanzierungsquelle nutzen. Wieder andere haben ein ökologisches Generationendenken und sehen den Waldbesitz als eigenständigen Wirtschaftszweig. Um die Nutzungs-, Schutz- und Erholungsfunktionen gewährleisten zu können, wird auf großen Teilen der Flächen nicht nur die Holzernte – pro Jahr etwa 90 000 Festmeter Rundholz – mobilisiert, sondern auch Waldumbau im Sinne der naturnahen Waldbewirtschaftung betrieben. Zwischen 2007 und 2015 baute die FBG auf ihren Flächen nach den Prinzipien des ökologischen Waldumbaus etwa 1600 Hektar Wald um, was knapp zehn Prozent der Mitgliedsfläche entspricht.

Das leicht kontinental geprägte Klima Brandenburgs mit heißen, trockenen Sommern und jährlich nur rund 550 Millimetern Niederschlag wird sich Klimaprognosen zufolge in seinen Extremen verstärken: Die Durchschnittstemperatur könnte um zwei Grad Celsius steigen und die sommerlichen Hitze- und Trockenperioden könnten sich ausdehnen. Die Möglichkeiten eines großflächigen, wirtschaftlich orientierten Waldumbaus sind unter diesen Voraussetzungen begrenzt, da die Auswahl an geeigneten Baumarten sehr gering ist. Besonders auf den sandigen Böden der eiszeitlich geprägten Sanderregionen im Süden des Bundeslandes werden die potenziellen Flächen für den Umbau mit Laubbaumarten zurückgehen. Viele Baumarten sind für die prognostizierten Verhältnisse nicht ausreichend trockentolerant. Ihr Wachstum auf den nährstoffarmen Böden würde beeinträchtigt werden.

Sicher ist, dass die Kiefer auch in Zukunft die Hauptwirtschaftsbaumart auf den Flächen des Kerngebiets der FBG im südlichen Brandenburg bilden wird, denn auch die Holzindustrie in dieser Region ist auf das Rundholz der Kiefer spezialisiert. Die FBG bringt auf den Flächen darüber hinaus die Europäische Lärche, Douglasie und Fichte ein. Auch mit Laubbäumen wird bepflanzt, aber nur in wenigen Fällen mit dem Ziel, höherwertige Rundholzsortimente zu erhalten. Laubbaumarten sind vielmehr ein wichtiger Faktor für die Biodiversität, die Anreicherung der Artenvielfalt und die Stabilisierung der Wälder. Mit diesen waldbaulichen Maßnahmen entstehen auf den Flächen der FBG in der Horizontal- und Vertikalschichtung kleinflächige Strukturen und die Risiken der Kiefernmonokulturen – großflächige Brände, Insektenkalamitäten und Windwürfe – werden minimiert.

Waldumbau braucht Förderung

Eine wesentliche Hilfe für die Realisierung des Waldumbaus im Privatwaldbesitz ist die „Richtlinie zur Gewährleistung von Zuwendungen für die Förderung forstwirtschaftlicher Vorhaben“ (EU-MLUL-Forst-RL) des Landes Brandenburg. Die FBG kann Mittel für Waldumbaumaßnahmen beantragen, die sie dann durch beauftragte Dienstleister umsetzen lässt.
Die Förderrichtlinie gibt den Rahmen der Umbaumaßnahmen vor, etwa welche Hauptbaumarten an bestimmten Standorten zu nutzen sind. Sind auf den Mitgliedsflächen beispielsweise überwiegend Standorte mit schwacher Nährstoffversorgung vorhanden, sollte der Waldumbau von Kiefernreinbeständen zum Bestandszieltyp Kiefer-Traubeneiche erfolgen.

Forstbetriebsgemeinschaften haben Zukunft

Die Holzwirtschaft ist der Antrieb, um Wälder in Privateigentum zu erhalten und zu verbessern. Nur wenn der Wald stabil, gesund und funktionsfähig ist und weiterhin bleiben soll, kann es eine Symbiose aus Klimaschutz und Wirtschaft geben. Die fachliche Beratung und Betreuung kann gewährleisten, dass die Funktionen des Waldes als Nutz-, Schutz- und Erholungsraum erhalten bleiben. Das umfassende Aufgabenpaket, das die FBG Südbrandenburg übernimmt, könnte als Konzept im Land Brandenburg, das gerade eine Strukturreform durchläuft, zukünftig immer mehr Gewicht erlangen. Denn im Laufe ihres fast zehnjährigen Bestehens hat die FBG Südbrandenburg bewiesen, dass ihr Konzept aufgeht: Sie hat sich zu einem Privatforstamt entwickelt.

KONTAKT:
Katrin Dehmel
Forstbetriebsgemeinschaft Südbrandenburg
„Waidmannsruh-Wallhaus“
Telefon: 035364 799-111
info@fbg-suedbrandenburg.de
www.fbg-suedbrandenburg.de

Naturschutz und Nutzung kombinieren

Knapp drei Prozent der Wälder in Deutschland sind aktuellen Angaben zufolge Eigentum des Bundes. Ihre Bewirtschaftung muss den spezifischen Ansprüchen der Liegenschaftsnutzer, wie der Bundeswehr und den Gaststreitkräften, genügen. Und auch Naturschutz ist für die 17 Bundesforstbetriebe ein wichtiges Ziel.

Lothar Schmid ist Abteilungsleiter für Naturschutz im Geschäftsbereich Bundesforst der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.
www.bundesimmobilien.de

Herr Schmid, welche Bedeutung hat der Wald grundsätzlich für die Artenvielfalt in Deutschland?
Gerade in Deutschland mit einem durchschnittlichen Waldflächenanteil von 30 Prozent hat der Wald für viele Arten eine sehr große Bedeutung. Zum Beispiel für die Vögel: Viele Spechtarten brüten in Bäumen und haben im Wald ihr Nahrungshabitat. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Vogelarten, die im Wald brüten, aber außerhalb des Waldes ihre Nahrung suchen, etwa der Rotmilan. Auch ein Großteil unserer Fledermausarten sind Waldbewohner. Und viele Arten, die man nicht auf den ersten Blick sieht, wie Insekten oder Pilze, sind auf den Wald angewiesen.

Wie muss ein Wald aussehen, damit er gute Bedingungen für typische Arten bietet?
Das kann man nicht pauschal beantworten, verschiedene Wälder eignen sich für verschiedene Arten. Grundsätzlich braucht man gewisse Requisiten für bestimmte Arten: zum Beispiel lichte Waldränder mit offenen Sandflächen für die Heidelerche, besonntes Buchentotholz für den Alpenbock, Altbäume mit Mulmhöhlen für den Eremiten. Bundeswälder leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag. In unseren naturnahen Mischwäldern versuchen wir, auf die verschiedenen Ansprüche der dort lebenden Arten soweit wie möglich Rücksicht zu nehmen.

Sie betreuen Wald im gesamten Bundesgebiet. Was ist das Charakteristische an diesen Flächen?
Der Bundesforst betreut Flächen von der Ostsee bis zum bayerischen Alpenraum, von Nord nach Süd und von West nach Ost – also im Prinzip in allen Naturräumen Deutschlands. Darunter befinden sich Hochgebirgswälder, Auenwälder, große Buchenwälder aber auch kiefernbetonte Wälder. Alle von uns betreuten Waldflächen müssen einen bestimmten Bedarf decken, der größte Bedarf ist die militärische Nutzung. Einige der Waldflächen dienen aber auch dem Windschutz an Bundeswasserstraßen. Die Struktur dieser Wälder wird an der Nutzung ausgerichtet. Beispielsweise sollen Sicht-, Lärm- und Staubschutz ganzjährig gewährleistet werden. Dafür eignen sich stabile, naturnahe, laubholzbetonte Mischwälder; ein Nadelholzanteil ist aber immer notwendig, damit die Schutzfunktionen auch im Winter erhalten bleiben. Viele Bundeswälder wachsen auf Grenzertragsstandorten, das heißt, die Flächen sind extrem nass oder trocken und häufig nährstoffarm. Entsprechend sieht die Ausstattung an Baumarten aus: Die Kiefer bildet auf trockenen Standorten einen Schwerpunkt, Pionierwälder aus Weichlaubhölzern wie Birke, Aspe und Weide sind bei uns recht häufig. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt auf Buche, Eiche und Edellaubholz. Wir haben auf unseren Flächen außerdem eine besondere Verantwortung für manche Arten, wie zum Beispiel den Ziegenmelker. Er braucht offene Kiefernwälder, die wir ihm auf Truppenübungsplätzen bieten können. Mit stufigen Waldrändern mit Strauch- und Krautzone fördern wir beispielsweise den Neuntöter. Seit 2005 kümmern wir uns außerdem um Flächen, die dem „Nationalen Naturerbe“ angehören, also gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes. Diese Flächen werden dauerhaft für eine natürliche Entwicklung gesichert.

Welche Besonderheiten müssen Sie bei der Bewirtschaftung der Bundesflächen beachten?
Zu Beginn jeder Planung zum Geländemanagement steht bei uns die Frage: Was erwartet der Nutzer und – nicht zuletzt – der Naturschutz von Flächen des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik?
Die Bundesflächen können generell sehr naturnah behandelt werden, das erkennt man schon im Luftbild am eher gelblichen Grün im Gegensatz zum satten Stickstoffgrün der übrigen Landschaft. Wir haben das Ziel, stabile Dauerwälder aufzubauen, denn naturnahe Mischwälder sind unempfindlicher gegenüber Einflüssen von außen. Deshalb setzen wir auf Naturverjüngung und eine Entwicklung

Panzer im Wald: Stabile Mischwälder lassen die Kombination von Übungsbetrieb und Naturschutz auf der gleichen Fläche zu.

hin zu laubholzdominierten und standortgerechten Beständen. Außerdem verzichten wir auf jegliche Pflanzenschutz- und Düngemittel, bewahren Habitat- und Höhlenbäume und lassen das Totholz im Wald.

Feste Rückegassen und eine strenge räumliche Ordnung sind für unsere Waldbehandlung ganz wichtig. Wir entnehmen die Bäume auch mit Harvestern und legen dabei großen Wert auf die Bodenschonung. Alle waldbaulichen Maßnahmen müssen so ablaufen, dass Nutzer, wie die Bundeswehr, möglichst keine Veränderungen bemerken. Deshalb gibt es bei uns keine Kahlschläge, sondern Einzelstammentnahmen. Damit agieren wir einerseits naturnah, andererseits aber auch gemäß unserem Dienstleistungsauftrag, die Schutzfunktionen zu erhalten.

Kern unserer Arbeit ist, tagtäglich mit den Nutzern abzustimmen, wie wir Nutzung und Naturschutz unter einen Hut bekommen. Neben der Abteilung Naturschutz in der Zentrale haben alle 17 Bundesforstbetriebe einen Naturschutz-Funktionsbereich. Die Forstleute vor Ort arbeiten eng mit den Nutzern, aber auch mit Landesbehörden und Verbänden zusammen und übernehmen Aufgaben in der Beratung. Alle fünf Jahre überprüfen wir den Erfolg unserer Naturschutzarbeit über Audits, die die Zentrale durchführt oder die an externe Büros vergeben werden. So haben wir ein gutes naturschutzfachliches Qualitätsmanagement für jeden Betrieb.

> *„Kern unserer Arbeit ist, tagtäglich mit den Nutzern abzustimmen, wie wir Nutzung und Naturschutz unter einen Hut bekommen.“*

Auch für den Bundesforst sind die Holzerträge wichtig. Wie gehen Sie mit dem Spannungsfeld Bewirtschaftung und Naturschutz um?
In den Bundeswäldern steht an oberster Stelle die Dienstleistung, beispielsweise für die Bundeswehr, an zweiter Stelle die Gewährleistung aller Schutzfunktionen, zu denen auch der Naturschutz zählt. Die Reihenfolge bei der Art der Waldnutzung ist sicherlich eine besondere Vorgabe. In diesem Rahmen können wir aber durchaus nennenswerte Holzerträge erwirtschaften. Wir schlagen jährlich ungefähr eine Million Festmeter Holz. Den Aufwand für unsere Dienstleistungen verrechnen wir mit unseren Auftraggebern. Forst- und naturschutzfachliche Arbeiten erledigen wir mit eigenen Waldarbeitern und externen Dienstleistern. Alle werden über die besondere Bedeutung der naturnahen Bewirtschaftung auf dem Laufenden gehalten und die Vertragspartner entsprechend verpflichtet und kontrolliert.

Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen und stillzulegen, im Bundesforst wurde dieses Ziel bereits übertroffen. Stehen die Stilllegungen in Konflikt mit der steigenden Holznachfrage?
Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben fühlt sich auch der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ verpflichtet. Ich persönlich erachte einen bestimmten Anteil an stillgelegten Naturwaldflächen im öffentlichen Wald oder – finanziert durch die öffentliche Hand – im Privatwald als sinnvoll. Ich glaube auch, dass in den Bundes- und Landesforsten und im Kommunal- und Privatwald insgesamt ausreichend naturnahe Wälder vorhanden sind oder mittelfristig entstehen werden. Gleichzeitig bin ich der Meinung, dass der Anteil stillgelegter Flächen nicht ständig gesteigert werden kann, sonst werden unsere anderen Ziele vernachlässigt, nämlich zum Beispiel den Bedarf an Holz zu decken. In Deutschland kann man umweltgerecht Holz produzieren. Wenn wir unsere Wälder stilllegen, bedeutet das, gleichzeitig einen Anstieg der Holzimporte aus weniger umweltgerechter Forstwirtschaft im Ausland. Das sollten wir uns gesamtgesellschaftlich gut überlegen. Der Wald ist eben ein Multitalent, das viele Ziele erfüllen muss. Naturschutz ist ein wichtiges Ziel, aber nicht das einzige.

Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Simon Keelan.

Fotos: DVS, Volker Goebel

Die Natur im Wald

Wenn die Öffentlichkeit über Naturschutz im Wald diskutiert, geht es meist um Wald in öffentlicher Hand. Dabei sind in Deutschland 48 Prozent der Flächen in Privatbesitz. Ist auch darin Platz für den Naturschutz?

[VON ISABELLA MAHLER]

Das Birkwild war der Grund für Michael Freiherr von der Tanns ersten Kontakt als Waldbesitzer mit dem Naturschutz. Ein Windwurf hatte den dichten Fichtenwald auf dem Engelsberg großflächig zerstört und legte den Bergrücken in der Rhön einige Jahre lang offen. Einige Birkhühner, sie sind in Deutschland streng geschützt, fanden an der Fläche Gefallen. „Die Naturschützer wollten, dass ich die Fläche nicht mehr aufforste“, sagt von der Tann und in seiner Stimme schwingt auch 30 Jahre nach dem Vorfall immer noch Ärger mit. Er schaltete Anwälte ein, um gegen die Forderungen vorzugehen und hatte Erfolg. Da waren die Birkhühner längst verschwunden. „Wahrscheinlich hat ein Habicht das Birkwild geschlagen, es hat hier zu viele natürliche Feinde“, sagt von der Tann, „trotzdem musste ich jahrelang um meine Flächen kämpfen.“ Heute stehen auf dem Engelsberg wieder mehrheitlich Fichten.

Generationenwald

Die Wälder rund um die Kleinstadt Tann in der hessischen Rhön sind seit etwa 800 Jahren in Besitz der Familie von der Tann. Michael von der Tann selbst ist in Düsseldorf aufgewachsen. Nachdem der Agraringenieur einige Jahre bei einem großen Bergbau- und Rohstoffunternehmen tätig gewesen war, übernahm er in den 1980er-Jahren den Familienbetrieb mit dem Ziel, ihn zu erhalten und, wenn möglich, zu vergrößern. Dafür setzte er das Schloss in Tann instand und siedelte mit seiner Familie in den rund 5 000 Einwohner zählenden Ort um. Seitdem sitzt er in verschiedenen Aufsichtsräten in der Region und bekleidet kommunale Ämter.

Die rund 1200 Hektar Wald, die zu Michael von der Tanns Besitz gehören, erstrecken sich über ein sanftes Hügelland aus einstigen Vulkankuppen. Ausgangsgesteine wie Basalt, Muschelkalk und Buntsandstein schaffen hier unterschiedliche Standortvoraussetzungen für den Waldbau. Auf etwa 450 Hektar stehen Fichtenbestände, auf 330 Hektar dominiert die Buche. Auch die umstrittene, weil nicht heimische Douglasie zieht von der Tann vereinzelt heran. Ihre Wuchsleistung begeistert ihn und er überlegt, mit ihr seine Nadelholzbestände klimaresistenter zu machen. Daneben gibt es noch viele Begleitarten in den Tann'schen Wäldern, beispielsweise Ahorn, Lärche, Kiefer, Tanne, Eiche und Esche.

Die Esche aber macht von der Tann Sorgen, sie leidet zunehmend an Eschentriebsterben, einer von einem Pilz verursachten Krankheit. „Bald muss ich wohl wieder eine Lücke füllen“, sagt er, „früher hatten wir hier auch beeindruckende Ulmen, davon haben nur wenige das Ulmensterben, eine Pilzinfektion, überlebt.“ Von der Tann sieht seinen Bäumen nicht gerne hilflos beim Sterben zu.

Die Politik erhöhe die Auflagen im Forst, biete aber keine Lösungen dafür an, wie man mit ihnen wirtschaften kann, meint er verärgert. Früher habe man Holzpolter – Sammelplätze für Langholz – gegen Insektenbefall mit Herbiziden behandeln dürfen. „Wenn das Holz heute nicht rechtzeitig abgeholt und dann befallen wird, besteht die Gefahr, dass auch angrenzende Bäume in Mitleidenschaft gezogen werden. Außerdem kann das Holz durch den Insektenbefall entwertet werden“, sagt von der Tann.

Von der Tann ist kein Praktiker. „Ich hatte noch nie eine Motorsäge in der Hand“, sagt er. Für die Betreuung seines eigenen Waldes sowie von drei Fremdbetrieben beschäftigt er einen Förster und zwei Waldarbeiter in Vollzeit, zudem hat er eine Bürohilfe. Das Laubholz lässt von der Tann von seinen Mitarbeitern schlagen und regional vermarkten. Mit der Holzernte und -vermarktung im Nadelwald beauftragt er einen Dienstleister mit Harvestern. Nicht immer läuft bei der Holzernte alles ohne Schaden ab, das ist von der Tann bewusst.
Der Boden der Rückegassen, auf dem im Frühjahr die Erntemaschine fuhr, ist von tiefen Furchen durchzogen. „Normalerweise können wir die Verletzungen des Bodens mit dem Einstreu des anfallenden Astwerks klein halten“,

1+2 17 Hektar Naturschutzgebiet gehören zu von der Tanns Besitz: 13 Hektar bewirtschaftet er, auf vier Hektar hat er die Bäume an das Land Hessen verkauft.

3 Wald ist sein Geschäft: Michael Freiherr von der Tann im Wald am idyllischen Habelstein.

sagt er, „aber dieses Jahr war diese Maßnahme nicht ausreichend, denn die feuchte Witterung hat den Boden zu sehr aufgeweicht. Irgendwann mussten wir schließlich das Holz holen. Im Verhältnis zum Gesamtholzeinschlag sind die Verletzungen aber gering."

Wald vor Wild

Am Habelberg gehen die Felder über stufiges Busch- und Laubwerk in einen Mischwald über. Es dominieren Buchen in vielen Altersstadien. Von der Tann ist von Naturverjüngung überzeugt, denn die Buchen werden dann astrein und hochschäftig. „Keine Pflanzung kann das ersetzen", sagt er. Um Wildschäden am Jungwuchs zu vermeiden, haben von der Tann und sein Förster das Rehwild intensiv bejagt. Jetzt gibt es Anzeichen dafür, dass ein Luchs in das Gebiet eingewandert ist. „Gegen das Raubtier habe ich nichts. Das Lästige ist, dass die Rehe nun wieder furchtbar heimlich und schwer zu bejagen sind." Er überlegt nun, seine Jungbäume einzuzäunen, um sie vor Verbiss zu schützen.

Emotionales Thema

Am felsigen Habelstein reicht der Blick weit über den Ort Tann hinaus. Über 100 Jahre alte Buchen, knorrige Eichen und tote, von Käfern durchlöcherte und mit Pilzen bewachsene Baumstämme machen dieses Waldstück zu einem magischen Ort. Michael von der Tann kommt oft hierher, er mag das Kleinod. Auf vier Hektar gilt ein absolutes Nutzungsverbot, die Fläche ist Teil eines Naturschutzgebietes. Das Land Hessen hat dem Freiherrn das stehende Holz abgekauft. Weitere 13 Hektar des Naturschutzgebietes darf von der Tann mit Einschränkungen bewirtschaften. Ein Waldweg trennt es vom Wirtschaftswald. „Ist das nicht fantastisch?", schwärmt Michael von der Tann als er auf einem Waldweg steht, der den geschützten Wald vom bewirtschafteten trennt. „Ein Unterschied zwischen Naturschutz- und Wirtschaftswald ist hier gar nicht erkennbar. Wir haben das strengste Waldgesetz der Welt, das reicht auch für Naturschutz."

Dass der landeseigene Hessenforst damit wirbt, in den kommenden zehn Jahren acht Prozent des Landeswaldes aus der Nutzung zu nehmen, empfindet er deshalb als Affront: „Sie geben sich den Anstrich, dass sie mehr für den Natur- und Umweltschutz tun als wir Privatwaldbesitzer", sagt von der Tann. Insbesondere aber der Klimaschutz profitiere von Privatbetrieben, weil im entnommenen Holz langfristig CO_2 gebunden wird. Naturschutz könne durch diverse Maßnahmen in bewirtschaftete Flächen integriert werden, findet er.

Mit dem Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH) „Nördliches Tann" liegt ein weiteres 125 Hektar großes Schutzgebiet im Tann'schen Wald. Von der Tann muss dafür sorgen, dass sich sein Zustand nicht verschlechtert. So darf er den Fichtenanteil nicht erhöhen, muss Totholz erhalten und den Bestand dauerwaldartig bewirtschaften. Horstbäume gilt es hier wie auch andernorts zu schonen. Für weitere Naturschutzmaßnahmen könnte von der Tann mithilfe des Vertragsnaturschutzes in Hessen eine Kompensation erhalten. Als Präsident des hessischen Waldbesitzerverbandes hat er den Rahmenvertrag gemeinsam mit dem Land, dem Städte- und Gemeindebund sowie dem hessischen Städtetag 2002 selbst ausgearbeitet. Die Laufzeit des Vertrags beträgt auf Wunsch des Waldbesitzerverbandes zehn Jahre. Die Finanzierung übernimmt die haushaltsunabhängige Stiftung Natura 2000, als deren Vorstand sich von der Tann engagiert. Für die eigene FFH-Fläche hat er dann aber nie einen Vertrag abgeschlossen, denn auf die Ernte bestimmter Bäume möchte er nicht verzichten.
Das wäre im Rahmen des Vertragsnaturschutzes aber nötig, um einen Altbaumbestand zu erhalten.
„Außerdem könnten die Behörden und Verbände stärkeren Einfluss auf die Bewirtschaftung nehmen", sagt er. „Für einen besonderen Wald nehme ich gerne Einschränkungen in Kauf, aber ich muss mich selbst dafür entscheiden können."

KONTAKT:
Michael Freiherr von der Tann
www.tann-forst.de

Fotos: DVS

Urlauber als Waldaktionäre

Mit dem Kauf einer Waldaktie können sich Urlauber am Entstehen von Klimawäldern in Mecklenburg-Vorpommern beteiligen – und ihren Urlaub gleichzeitig CO_2-neutral gestalten. Aufforstung als Image-Kampagne und Touristenmagnet – was bringt dieses Konzept dem Wald und der Region?

Tobias Woitendorf ist stellvertretender Geschäftsführer des Tourismusverbands Mecklenburg-Vorpommern e. V. Er koordiniert in Zusammenarbeit mit dem Landesforst und dem Umweltministerium des Landes das Projekt „Waldaktie“. www.waldaktie.de

Herr Woitendorf, Sie haben bisher rund 75 000 Waldaktien verkauft. Was haben die Inhaber damit erworben?
Sie kaufen auf unserer Website oder vor Ort bei einer Pflanzaktion eine symbolische Aktie für zehn Euro. Sie ist an keiner Börse gelistet, bietet aber eine relativ sichere Rendite. Auf fünf Quadratmetern werden in einem sogenannten Klimawald Baum-Setzlinge angepflanzt und von den Forstleuten gepflegt. Mit dem Wachstum der Bäume nimmt auch die CO_2-Bindung zu und damit ist die Rendite sozusagen gute Luft für rund hundert Jahre. Das ist eine sicherere Anlage als manch andere Aktie, bei der man nicht weiß, ob sie sich positiv entwickeln wird. Der Aktionär kann außerdem an einer der Pflanzaktionen teilnehmen und seine Bäume selbst in die Erde bringen. Man erlebt also Natur vor Ort.

„Die Rendite ist gute Luft für rund hundert Jahre.“

Das bedeutet, mit dem Geld aus den Aktien finanzieren die Forstämter Aufforstungen. Weshalb ist das nötig?
Es gibt bisher 14 Klimawälder in Mecklenburg-Vorpommern, auf denen mit standortangepassten Baumarten aufgeforstet wurde; einige sind überschaubar groß, andere recht ausgedehnt. Die Flächen dafür sind nicht im Aufforstungsprogramm des Landes berücksichtigt und können daher durch externe Finanzierung – die Waldaktien – bepflanzt werden. Mecklenburg-Vorpommern ist eines der waldärmeren Bundesländer. Es ist aber nicht Ziel der Waldaktie, diesen Zustand zu beheben und wir verfolgen auch nicht den Ansatz, Klimaschutzziele in größerem Maßstab zu erreichen. Wir betreiben Klimaschutz im Kleinen. Uns ist wichtig, dass unser Projekt nah am Menschen ist, ein Erlebnis ermöglicht und womöglich zu einem Umdenken führt. Die Waldaktie verschenkt man vielleicht zu Weihnachten oder kompensiert den CO_2-Austoß im Urlaub, man soll sich aber nicht freikaufen.

Eignet sich der Wald für die touristische Imagewerbung?
Die Pflanzaktionen im Frühjahr oder Herbst können die Nebensaison mit Attraktivität aufladen. Wenn Waldaktionäre das zum Anlass nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu reisen, hat das den Effekt einer Saisonverlängerung. Etwa 50 Prozent der Waldaktionäre sind aber Einheimische. Für sie ist das identitätsstiftend. Bei einigen Menschen gehört es zum Lebensvorhaben mit dazu, einen Baum zu pflanzen.

Sie sprechen insbesondere Urlauber an, die mit der Waldaktie den CO_2-Ausstoß ihres Urlaubs kompensieren können. Gleichzeitig möchten Sie mit der Aktie zusätzliche Touristen anlocken, die ja wiederum zusätzliches CO_2 ausstoßen. Ist das sinnvoll?
Dass wir Gäste gewinnen wollen, liegt in der Natur der Sache. Wir im naturreichen Mecklenburg-Vorpommern meinen, dass Tourismus nicht für negative Erscheinungen verantwortlich sein muss. Er kann auch aufklärend und damit positiv wirken. Die Waldaktie stärkt den Gedanken des nachhaltigen Tourismus, den abzulehnen unsinnig wäre.

Inzwischen werden geeignete Aufforstungsflächen knapp. Soll es eine Waldaktie 2.0 geben?
Es hat in den vergangenen Jahren viele Abstimmungen zwischen Forstämtern, Kreisen und Kommunen gegeben, um Aufforstungsflächen für das Projekt zu finden. Viele sind schon für andere Zwecke vorgesehen. Das setzt dem Projekt ein natürliches Limit. Um der Waldaktie neuen Schwung zu geben, müssen wir wahrscheinlich etwas am System ändern. Es heißt jetzt, die Landtagswahl im Herbst abzuwarten. Den festen Willen weiterzumachen, haben wir. Ob das gelingen wird, werden wir dann sehen.

Herr Woitendorf, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Isabella Mahler.

Foto: TMV Duerst

Sprechen wir über den Wald

Die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten nehmen Fragen, Kritik und Sorgen der Bürger rund um den Wald ernst. Unter dem Motto „Wald für mehr. Dialog“ stehen sie mit Waldnutzern und Waldbesuchern im Austausch.

[VON NADINE NEUBURG UND ISABELLA MAHLER]

Mit ihrer Kampagne „Denk Dir Deinen Wald!“ haben die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (SHLF) 2013 anlässlich des Jubiläums „300 Jahre Nachhaltigkeit“ eine öffentliche Debatte über den Landeswald angestoßen. Wald- und Naturfreunde konnten im Internet an einer Umfrage teilnehmen und das Waldgeschehen kommentieren. Ein Kreativwettbewerb für Schüler regte zum Nachdenken über den Wald an. Die rege Teilnahme zeigte, wie wichtig den Menschen ihr Wald ist. Unter dem Motto „Wald für mehr. Dialog“ knüpfen die Landesforsten deshalb an die Kampagne an und schaffen die Voraussetzungen zur Verstetigung des Austauschs.

Landesforsten mit Vorbildfunktion

Die SHLF betreuen mit 30 Förstereien etwa 50 000 Hektar Landeswald, das sind knapp ein Drittel der Waldfläche in Schleswig-Holstein. Ihr Ziel ist es, die ihnen anvertrauten Wälder nachhaltig und ökologisch zu bewirtschaften. Die SHLF fördern daher den Aufbau strukturreicher, stabiler Mischwaldbestände, die den Herausforderungen der Zukunft und den zu erwartenden Klimaextremen gewachsen sind.

Als Anstalt öffentlichen Rechts haben die SHLF in vielerlei Hinsicht eine Vorbildfunktion für die Forstwirtschaft. Andere Forstunternehmen und eine kritische Öffentlichkeit beobachten genau, wie und nach welchen Grundsätzen die SHLF ihre Wälder bewirtschaften.
Immer mehr Menschen interessieren sich für den Wald und seine Belange. Sie schätzen den Wald nicht nur als Sportgelände und Naherholungsziel, sondern sehen in ihm einen Gradmesser für den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen.
Die Menschen wollen wissen, was in „ihrem“ Wald geschieht.

Bürgernaher Dialog

Die SHLF möchten mit der Aktion „Wald für mehr. Dialog“ informieren, erklären und für den Bürger als Kontaktperson da sein.
In den Förstereien bieten sie daher Bürgersprechstunden an, in denen Fachleute als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Drei Mitarbeiter der SHLF beantworten zudem auf der Internetseite www.forst-sh.de/dialog Fragen aus den Bereichen Waldwirtschaft, Naturschutz und Erholung, die so oder so ähnlich in den Förstereien des Landes immer wieder gestellt werden, etwa: Weshalb werden auch dicke, alte Bäume gefällt? Was bedeuten die Zeichen an den Bäumen? Oder: Warum ist der Wald so unaufgeräumt? Eigene Fragen – auch zu anderen Themen – können Waldfreunde per E-Mail einsenden.

Bereits kurz nach dem Start der neuen Onlineplattform erreichten die Landesforsten die ersten Anfragen, die zeigten, wie unterschiedlich die Interessen der Bürger am Wald sind. „Viele Bürger haben ganz allgemeine Fragen. Sie möchten wissen, woher sie Brennholz bekommen oder auf welchen Wegen sie reiten dürfen“, sagt Nadine Neuburg. Als Koordinatorin des Projekts nimmt sie die Fragen im Hauptsitz der SHLF in Neumünster geduldig entgegen. „Natürlich erreicht uns auch Kritik“, sagt sie. Beispielsweise beanstandeten Bürger kürzlich, dass nach Forstarbeiten das Kronenmaterial nicht weggeräumt und ein Weg nicht schnell genug glatt gezogen wurde. Nadine Neuburg versucht dann zu vermitteln und nennt den Bürgern die örtlichen Ansprechpartner. Manchmal organisiert sie für die Bürger auch Vor-Ort-Termine mit der zuständigen Försterei und den Mitarbeitern aus dem Wege- und Waldbau. Kritikpunkte können dann persönlich besprochen und Lösungen gemeinsam gesucht werden. Die SHLF möchten auf diesem Weg Antworten auf die vielfältigen Fragen zum Wald geben und ihre Arbeit transparent machen.

KONTAKT:
Nadine Neuburg
Schleswig-Holsteinische Landesforsten (AöR)
Telefon: 04321 5592-105
nadine.neuburg@forst-sh.de
www.forst-sh.de

Foto: ForstSH Stefan Polte

Willkommen im wilden Wald

Der Nationalpark Bayerischer Wald wurde 1970 als erster deutscher Nationalpark gegründet und umfasst heute rund 24 000 Hektar Wald. Er soll sowohl Wildnis als auch Erholung ermöglichen. Wie lassen sich Besucherwünsche und Waldnaturschutz in Einklang bringen?

Dr. Franz Leibl leitet seit 2011 die Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald.
www.nationalpark-bayerischer-wald.de

Herr Dr. Leibl, rund eine Million Gäste besuchen jährlich den Nationalpark. Was ist das Besondere am Bayerischen Wald?
Eine abwechslungsreiche Landschaft aus unzerschnittenen, ausgedehnten Wäldern, Mooren und felsigen Berggipfeln. Mich persönlich beeindruckt, dass nach dem Borkenkäferbefall in den 1990er-Jahren und dem Absterben eines Teils der Hochlagenwälder urwaldähnliche Strukturen entstehen. Weil wir nur Wirtschaftswälder kennen, ist uns heute dieses Gesicht von Wald unbekannt. Der Strukturreichtum und auch das Totholz in den jungen Wäldern stecken voller Leben.

„Zu unseren Aufgaben gehört, eine sanfte, naturverträgliche Erholungsnutzung zu ermöglichen."

Die einen wollen Waldesruhe, die anderen Outdoor-Abenteuer erleben – führen die unterschiedlichen Vorstellungen zu Konflikten?
Wir haben bei uns im Nationalpark Besucherregeln, weil man nur so die Natur erhalten kann. Eine deutliche Mehrheit der Gäste hält sich an die Regeln. Es gibt aber Ausreißer. Beispielsweise haben wir im Winter Schneeschuhwanderer, die sich nicht an die ausgemachten Routen halten und in die Überwinterungsgebiete der Auerhühner gehen. Das kann soweit führen, dass die störungsempfindlichen Vögel den Winter nicht überleben, weil sie durch das ständige Aufschrecken so viel Energie verlieren. Es gibt auch undisziplinierte Mountainbiker, die abseits der Wege fahren und auf diese Weise Vegetation oder Moorflächen zerstören. Ein zunehmendes Problem sind Querfeldein-Wanderer, die im Park übernachten und ein Feuer machen.

Wie bedienen Sie die verschiedenen Wünsche und schützen gleichzeitig die Waldnatur?
40 Prozent unserer Nationalparkfläche können die Menschen ganz frei betreten, ohne Einschränkung. Auf 60 Prozent haben wir ein sogenanntes Wegegebot. Das dient dem Schutz von Auerhühnern, Mooren oder Felsen. Wir haben Punkte im Park, die sehr intensiv besucht werden, sie versehen wir mit der entsprechenden Besucherinfrastruktur. Dazu gehören die Besucherzentren an der Parkgrenze und die großen Gipfel. Außerdem haben wir Ranger, die die Gäste im Park darüber aufklären, was sie tun dürfen und was nicht. Seit diesem Jahr gehen sie auch abends und sehr zeitig am Morgen auf Streife, um die Brandgefahr durch Wildcamper zu bannen.

Arbeiten Sie mit den unterschiedlichen Nutzer- und Interessensgruppen zusammen?
Wir gehen auf die Schneeschuhwanderer zu, klären sie auf und hoffen, dass sie akzeptieren können, dass auch Auerhühner bei uns ein Lebensrecht haben. Mit den Geocachern haben wir Absprachen getroffen. Sie sind sehr diszipliniert und stimmen sich mit uns ab.

Bei einer Umfrage waren 96 Prozent der Gäste mit dem Nationalpark als Erholungsgebiet zufrieden. Sind die Anwohner es auch? Schließlich wurden das Sammeln von Waldfrüchten und die Betretungsrechte eingeschränkt.
Im Rahmen des sozioökonomischen Monitorings wurde 2013 auch die einheimische Bevölkerung danach befragt, wie sie zum Nationalpark steht. 82 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass der Nationalpark die Lebensqualität in der Region erhöht. Was die Betretungsregelung angeht, haben 87 Prozent der Einheimischen geantwortet, dass sie sich dadurch in ihren Erholungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt fühlen. Das Sammeln von Waldfrüchten ist ja nicht im ganzen Park verboten: Auf 40 Prozent der Fläche darf man Pilze oder Beeren sammeln. Neben dem Schutz der Waldnatur gehört zu den Aufgaben unserer Verwaltung, eine sanfte, naturverträgliche Erholungsnutzung zu ermöglichen. Das nehmen wir mindestens genauso ernst wie das Prinzip „Natur Natur sein lassen".

Herr Dr. Leibl, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Isabella Mahler.

Foto: Nationalparkverwaltung BW

Eine Nacht im Wald

Trekking mit Zelt und Lagerfeuer mitten im Wald – das klingt nach Abenteuer, Wildnis und Abgeschiedenheit, aber so gar nicht nach Deutschland. Weit gefehlt: Im Pfälzerwald ist es möglich. [VON UTA HOLZ]

Im Pfälzerwald dürfen Wanderer mitten im Wald übernachten. Ihnen stehen ausgewiesene Zeltplätze und Feuerstellen zur Verfügung.

Beinahe zwei Wochen dauert eine Trekkingtour, wenn Wanderer auf allen Trekkingplätzen im Pfälzerwald übernachten wollen. Der Tourismusverein Südliche Weinstraße e. V. hat die ersten sieben Plätze 2009 im Biosphärenreservat Naturpark Pfälzerwald im Süden der Pfalz angelegt und mit ihnen eine Möglichkeit zum Zelten im Wald geschaffen. Vier Jahre später kamen drei weitere Plätze im Norden der Pfalz dazu und 2016 zwei neue Plätze in der Nähe von Kaiserslautern. Auf den Etappen sind viele Naturliebhaber unterwegs: junge Menschen, Väter mit Kindern und erfahrene Globetrotter. Konnten im ersten Jahr 150 Zeltübernachtungen verzeichnet werden, waren es 2015 beachtliche 4800.

Bedenken

Die Idee zu den Trekkingplätzen hatten Mitarbeiter der Landesforsten Rheinland-Pfalz. Das Projekt war jedoch zunächst umstritten. Alle im Tourismus Aktiven unterstützten die Idee, die Besitzer der betroffenen Waldflächen und andere Interessengruppen hatten dagegen Bedenken, dass die nächtlichen Waldbesucher wilde Partys feiern, Lärm versursachen und Müll liegen lassen könnten. Deshalb wurden viele vermittelnde Gespräche geführt. Die Angst vor Waldbränden konnte mit Unterstützung der Forstämter, die die Feuerstellen fachkundig anlegten, aus der Welt geschafft werden. Ganz wichtig war es auch, für jeden Platz einen ehrenamtlichen Betreuer zu finden, der Ansprechpartner für Trekker ist und darauf achtet, dass der Platz sauber bleibt. Außerdem sollte das Projekt nicht gewinnbringend sein. Mittlerweile reichen die Einnahmen aus den Zeltgebühren von zehn Euro pro Nacht aber aus, um die Kosten zu decken und den Platzbetreuern eine Aufwandsentschädigung zu zahlen.

Bedingungen

Die Kriterien für die Auswahl der Trekkingplätze arbeiteten die Landesforsten Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den Pfadfindern, dem Verband für Abenteuersport und anderen Gruppen aus. Die „Illusion der Alleinübernachtung“ war ein zentrales Kriterium, „Wildnis-Charakter“, „Ruhe“ und „Attraktionen im Umfeld“ sollten darüber hinaus erfüllt sein, um ein ganzheitliches Naturerlebnis zu ermöglichen. Grundsätzlich durften die Standorte nur außerhalb von Schutzgebieten liegen und sollten nach Möglichkeit zum Staatswald gehören, um die Abläufe zu vereinfachen. Darüber hinaus müssen für jeden Platz eine ganze Reihe von praktischen Faktoren erfüllt sein, unter anderem kein Straßenlärm, eine ebene, lichte und trockene Lage und eine zentrale Feuerstelle mit Leseholzrecht. Der Platz darf nur zu Fuß und nicht mit dem Auto erreichbar sein, die Entfernung zur nächsten Straße und zum nächsten Ort muss mindestens 500 Meter betragen. Alle Plätze verfügen über maximal sechs Lagerplätze, eine Feuerstelle und ein einfaches Klohäuschen. Auf den Trekkingplätzen darf Feuer gemacht werden, außer wenn wegen großer Trockenheit Waldbrandgefahr besteht. Wasser und Verpflegung müssen die Trekker mitbringen und ihren Müll wieder mit nach Hause nehmen. Diese und andere Details sind in einer Benutzerordnung festgelegt, die jeder Gast akzeptieren muss, wenn er seinen Zeltplatz über die Internetseite trekking-pfalz.de bucht.

Die Arbeit hat sich gelohnt

Das Projekt ist heute sehr anerkannt. 2010 gewann der Verein Südliche Weinstraße damit den dritten Preis beim Deutschen Tourismuswettbewerb. Verantwortliche aus anderen Schutzgebieten interessieren sich für die Umsetzung. Und das Erfreulichste: Bisher kam es nur selten zu negativen Vorfällen. Die Nutzer gehen verantwortlich mit den Plätzen um und wissen es zu schätzen, eine solche Naturerfahrung in Deutschland machen zu kön-

KONTAKT:
Uta Holz
Südliche Weinstraße e. V.
Telefon: 06341 940-407
u.holz@suedlicheweinstrasse.de
www.trekking-pfalz.de

Foto: Südliche Weinstraße e.V.

Im Zeichen der springenden Kuh

Einst war die Molkerei Hasenfleet eine reine Verkaufsgenossenschaft, die die Milch der Bauern an ein großes Molkereiunternehmen weiterverkaufte. Seit 2009 stellt sie eigene Molkereiprodukte her und empfängt Besucher in einem Besuchs- und Probiercenter.

[VON BETTINA ROCHA]

Die Molkerei Hasenfleet eG im Cuxhavener Land besteht seit fast 100 Jahren. Den Strukturwandel, den die Landwirtschaft in diesem Zeitraum erlebt hat, hat sie mit vollzogen. So brachten die Bauern die Milch früher selbst zur Molkerei, dort wurde sie gesammelt und gekühlt. In den Sechziger- und Siebzigerjahren führte die Molkerei Tankwagen ein, die die Milch abholten. „Bei dem System ist es bis heute geblieben“, sagt Torben Köster, Mitarbeiter der Molkerei. Doch ansonsten hat sich vieles verändert. Gab es in den Siebzigern noch rund 350 Bauern, die die Milch für die Molkerei erzeugten, sind es aktuell nur noch 48. Die Milchmenge, die die Molkerei von den Betrieben erhält, hat sich im gleichen Zeitraum von zwölf Millionen Kilogramm auf 31 Millionen Kilogramm erhöht.

Vom reinen Lieferanten zum Eigenproduzenten

Seit Jahrzehnten liefert die Molkerei die Milch der Landwirte aus dem Cuxhavener und Stader Land an das Deutsche Milchkontor. Mit dem größten Molkereiunternehmen Deutschlands hat sie langfristige Verträge. 2009 schließlich brach die Molkerei Hasenfleet mit der Rolle als reiner Lieferant und entschloss sich dazu, Molkereiprodukte selbst zu produzieren. Unter dem Logo der springenden Kuh stellt sie nun eine Produktvielfalt her, die von Frisch- und Buttermilch, Joghurt, Quark und Quarkspeisen bis hin zu Dips, Sahne sowie Trinkjoghurt und Sauerrahm-Fassbutter in jeweils verschiedenen Geschmacksrichtungen reicht. Dieses Jahr wird aus der Milch auch Käse durch eine fahrbare Käserei produziert. Damit ist nun das Produktprogramm der Molkerei abgerundet.

„Der Einstieg zur Veränderung erfolgte durch die Übernahme eines Marktwagens in Bremerhaven-Geestemünde im Jahr 2000“, sagt Geschäftsführer Horst von Thaden. Die Produktauswahl für den Markt – damals nur Trinkmilch, Schlagsahne und Butter – wurde stetig erweitert und die Verkäufe konnten laufend erhöht werden. Aufgrund des positiven Verlaufs entschied sich die Genossenschaft 2008 zur Neuaufstellung der Molkerei und die eigene Marke wurde geboren. „Unseren Kundenstamm konnten wir mit den Jahren immer weiter ausbauen. Mit unseren Milchprodukten haben wir die Geschmacksnerven der Verbraucher getroffen“, so Horst von Thaden.

Ein besonderes Produkt der Molkerei Hasenfleet ist die Weidemilch, die zeitlich auf das Sommerhalbjahr begrenzt erzeugt wird. Bei den Landwirten, die am Weidemilchprojekt der Molkerei Hasenfleet teilnehmen, stehen die Kühe im Sommer sechs Monate auf der Weide und fressen ausschließlich Gras. Das ist für Milch, die in Deutschland unter dem Begriff Weidemilch vermarktet wird, nicht selbstverständlich. Im hochpreisigen Segment der Molkerei wird für die Weidemilch kein höherer Preis verlangt – die Resonanz der Verbraucher ist gut.

Eigenproduktion steigt stetig

Rund zehn Prozent der Milch, die die Molkerei von ihren Landwirten erhält, gehen in die Eigenproduktion, das sind etwa 60 000 Liter pro Woche. Die übrige Mager- und Rohmilch geht nach wie vor an das Deutsche Milchkontor eG. Die Milch wird in der Molkerei Hasenfleet pasteurisiert, aber nicht homogenisiert. Außerdem verzichtet die Molkerei auf den Zusatz von Konservierungsstoffen und Stabilisatoren im Milchanteil der Produkte.

Die Herstellung der Molkereiprodukte und der Verpackung erfolgt mit viel Handarbeit. Neben vier Tankwagenfahrern arbeiten drei Männer und drei Frauen in Vollzeit in der Produktion und zwei Frauen in Teilzeit im Verkauf. Die Vermarktung der Produkte erfolgt über den molkereieigenen Laden, über Hofläden und den Einzelhandel in der Region zwischen Cuxhaven, Bremen und Hamburg. Auch Gastronomen, Eishersteller und Bäckereien vertreiben die Produkte der Molkerei Hasenfleet. Künftig sollen sie auch über den eigenen Online-Shop vermarktet werden.

Milch verbindet die Region

Das unternehmerische Konzept der Molkerei geht über die Eigenproduktion und -vermarktung noch hinaus: Die Molkerei Hasenfleet ist mit ihrem Besuchs- und Probiercenter ein Besucherziel an der „Niedersächsischen Milchstraße“. Die Milchstraße ist ein erlebnistouristisches Angebot, insbesondere für Radfahrer. Sie können entlang der Straße auf landwirtschaftlichen Höfen übernachten oder Betriebe besichtigen. So gewinnen die Besucher durch Einblick in Boxenlaufställe, Melkhäuser, in denen ab Hof Milchprodukte zum Verzehr angeboten werden, Milchtankstellen oder eben die Molkerei Hasenfleet einen realistischen Eindruck von der modernen Milchwirtschaft. Alles ist greifbar: wie die Kühe auf der Weide und im Boxenlaufstall leben, wie gemolken, wie die Milch transportiert und schließlich in der Molkerei Hasenfleet verarbeitet wird. Durch eine große Panoramascheibe im Besucherraum der Molkerei können die Gäste bei der Produktion zuschauen. Wer dann über die Milch – und was aus ihr wird – alles weiß, darf in der Molkerei das „Milchabitur“ ablegen.

Vom Wettbewerb zum Tourismuskonzept

Am Beginn des Milchstraßenkonzepts stand 1998 der Wettbewerb „Bürger gestalten Zukunft“ der Kreissparkasse Stade und des Stader Tageblatts. Reinhard Seevers, ein Architekt aus der Region, konnte diesen mit seiner Idee der Niedersächsischen Milchstraße gewinnen. Die Anschubfinanzierung für die Umsetzung seines Konzepts leistete die Kreissparkasse.

Seevers Gedanke war, das zu nutzen, wovon man reichlich hatte im Landkreis Stade: Milchviehbetriebe. Der Landkreis weist in ganz Norddeutschland die höchste Dichte an Bauernhöfen mit Milchwirtschaft auf. Hinzu kommt eine schöne, flache Landschaft mit reichlich Wiesen und Weiden – ideal für Radfahrer. Eine Arbeitsgemeinschaft entwickelte ein Konzept für Fahrradrouten mit interessanten Routenpunkten.

Im Jahr 2000 wurde der erste Teilabschnitt der Niedersächsischen Milchstraße eröffnet. Ab 2009 wurde das Gebiet der Milchstraße um die Samtgemeinde Hemmoor und die Gemeinde Wingst sowie im Landkreis Cuxhaven entlang der Oste erweitert. Ein Teil der Routen wurden im Rahmen von LEADER-Projekten aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert.

Claus Peter, Gastronom aus Wingst, der in seinem Restaurant auch Produkte der Molkerei Hasenfleet verwendet, imponiert der Werdegang des Unternehmens: „Vor Jahren noch hat man die Molkerei Hasenfleet in diesem abgeschiedenen Winkel vergessen, zu weit ab, um aufgekauft zu werden. Sie ist bestehen geblieben und nutzt nun ihre Eigenständigkeit, um sich von der großen Masse abzuheben und ihr eigenes Ding zu machen.“ ■

KONTAKT:
Horst von Thaden
Molkerei Hasenfleet eG
Telefon: 04772 296
info@Molkerei-Hasenfleet.de
www.molkerei-hasenfleet.de

Fotos: Molkerei Hasenfleet, Barbara Schubert

Landentwicklung mit Geschmack

Multiplikatoren werben für den Erhalt alter, heimischer Kirschsorten. Beim Kirschen-Genusstag 2016 konnten Interessierte Koch-, Trocken- und Frischkirschen verkosten.

In der Metzgerei von Frank Martin in Bingen gibt es seit 2015 eine besondere Leberpastete: Kirsch-Leberpaté. Auch im Dorfladen Filsen am Rheinsteig werden außergewöhnliche, regionale Produkte angeboten. Sie tragen den Markennamen „Mittelrhein-Kirschen“. Den Impuls dafür gab ein Modellvorhaben der Landentwicklung.

[VON SABINE HAAS UND FRANK BÖWINGLOH]

Das Obere Mittelrheintal steht für Rheinromantik und ist UNESCO Weltkulturerbe: etwa 620 Quadratkilometer, die von einem beeindruckenden natürlichen Relief und dem Schaffen des Menschen geprägt sind. Auf den Hängen und Terrassen bauten sowohl Privatpersonen als auch Obstbauern noch vor rund 50 Jahren eine Vielzahl regionaler Kirschsorten an. Die Ernte war Anlass zu regionalen Festen und die Kirschen waren überregional gefragt. Nach und nach hat sich der gewerbliche Kirschanbau mit wenigen, auf den Markt abgestimmten Sorten an anderen Standorten etabliert – der Obstanbau im Oberen Mittelrheintal ging zurück. Alte Sorten wie der „Bopparder Krächer“ oder die „Kesterter Schwarze“ drohten auszusterben.

Die Landentwicklung von Rheinland-Pfalz engagiert sich dafür, die biologische Vielfalt der traditionellen Obstkulturlandschaft zu erhalten. Und sie will Impulse für die Regionalentwicklung in dem stark touristisch- und naturschutzgeprägten Landschaftsraum setzen. Vor acht Jahren hat sie deshalb ein Flurbereinigungsverfahren in Filsen gestartet – einem Ort in der Verbandsgemeinde Loreley mit etwa 700 Einwohnern und vielen traditionellen Steinobstsorten. Das Ziel war, die Vielfalt der Kulturlandschaft sowie das genetische Potenzial nachhaltig zu nutzen: Es soll dem Aufgeben der Bewirtschaftung entgegenwirken, wenn Obstbauern, verarbeitende Betriebe und Akteure aus Touristik und Naturschutz neue Einkommensquellen finden.

Wieder entdeckt

Den Anfang des Flurbereinigungsverfahrens machte eine Arbeitsgruppe, die vom Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR)

Foto: Gregor Höblich – Zweckverband Welterebe Oberes Mittelrheintal

gegründet wurde. Darin sollten Mitarbeiter von Fachbehörden, Kommunalvertreter, Vereine, Obstanbauer und -verarbeiter Entwicklungspotenziale und Alleinstellungsmerkmale aus dem Bereich der Biodiversität für das gesamte Welterbegebiet herauskristallisieren. Dabei konnten sie auf Erfahrungen aus einem ähnlichen Projekt zum Moselweinbergpfirsich zurückgreifen. Die fachliche Grundlage für das Mittelrheintal bildeten Daten zu den Steinobstbeständen der Region, die vorab über mehrere Jahre flächendeckend erfasst worden waren. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag auf den Kirschsorten. Dabei wurde nicht nur eine deutschlandweit einmalige Sortenvielfalt an Kirschen sichtbar. Namen wie „Die Perle von Filsen“ und „Geisepitter“ stehen zudem im direkten Bezug zu Orten oder Familien und zeugen von der ehemals identitätsstiftenden Bedeutung der regionalen Sorten.

Etwa 2 000 Altbäume sind inzwischen für das Welterbegebiet erfasst. Multiplikatoren, die zu „Botschaftern der Mittelrheinkirsche“ ausgebildet wurden, kommunizieren die traditionellen Kenntnisse. Sie werben für den Erhalt der alten Sorten und trugen dazu bei, die Akzeptanz des Flurbereinigungsverfahrens zu fördern.

Erhalten mit Konzept

Dem Vorhaben liegt ein langfristiges, abgestimmtes Nutzungskonzept zugrunde: Um eine Entwicklung der Mittelrheinkirschen zu ermöglichen, wurden potenziellen Flächennutzern – beispielsweise konventionellen Erwerbsobstbauern, Hobbygärtnern und Naturschützern – geeignete Flächen angeboten. Das Nutzungskonzept bildet auch die Basis für die Zuteilung der Flächen im eigentlichen Flurbereinigungsverfahren.

Im Jahr 2015 konnten die gefundenen 82 Sorten der Mittelrheinkirsche und mehr als 50 Sorten von Pflaume, Pfirsich und Aprikose in Sortenerhaltungsquartieren erfasst und genetisch gesichert werden. Sie gehen in das öffentliche Eigentum des Rhein-Lahnkreises und der Ortsgemeinde Filsen über. Obstanbauer aus der Region richten die Anlagen mit über 200 Hochstämmen her und übernehmen die intensive Pflege der ersten drei Jahre. Sie handeln dabei im Auftrag der Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung. Die öffentlichen Eigentümer übernehmen bis zum zehnten Pflegejahr die Aufgabe, langlebige robuste Hochstämme für die Generhaltung zu entwickeln. Dafür stehen Gelder aus Naturschutz, Ökopool- und Patenschaftsmodellen zur Verfügung. Danach werden die Flächen in ein benachbartes Beweidungsvorhaben integriert. Ergänzend wurden 36 Altbäume als zu erhaltende Landschaftselemente durch den Flurbereinigungsplan im Privateigentum gesichert.

Die Orte haben als Grundlage für die Sortenwahl historisch begründete, ortstypische Auswahllisten erhalten. Ein Großteil der Mittelrheinkirschen kann inzwischen als Vermehrungsmaterial im Obstmuttergarten Rheinland – einer Gesellschaft für Aufzucht und Vertrieb von Vermehrungsmaterial – und über drei beteiligte Partnerbaumschulen bezogen werden. Im gesamten Welterbegebiet wurden seit Beginn des Projekts über 2 000 neue Sortenbäume in Ausgleichsflächen, in öffentlichen Grünanlagen und in Privatgärten gepflanzt.

Schmecken und erleben

Zu dem Erfolg beigetragen hat die Ausstellung „Vielfalt erleben – Mittelrheinkirschen“. Sie wurde von der Landentwicklung Rheinland-Pfalz auf der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz präsentiert und weckte den Stolz und die gemeinsame Identität vieler Ortschaften im Welterbegebiet.

Im Jahr 2012 übernahm der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal als kommunale Vertretung der Ortsgemeinden das Projekt vom DLR. Er will die Mittelrheinkirschen auch deshalb erhalten, weil sie in Kombination mit dem Steillagen-Weinbau Werbeträger mit einem deutlichen Alleinstellungsmerkmal sind und sich die Region dadurch von anderen Tourismusregionen abhebt. Besondere Genussevents wie das „Kirschblüten-Picknick“ in Boppard und die „Kirschengenuss-Wanderung“ in Filsen werden von den Medien gerne begleitet. Auch die Gastronomie greift das Thema mit jährlich stattfindenden Kirschwochen auf und ist damit wertvoller Partner für die Imagepflege. In den Programmen zur Entwicklung des Welterbegebietes sind die Mittelrheinkirschen heute ein eigenständiges, fest etabliertes Handlungsfeld.

Unter dem Motto „Landschaft schmecken und erleben – Mittelrheinkirschen“ soll das Projekt zudem Ökosystemleistungen vernetzen und darstellen. So verbindet ein zwei Kilometer langer, von der Flurbereinigung in diesem Jahr angelegter Kirschenpfad am Rheinsteig die Sortenquartiere in Filsen: Naschen entlang des Pfades ist ausdrücklich erlaubt. Weitere Erlebnisorte wie ein Kirschblütenweg mit der Zertifizierung eines Genusswanderweges sollen folgen. Regelmäßige Führungen mit Eventcharakter verknüpfen zudem Touristik und Vermarktung des regionalen Steinobstes. Auch der Dorfladen ist in den Themenpfad eingebunden; die Mittelrheinkirschen sind strategischer Bestandteil seines Konzeptes. Die Grundlage dafür sind regionale Wertschöpfungspartnerschaften, die im Rahmen des Projektes entwickelt wurden.

Genussbotschafter

Der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal erarbeitete mit Unterstützung einer externen Markenberatung gemeinsam mit dem DLR und lokalen Akteuren die eingetragene Spezialitätenmarke „Mittelrhein-Kirschen“. Die Idee: Der Verkauf hochwertiger Produkte soll für die bedrohten Sorten sensibilisieren und mittelbar das charakteristische Kulturlandschaftsbild erhalten. →

Kirschen müssen in Supermärkten oft dunkelrot und herzförmig sein und zudem eine Standardgröße erreichen. Alte Sorten, wie „Die Perle von Filsen“ oder der „Geisepitter“, können damit nicht konkurrieren.

Foto: Annette Braun-Lüllemann / ADD-Trier

Über einen Markenfonds werden konkrete Biodiversitätsprojekte finanziert. Außerdem werden Projekt und Einzelbetriebe miteinander verknüpft. Erste Produkte sind seit Herbst 2015 auf dem regionalen Markt.

Auch einige prominente Feinschmecker- und Gastronomiebetriebe aus dem Mittelrheintal haben sich der Marke angeschlossen. So bietet Sabine Pauly in ihrer preisgekrönten Patisserie „La Fleur du Chocolat“ in Bendorf-Sayn „Die Perle von Filsen“ als Praline veredelt an. „Deutschlands Bester Bäcker 2015“ – die Bäckerei Kugel aus Lahnstein – produziert den Loreleyfelsen als Kuchengebäck mit Trockenkirschen aus dem Mittelrheintal und im Landgasthof „Eiserner Ritter“ in Boppard kreiert Küchenchef René Klütsch mit den Mittelrheinkirschen delikate Variationen. Er kombiniert sie mit weiteren regionalen Produkten, zum Beispiel dem Dessertwein der Kirschmanufaktur Amorella in Mainz-Marienborn – der allerdings hauptsächlich aus Schattenmorellen hergestellt wird.

Tatsächlich sind die historischen Mittelrheinkirschen im modernen Obstanbau nicht konkurrenzfähig. Aufgrund der relativ kleinen Anbaufläche können keine großen Erntemengen erwartet werden. Die Spezialitätenmarke wird sich deshalb auf hochpreisige und mengenbegrenzte Produkte mit einer möglichst hohen Wertschöpfung des Endproduktes konzentrieren müssen. Ein innovatives Marketing muss die Marke fortlaufend begleiten. Denn die Kirschproduzenten erhalten zwar einen Preis, der über dem üblichen Marktpreis liegt, die Hauptanbausorte für die Weiterverarbeitung wird aber die Schattenmorelle bleiben. Wahrscheinlich werden nur wenige der wiederentdeckten alten Sorten den Weg in den Erwerbsobstanbau finden. Aber selbst mit einer geringen Baumzahl bleiben sie die Basis für exklusive Sortenprodukte und können als „Leitfiguren mit Genussbotschaft“ spannende Geschichten aus der Region erzählen.

Reifezeit

Die Landentwicklung Rheinland-Pfalz hat in Filsen die nachhaltige Nutzung der Biodiversität in Gang gesetzt. Als Planer, Motor, Initiator und Moderator galt es, stabile und verlässliche Grundlagen zu schaffen, Nutzungskonflikte zu lösen, zukunftsfähige Netzwerke und Partnerschaften aufzubauen, raumplanerische Festsetzungen vorzubereiten und über die Mittelrheinkirschen ein enormes Identifizierungs- und Alleinstellungspotenzial der Region zu gestalten. Die Akteure vor Ort haben eine gemeinsame Vision entwickelt, die über eine Spezialitätenmarke transportiert und erlebbar wird. Die Initiativen werden über einen touristisch-kulinarischen Planungsansatz verknüpft. „Überzeugung geht durch den Magen“ und „Mit allen Sinnen unvergesslich erleben“ – so lauten die zentralen Botschaften. Für all dies stand ein Zeitfenster von zehn Jahren zur Verfügung.

Das DLR hat die Verantwortung an den Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal weitergegeben, einen regionalen Träger, der das Projekt Mittelrheinkirschen mit einer eigenen Arbeitsgruppe und innovativer Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Der Zweckverband steuert die Aufgaben: Er wird sie delegieren und eigenständige ehrenamtliche und professionelle Entwicklungen koordinieren. Ein großes Ziel verbindet schon jetzt viele Orte im Tal: Die Mittelrheinkirschen spielen bei der Bewerbung des Welterbegebietes für die Bundesgartenschau 2031 eine zentrale planerische Rolle. Daneben bleibt genügend Raum, sozusagen die „Kirsche im Dorf“ zu lassen. So pflanzten die Menschen in Bacharach, Oberdiebach und Kestert im Winter 2015 ortstypische Sorten an. ■

Foto: Frank Böwingloh / DLR Westerwald-Osteifel

Über den Dorfladen in Filsen werden die Produkte der Marke „Mittelrhein-Kirsche“ vertrieben.

SERVICE:

Weitere Infos zu den Mittelrheinkirschen gibt es unter:
www.mittelrhein-kirschen.de
www.kurzlink.de/kirschprojekt_dlr_rp

KONTAKT:
Sabine Haas
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
Telefon: 0651 9494-529
sabine.haas@add.rlp.de

Frank Böwingloh
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel
Telefon: 02602 9228-711
frank.boewingloh@dlr.rlp.de

Auf der grünen Wiese gab es beim AltmarkMacher-Festival viele Möglichkeiten zum Austausch.

Ein Wirtschaftsfestival in der Altmark

Die Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt ist eine ländliche Region mit geringer Bevölkerungsdichte. Das Wirtschaftfestival „AltmarkMacher“ wurde organisiert, um die Potenziale der Region vorzustellen. [VON BJÖRN GÄDE]

Die Altmark ist so groß wie das Saarland und Luxemburg zusammen und vom Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte besonders stark betroffen. Zahlreiche leerstehende Gebäude und die Abwanderung junger Menschen prägen den Landstrich, der historisch und landschaftlich einiges zu bieten hat: alte Gebäude in Backsteingotik, reizvolle Feldsteinkirchen, interessante historische Bezüge, beispielsweise zu Otto von Bismarck, und natürlich viel Natur.

Imagekampagne 2014: Grüne Wiese mit Zukunft

Um Investoren und Arbeitgeber auf die Altmark aufmerksam zu machen, startete die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark 2014 eine Image- und Marketingkampagne. Der Slogan „Die Altmark – Grüne Wiese mit Zukunft“ sollte vor allem Investoren aus den Ballungsgebieten im weiteren Umkreis ansprechen und auf die Vorzüge der Region hinweisen: ein großes Angebot an kostengünstigen Gebäuden und eine ansprechende Umgebung für kreative und produzierende Unternehmen. Auch der Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes wurde durch einen kommunalen Zweckverband angestoßen, um die Region zukunftsfähig zu machen.

Großveranstaltung 2016: Das AltmarkMacher-Festival

Damit Unternehmer und Investoren die Altmark kennenlernen, entwickelten aktive regionale Partner die Idee eines Wirtschaftsgipfels: das AltmarkMacher-Festival, eine Veranstaltung für Wirtschaftsunternehmen, Investoren und Arbeitnehmer, die an Austausch und Entwicklung interessiert sind. Das Besondere: Analog zum Slogan „Grüne Wiese mit Zukunft“ fand die Veranstaltung auf der grünen Wiese statt. In lockerer Atmosphäre konnten hier Ideen entwickelt, Informationen ausgetauscht, Netzwerke geknüpft, Wirtschaftsunternehmen, Geschäftsideen und Startups präsentiert und kontaktiert werden.

„Wir wollten uns nach innen vernetzen und nach außen zeigen, was wir haben“, beschreibt Thomas Barniske, Geschäftsführer des Innovations- und Gründerzentrums BIC Altmark in Stendal, die grundlegende Idee. Das Festival wurde vom Land Sachsen-Anhalt im Rahmen des Projekts „Entwicklung innovativer Kooperationsformen zur Stärkung der Regional- und Standortentwicklung in der Altmark“ unterstützt. Weitere finanzielle Mittel wurden durch Spenden, Sponsoring und den Verkauf von Eintrittskarten eingeworben.

Austausch, Anregung und Vernetzung

Das Organisationteam plante das Event in der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. Während der Veranstaltung öffneten als zusätzliches Angebot zahlreiche Unternehmen der Region ihre Firmentore. Ein Ziel der Veranstaltung war, Kooperationen und die Vernetzung in der Region zu befördern. Das gelang unter anderem mit Lokalen Aktionsgruppen (LAG) rund um die LEADER-Förderung der Europäischen Union. Mit „Uchte-Tanger-Elbe“, „Mittlere Altmark“ und „Elb-Havel-Winkel“ vereinbarten gleich drei Förderregionen aus der Altmark eine enge Zusammenarbeit im Tourismus, die den Ausbau der Radwege-Infrastruktur und die Vermarktung der Bismarck-Schlösser beinhaltet.

Die 500 Teilnehmer erlebten mit Podiumsdiskussionen, Kulturbeiträgen, Businessmatchings und Talkrunden ein Festival mit mehr als 40 Programmpunkten. Drei Tage lang wurde über die Zukunft der Altmark gesprochen, wurden Visionen ausgetauscht sowie aktuelle Projekte und Ideen vorgestellt. Die Veranstaltung hat einen ersten Impuls gegeben, eine Wiederholung ist geplant. ■

KONTAKT:
Björn Gäde
LandLeute – Agentur für Regionalentwicklung
Telefon: 03931 410453
gaede@landleute.de
www.gruene-wiese.altmark.eu

Foto: Gerhard Faller-Walzer

Versorgung aus eigener Kraft

Nach der Katastrophe in Fukushima war für einige Bürger in Neustadt an der Aisch das Maß voll: Sie gründeten die Genossenschaft „Regional Versorgt“. Mit ihrem Konzept ist die Genossenschaft so erfolgreich, dass sie bereits zahlreiche Preise erhalten hat. [VON CHRISTINE KRÄMER]

Das Gemeinschaftsauto der Genossenschaft Regional Versorgt sorgt für Bewegungsfreiheit.

Frühjahr 2011 – die Reaktorkatastrophe in Fukushima sorgt für globales Entsetzen. In Deutschland führt sie zum Atomausstieg und zur Gründung zahlreicher Gruppen, die sich für eine alternative Energieversorgung einsetzen. So auch im Landkreis Neustadt an der Aisch: „Regional Versorgt – Energie und Nahversorgung in Bürgerhand eG“, kurz Regional Versorgt, heißt die Genossenschaft, die 39 aktive Bürger gründeten. Der Auftrag geht weit über das Thema Energie hinaus: Satzungsziel ist der Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen. Fotovoltaik-Anlagen werden montiert, alternative Transportmöglichkeiten diskutiert, Dorf- und Stadtteilläden für die fußläufige Versorgung aufgebaut. Die ländliche Struktur bringt neben Vorteilen auch besondere Hindernisse mit sich: Läden und Arztpraxen, die zu Fuß erreichbar sind, und Angebote wie Carsharing, die in Städten längst selbstverständlich sind, gibt es hier nicht.

Regionale Versorgung ist nachhaltige Versorgung

Schwerpunkt der Aktivitäten von Regional Versorgt ist die Region Neustadt/Aisch – Bad Windsheim. Die Genossenschaft hat hier mittlerweile knapp 100 Mitglieder, die aus unterschiedlichen Bereichen kommen. Auch Menschen außerhalb der Kernregion unterstützen durch ihre Mitgliedschaft die Aktivitäten von Regional Versorgt. Zwei Vorstandsmitglieder und ein Aufsichtsrat, bestehend aus sieben Mitgliedern, führen die Geschäfte. Je nach Projekt und Thema bringen sich darüber hinaus Einzelmitglieder ein.

Erklärtes Satzungsziel von Regional Versorgt ist die Förderung und Erhaltung regionaler Versorgungsstrukturen durch die Initiierung entsprechender Projekte. Dazu gehören Dorf- und Innenstadtläden, umweltfreundliche Verkehrsmittel, kulturelle und soziale Projekte und natürlich Energieprojekte.

Regional Versorgt als Projektentwickler

Die Projekte entstehen nach Bedarf: Beim Gemeinschaftsauto kamen die Nutzer auf die Genossenschaft zu und wollten das Projekt mit Regional Versorgt umsetzen, auch beim Blockheizkraftwerk (BHKW) und bei der Entwicklung von Dorfläden kam die Initiative von außen. Andere Projekte, wie beispielsweise der Bau der Fotovoltaik-Anlagen, wurden vom Vorstand angestoßen. Es gibt kein Patentrezept, dafür eine große Offenheit: die Entstehung und Umsetzung einer Projektidee ist bei jedem Projekt individuell angelegt. Regional Versorgt ist offen für alle Entwicklungen, die das Satzungsziel „Regionale Versorgung“ unterstützen.

Kernthema Energieversorgung

Im Bereich Energie ist die Genossenschaft aktiv mit einer Vielzahl von Projekten: Dazu gehören Dachflächenfotovoltaik-Anlagen, Beteiligungen an Windkraftanlagen, ein BHKW zur Strom- und Wärmegewinnung und der Ökostromanbieter „RegionalVersorgt-Ökostrom“. Für die Installation der Fotovoltaik-Anlagen wurden Dächer von Privatpersonen gepachtet, die Anlagen wurden von Regi-

Die Genossenschaft Regional Versorgt setzt viele Energie-Projekte um. Für die Installation von Fotovoltaik-Anlagen hat sie Dächer von Privatpersonen gepachtet und darauf eigene Anlagen installiert.

onal Versorgt installiert. Auch das BHKW befindet sich im Besitz von Regional Versorgt und ermöglicht es der Genossenschaft, ein komplettes Wohngebäude mit mehreren Parteien mit Strom und Wärme zu beliefern.

Ein langer Atem ist erforderlich bei der Vermarktung des Ökostroms, den die Genossenschaft anbietet. Neue Stromkunden zu gewinnen, erfordert viel Zeit und Kommunikationsfähigkeit. Für viele Menschen ist Strom gleich Strom. Es muss also erklärt werden, warum man auch beim Strom auf die Herstellungsqualität achten muss. Erklärt werden sollte zudem, was den Ökostrom aus der Region von anderen Ökostrom-Anbietern unterscheidet. Der Strom, den Regional Versorgt verkauft, stammt vollständig aus einer regionalen Windkraftanlage. Für sichere Lieferung ist dennoch gesorgt: Bei ungünstigen Wetterverhältnissen erhalten die Kunden den Ökostrom des Kooperationspartners Elektrizitätswerke Schönau (EWS).

Stadtteilläden und Carsharing

Weitere Themen von Regional Versorgt sind: Stadtteilläden und Carsharing. Mittlerweile gibt es drei Läden im Landkreis, einen Laden hat die Genossenschaft mit initiiert und realisiert. Die anderen Projekte wurden von der Gemeinde oder aktiven Bürgern angestoßen. Regional Versorgt hat sich an der Umsetzung finanziell beteiligt. Stadtteilläden sind Lebensqualität und Umweltschutz zugleich: Sie versorgen die Menschen mit Waren des täglichen Bedarfs. Die kurzen, fußläufigen Wege tragen darüber hinaus zum Klimaschutz bei. Für den Aufbau des Altstadtmarktes, einem Laden in Uffenheim, hat sich Regional Versorgt maßgeblich eingesetzt. Gemeinsam mit dem örtlichen Gewerbeverein und der Geschäftsführerin wurden eine Unternehmergesellschaft (UG) und eine Beteiligungsgesellschaft gegründet. Über 200 Bürger unterstützten das Projekt finanziell. Seit 2013 bietet der Altstadtmarkt nun ein breites Angebot an Waren des täglichen Bedarfs, verfügt über regionale und ökologische Produkte und ist gleichzeitig ein Treffpunkt, der für Austausch sorgt, beispielsweise mit einer Büchertauschecke.

Regional Versorgt unterhält ein Gemeinschaftsauto, weitere Carsharing-Projekte sind im Aufbau. Auch hier reagiert die Genossenschaft auf das Bedürfnis der Menschen vor Ort. Finanziert werden die Projekte aus Eigenkapital, mit Bankkrediten, nachrangigen Darlehen der Mitglieder oder auch durch Gründung neuer Organisationsformen wie beim Altstadtmarkt in Uffenheim.

Zukünftige Entwicklungen – Hemmnisse und Chancen

Die Umsetzung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien hängt auch für Regional Versorgt maßgeblich an den Rahmenbedingungen, die durch das EEG gesetzt werden. Diese Rahmenbedingungen haben in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass Projekte nicht realisiert werden konnten.

Das wird sich nicht ändern, denn das aktuelle EEG sieht Ausschreibungen in allen Bereichen der erneuerbaren Energien vor. Die Teilnahmen an Ausschreibungen sind mit Kosten und Risiken verbunden, die kleine Genossenschaften wie Regional Versorgt meist nicht eingehen können. Die Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien werden dadurch stark eingeschränkt. Wie dennoch auch in Zukunft Energie-Projekte umgesetzt werden können, ist ein Thema, mit dem sich die Genossenschaft momentan intensiv beschäftigt.

Ausgezeichnet

Die Genossenschaft Regional Versorgt wurde bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnet:

- 2015 – „Land und Leute, unsere Zukunft in kleinen Gemeinden“
- 2014 – „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“
- 2012 – „ZeitzeicheN“ Deutscher Lokaler Nachhaltigkeitspreis

Aufmerksamkeit erfährt Regional Versorgt auch in der regionalen Presse und im Zuspruch der Menschen vor Ort.

Die Genossenschaft wird weiterhin in allen aufgeführten Bereichen Projekte umsetzen. Verstärkt werden soll darüber hinaus der soziale Bereich. Vorstellbar ist beispielsweise die mobile Betreuung älterer Menschen in den Dörfern, um Familienangehörige zu entlasten. Dieses und andere Projekte sind möglich, wenn sich noch mehr Menschen als Mitglieder oder Unterstützer bei der Genossenschaft Regional Versorgt engagieren. ■

KONTAKT:
Dr. Christine Krämer und Birgit Linke
Regional Versorgt –
Energie und Nahversorgung in Bürgerhand eG
Telefon: 09842 9530518
c.kraemer@regional-versorgt.de
www.regional-versorgt.de

Fotos: Regional Versorgt eG, smileus / Fotolia.com

Bei den Haferkisten-Gesprächen wurden bereits verschiedene Themen besprochen, beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit.

Gespräche auf der Haferkiste

Neuigkeiten erfuhr man in Südwestfalen früher vor allem auf der Haferkiste im Stall – heute reist eine symbolische Haferkiste von Dorf zu Dorf und lädt zum gegenseitigen Austausch ein.

[VON STEPHANIE ARENS]

Mit dem Strukturförderprogramm „Regionale“ unterstützte das Städtebauministerium Nordrhein-Westfalens für drei Jahre jeweils eine ausgewählte Region bei ihrer regionalen Entwicklung: Im Rahmen der Regionale 2013, die in Südwestfalen von 2008 bis 2014 stattfand wurde die Südwestfalen Agentur GmbH eingerichtet, um den Prozess der Regionale zu steuern und voranzutreiben. Die Agentur wurde zunächst zu 70 Prozent durch das Land NRW unterstützt, 30 Prozent der Kosten übernahmen die fünf Kreise Soest, Olpe, Siegen-Wittgenstein, Hochsauerlandkreis und Märkischer Kreis, die mit ihren 59 Kommunen die Region Südwestfalen bilden. Seit 2015 wird die Agentur nur noch von den fünf Kreisen sowie dem Verein Wirtschaft für Südwestfalen e.V. als sechstem Gesellschafter finanziert. Ein wichtiges Geschäftsfeld ist neben der regionalen Entwicklung das Regionalmarketing.

In Köpfe investieren

Mit etwa 150 Weltmarktführern gibt es wirtschaftlich starke Unternehmen in der Region. Dennoch nimmt die Bevölkerungszahl stetig ab: Bis 2030 könnten elf Prozent weniger Menschen in Südwestfalen leben. Neben Stadtentwicklung, Förderung von Wirtschaft und Wissenschaft sowie Umwelt und Klimaschutz setzte die Region während der „Regionale“ deshalb auch einen Fokus auf die ländlichen Räume. Die einzelnen Themenfelder wurden in sogenannten Projektfamilien bearbeitet. In der „Projektfamilie LandLeben“ sollten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort, Projekte und herausragende Strategieansätze für eine zukunftsfähige Dorfentwicklung gefunden werden. Daran arbeiteten ehrenamtlich Engagierte und Vertreter der Kommunen und Kreise – insbesondere aus dem Bereich regionale Entwicklung – gemeinsam mit Koordinatoren des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“. Ziel war es, die dörfliche Funktionsvielfalt der über 900 Dörfer Südwestfalens und damit die Attraktivität und Lebensqualität der Region zu sichern. Den negativen gesellschaftlichen Entwicklungen

durch die starke Bevölkerungsabnahme sollte kreativ begegnet und die demografischen Prozesse sollten aktiv gestaltet werden.

Die Projektfamilie LandLeben setzte neben der Entwicklung von Modellprojekten vor allem auf Vernetzung und Wissenstransfer: Ausgehend von Maßnahmen der klassischen Dorfentwicklung und den guten Beispielen aus dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft" wollten die Regionale-Akteure in Kooperation mit den zwei südwestfälischen LEADER-Regionen modellhafte Projekte finden und ein Netzwerk „Zukunft der Dörfer" aufbauen. Neu war, das Thema gesamtsüdwestfälisch zu betrachten. Für die Umsetzung wurde eine neue Struktur geschaffen: der „DenkRaum Zukunft Dorf" – ein interdisziplinäres Gremium mit Vertretern der Universität Siegen, der Bezirksregierung Arnsberg, des für ländliche Entwicklung zuständigen Ministeriums, der Landwirtschaftskammer, der fünf Kreise und der Südwestfalen Agentur. Er sollte die Dörfer für den Regionale-Prozess gewinnen, Projekte finden, beraten und weiterentwickeln. Zudem sollte er Themen und Impulse setzen und als regionale Plattform und regionales Sprachrohr fungieren.

Gremium besteht weiter und entwickelt neue Formate

Der DenkRaum Zukunft Dorf besteht auch nach dem Ende der Regionale in etwas anderer Besetzung – ohne Ministerium – weiter: In den vergangenen sechs Jahren hat er als Thinktank und Lenkungskreis für Projektberatung erfolgreich gearbeitet. So hat er neue Formate für den Wissenstransfer und die Vernetzung entwickelt, die sich nach dem Bedarf der Aktiven in den Dörfern richten, egal ob ehrenamtlich oder professionell motiviert.

Um das Netzwerk der Dörfer mit Leben zu füllen, wurden bereits zu Beginn der Regionale mit dem „Dorfgespräch auf der Haferkiste", dem „Tag der Dörfer", dem „Dorfsymposium" und verschiedenen Projektwerkstätten einige analoge Vernetzungsinstrumente geschaffen. Alle Instrumente haben sich als gemeinsame Plattformen für ländliche Akteure in Südwestfalen etabliert und werden weitergeführt, allerdings aufgrund neuer Rahmenbedingungen in größeren zeitlichen Abständen. So wird der Tag der Dörfer, der bisher jedes Jahr stattgefunden hat, erst wieder im Jahr 2017 durchgeführt. Regelmäßig etwa zwei- bis dreimal im Jahr finden die Dorfgespräche auf der Haferkiste statt. Seit 2015 führt Südwestfalen das Format zusammen mit Kooperationspartnern durch, etwa dem Sauerländer Heimatbund. Dessen Demografie-Werkstatt und die Haferkiste wurden zusammengelegt, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Kräfte und Ressourcen zu bündeln.

Bitte abgucken!

Saß man früher auf der Haferkiste im Stall, um sich über die Neuigkeiten im Dorf auszutauschen, dient sie heute als Sinnbild für den Austausch zwischen den Dörfern in Südwestfalen. Eine echte Haferkiste fährt deshalb als Symbol zu jedem Haferkistengespräch mit. Die Idee ist, engagierten Bürgern aus den Dörfern nach dem Motto „Dörfer lernen von Dörfern" einen niederschwelligen, unkomplizierten und ungezwungenen fachlichen Austausch zu ermöglichen. Rund drei bis vier Stunden dauern die Haferkistengespräche; in gemütlicher Atmosphäre – es gibt immer eine Kleinigkeit zu essen und etwas zu trinken – spricht man über gute Projekte, Themen und Problemlagen. Dabei lernen sich die Aktiven aus den Dörfer kennen. Das unterstützt die Vernetzung der Dörfer, die für eine starke ländliche Region Südwestfalen unabdingbar ist. Denn die Problemlagen und Herausforderungen sind in vielen Dörfern ähnlich. Strategien, Lösungen und Projekte, die in einem Dorf funktioniert haben, könnten deshalb auf andere Dörfer übertragbar sein – oder sie bei der Suche nach eigenen Lösungen inspirieren: Es geht darum, neue Impulse für das eigene Dorf mitzunehmen, aus erprobten Prozessen zu lernen, gegenseitig und konstruktiv-kritisch die eigenen Prozesse und Strategien zu hinterfragen, um – im positivsten Sinn – schließlich voneinander abzugucken. Bisher haben acht Haferkistengespräche stattgefunden, beispielsweise in Burbach zum Thema „Baukultur im Dorf" und in Meschede-Calle zu „Dorfentwicklung und Integration".

Ausgerichtet werden die „Haferkisten" jeweils von einem Dorf. Es entscheidet sich für ein Thema, das es besonders bewegt. Gemeinsam mit dem DenkRaum Zukunft Dorf unterstützt die Südwestfalen Agentur dann das Dorf bei der Suche nach Referenten – meistens engagierte Aktive aus verschiedenen Dörfern der Region, aber auch von außerhalb – und guten Beispielen, moderiert die Veranstaltung, stellt die Adressen der Dörfer für die Einladungen zur Verfügung und übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit. Die Organisation eines Veranstaltungsortes, des Caterings und der erforderlichen Technik vor Ort übernimmt das Gastgeberdorf. Diese Arbeitsteilung hat sich bewährt. Die Zielgruppe sind dabei alle ehrenamtlichen Dorfaktiven, aber auch Bürgermeister oder Mitarbeiter aus Kommunen. Die Teilnehmerzahl schwankt je nach Thema und Ausrichtungsort zwischen 30 und 70 Personen. Viele der Dorfaktiven kennen sich mittlerweile, rufen sich an, besuchen sich und fragen sich um Rat: Wie seid ihr mit eurer leerstehenden Schule umgegangen? Wie funktioniert euer Dachverein? Worauf müssen wir bei der Organisation unseres Dorfjubiläums achten? „Netzwerken ist wichtig", bilanzierte ein Teilnehmer der Gespräche auf der Haferkiste, „denn Geld allein steigert die Zukunftsfähigkeit nicht." ■

Die Haferkiste, ein Symbol für Ort des Austauschs, reist in Südwestfalen von Dorf zu Dorf.

SERVICE:

Eine Übersicht über Projekte und Prozesse finden sich im Kompass LandLeben. Download des PDFs: http://kurzlink.de/Kompass_LandLeben

KONTAKT:
Dr. Stephanie Arens
Südwestfalen Agentur GmbH
Telefon: 02761 83511-20
s.arens@suedwestfalen.com
www.suedwestfalen-agentur.com

Fotos: Südwestfalen Agentur

Energiewende vor Ort – ein anspruchsvolles Projekt

Die Produktion erneuerbarer Energien ist für viele Menschen in ihrer direkten Umgebung wahrnehmbar. Das führt zu Diskussionen und Konflikten. Wie lassen sich diese Prozesse effektiv und fair gestalten? [VON HELKE WENDT-SCHWARZBURG]

Die erneuerbaren Energien sind im Alltag sicht- und spürbarer als die herkömmlichen Formen der Energieproduktion. Diese Nähe kann für Menschen, die in unmittelbarer Umgebung von Wind-, Solar- oder Biogasprojekten leben, zur Belastung werden. Wenn die betroffenen Bürger darüber hinaus noch das Gefühl haben, dass der Nutzen (umwelt- und klimafreundlicher Strom, Pacht- und Steuereinnahmen) und die Lasten (Verkehr, Lärm, Geruch, Reflektionen) ungerecht verteilt sind, wachsen Skepsis und Widerstand. „Der Nutzen der Energiewende muss im Vordergrund stehen und den Menschen vor Ort vermittelt werden“, bringt Roland Grillmeier, Bürgermeister der oberpfälzischen Stadt Mitterteich, die Herausforderungen für die Kommunen auf den Punkt.

Kommunen beim Ausbau unterstützen

Wie kann man den Ausbau der erneuerbaren Energien effizient steuern? Wie kann man tragfähige Kompromisse bei den räumlichen Auswirkungen entwickeln? Das sind vor Ort oft die zentralen Fragen der Energiewende. Die Kommunen sitzen dabei gleich mehrfach zwischen den Stühlen: Sie müssen zwischen Bürger- und Investoreninteressen, zwischen Regionalplanung und Gemeinderat, zwischen grundsätzlichen Raumkonzepten und Einzelfallprüfungen agieren. „Das erfordert zahlreiche komplexe Abwägungsprozesse, die kommunikativ vermittelt werden müssen“, erläutert Susanne Schön vom inter 3 Institut für Ressourcenmanagement in Berlin. Das Institut initiierte und koordinierte das Projekt „Wachstum, Widerstand, Wohlstand als Dimensionen einer regionalen Energieflächenpolitik“, abgekürzt „W3 – Regionale Energiepolitik“.

„Mit dem Projekt verfolgen wir das Ziel, Kommunen in ihrer Rolle als zentrale Akteure der Energiewende zu stärken“, sagt Projektleiterin Schön. Gemeinsam mit den Praxispartnern – die Landkreise Tirschenreuth in Bayern, Wittenberg in Sachsen-Anhalt und die Stadt Uebigau-Wahrenbrück in Brandenburg – sollten Gestaltungsmöglichkeiten und Instrumente für eine regionale Energieflächenpolitik erarbeitet und aufgezeigt werden. Das Projekt endete nach drei Jahren im April 2016. Es wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Maßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ gefördert.

Energieflächenrating – Unterstützung bei der Standortsuche

Ob sich eine Fläche eher für eine Windkraft- oder für eine Solaranlage eignet, hängt von vielen Faktoren ab. Sie müssen bewertet und nachvollziehbar gegeneinander abgewogen werden, am besten auf der Grundlage eines anerkannten Bewertungsschemas. Daran arbeiteten Forscher der Technischen Universität Cottbus-Senftenberg mit den Praxispartnern in mehreren intensiven Tandem-Workshops. Das Team hatte das Ziel, eine Bewertung zu entwickeln, die ausschließlich auf kostenfrei verfügbare Daten zurückgreift. Der Lösungsansatz, der gefunden wurde, nennt sich Energieflächenrating und ähnelt einem in der Immobilienbranche verbreiteten Verfahren. Parallel dazu entwickelte die Hochschule Anhalt eine GIS-gestützte, automatisierte Anwendung für ein breites Anwenderspektrum. Schließlich testeten das Energie-Technologische Zentrum Nordoberpfalz (etz) und die Stadt Mitterteich im Landkreis Tirschenreuth den Prototyp. Das Ergebnis: Das Verfahren funktioniert. „Besonders gut finde ich das Schulnotensystem“, sagt etz-Geschäftsführer Matthias Rösch. „Das macht die Handhabung einfach.“

Akzeptanz-Radar – Konflikte vermeiden

Darüber hinaus stand das Thema Akzeptanz auf der Agenda von W3. Denn wie die kommunale Energiewende gestaltet werden soll, ist in vielen Gemeinden umstritten. Dabei fiel den Projektpartnern auf: Meistens wird über Sein oder Nicht-Sein einer geplanten Energie-Anlage gestritten. Über die Art der Umsetzung wird dagegen selten diskutiert. Dabei ist die Wie-Frage elementar, rückt sie doch das Gemeinwohl stärker in den Blick: ein lebenswertes Wohnumfeld, Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie wirtschaftliche Entwicklungschancen und finanzielle Gewinne sind hier die zentralen Themen. Das Ergebnis wurde durch die Forscher von inter 3 bestätigt, als

1 etz-Geschäftsführer Matthias Rösch (Zweiter von rechts) stellt Mitarbeitern des Landkreises Tirschenreuth Instrumente für eine regionale Energieflächenpolitik vor.

2 Eine mögliche Energiefläche? Bürgermeister Roland Grillmeier und etz-Geschäftsführer Matthias Rösch bei einer Flächenbesichtigung in der Stadt Mitterteich

sie durch Auswertung der regionalen Berichterstattung für jede Region ein Akzeptanz-Radar erstellten. Mit diesem Instrument können Kommunen frühzeitig Einwände erkennen und unter Umständen Konflikte vermeiden.

Darauf aufbauend entwickelten die Wissenschaftler das Wohlstandsradar. Es kann Entscheidern helfen, die möglichen Wohlstandseffekte einer geplanten Anlage zu erfassen und verschiedene Eigentümer- und Betreibervarianten zu beurteilen. Ein guter Gedanke, doch ein erster Praxistest in Mitterteich im Juli 2015 zeigte, dass an der Anwendungsfreundlichkeit noch gearbeitet werden muss. So wurde ein Online-Tutorial entwickelt, das im Herbst 2016 freigeschaltet wird.

Das Fazit: Die im Projekt entwickelten Instrumente sind trotz einiger Nachbesserungen in der Praxis nicht so leicht umsetzbar. Damit wird ein grundlegendes Problem sichtbar, das sich nicht komplett auflösen lässt: Praktiker wünschen sich Werkzeuge, die reibungslos funktionieren und Zeit sparen. Neue Lösungen aus der Forschung sind jedoch ungewohnt und kosten in der Phase der Einarbeitung zusätzliche Zeit, die investiert werden muss.

Schritt für Schritt

Interessierte Kommunen können die Instrumente, die im Projekt erarbeitet wurden, im Rahmen ihrer regionalen Energieflächenpolitik kostenlos einsetzen; die GIS-basierte Anwendung ist jedoch nur in den Partnerregionen verfügbar. Zusätzlich haben die Forscher von inter 3 mit Umweltplanern der Technischen Universität Berlin und den Praxispartnern Handlungsempfehlungen für die Politik ausgearbeitet. Alle wichtigen Elemente einer regionalen Energieflächenpolitik sind in einer Grafik dargestellt, die kostenlos verfügbar ist. Sie soll die Akteure zum Handeln einladen: „Hauptsache irgendwo anfangen und mit langem Atem strategisch vorgehen“, rät Bürgermeister Andreas Claus aus Uebigau-Wahrenbrück seinen Kollegen. Die Stadt Uebigau-Wahrenbrück geht mit gutem Beispiel voran: Sie etabliert nun ein Kompetenzzentrum für die Energiewende in der sogenannten Energieregion Lausitz in Brandenburg.

Auch die zwei anderen Partnerregionen verfolgen eigene Wege mit dem Ziel einer sozial- und umweltverträglichen Energiewende: In der Region Anhalt haben sich Kommunen, Unternehmen und interessierte Bürger zur Energieavantgarde Anhalt (EAA) zusammengeschlossen und wollen ein regionales Stromsystem aufbauen. Im Landkreis Tirschenreuth votierten die Bürger bei einer Befragung für regional verankerte genossenschaftliche Energieprojekte. Sie wünschten eine Verknüpfung von Energieerzeugung und -einsparung. Mit Unterstützung der Kreisverwaltung wurden deshalb die Bürgergenossenschaft TIR Energie und ein Energieeffizienz-Netzwerk auf den Weg gebracht.

„Die Fragen, die sich in der Praxis stellen, beschäftigen auch uns weiter“, sagt Energiefachmann Till Ansmann von inter 3. In neuen Projekten gehe es beispielsweise darum, was Bürger als Verbraucher und Produzenten erneuerbarer Energien zur Energiewende beitragen können oder wie Nachfrage und Angebot in einem zunehmend dezentralen, unbeständigen Energiesystem ins Gleichgewicht gebracht werden können.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:
Forschungsverbund W³ – Regionale Energieflächenpolitik (Hrsg.), 2016: Flächenscout. Informationen zur regionalen Energieflächenpolitik. Berlin. Im Download verfügbar: www.w3-energieflächenpolitik.de/service/publikationen.html

KONTAKT:
Helke Wendt-Schwarzburg
inter 3 Institut für Ressourcenmanagement
Telefon: 030 34347446
wendt-schwarzburg@inter3.de
www.inter3.de

Fotos: Susanne Stangl, Landkreis Tirschenreuth

Wie naturbewusst sind die Deutschen?

Sind die Menschen in Deutschland über den Zustand der Natur in ihrem Land informiert? Eine repräsentative Befragung zeigt: die Mehrheit schon, aber die Einschätzungen gehen weit auseinander. Besonders von jüngeren Menschen und Bewohnern größerer Städte wird der Artenrückgang unterschätzt.

[VON ANDREAS WILHELM MUES]

Die Artenvielfalt in Deutschland ist gefährdet: Rund ein Drittel der Tier- und Pflanzenarten stehen auf der Roten Liste bedrohter Arten. Besonders groß ist der Artenrückgang auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen, die in Deutschland über die Hälfte der Landesfläche ausmachen. Laut Grünlandreport des Bundesamtes für Naturschutz ist beispielsweise der Vogelbestand in den Agrarlandschaften Europas seit 1980 etwa um die Hälfte gesunken. Eine ähnliche Entwicklung gibt es bei den Insekten. Der Grund dafür: Viele Lebensräume sind verloren gegangen. Von 80 Grünland-Lebensraumtypen werden heute fast 80 Prozent als gefährdet eingestuft, 35 Prozent sind massiv vom Aussterben bedroht.

Wird der Schwund der Artenvielfalt von der Bevölkerung wahrgenommen? Antworten darauf gibt die im Frühjahr erschienene Naturbewusstseinsstudie 2015, für die bundesweit 2 054 Erwachsene befragt wurden. 66 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass es weniger Bienen gibt, 55 Prozent haben einen Rückgang bei den Schmetterlingen bemerkt. Dass es weniger Vögel gibt, glauben 40 Prozent. Auch wenn die Einschätzungen nicht im Detail mit naturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen übereinstimmen: Die Befragten nehmen die Entwicklungen in der Tendenz richtig wahr.

Bereits zum vierten Mal wurde eine Naturbewusstseinsstudie vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) durchgeführt. In der aktuellen Untersuchung wurden die grundsätzlichen Einschätzungen und Wahrnehmungen der deutschen Bevölkerung zu Naturschutz, Energiewende, biologischer Vielfalt, Stadtnatur und Agrarlandschaften ermittelt. Vorgestellt werden hier die Ergebnisse zum Themenbereich „Agrarlandschaften“.

Mehr Natur- und Artenschutz

Natur- und Artenschutz sollen nach Ansicht der Befragten in der Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielen: Eine große Mehrheit spricht sich für strengere Regeln zum Schutz der Natur und für die finanzielle Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft aus. 93 Prozent ist das Wohl der Tiere bei der Nutztierhaltung „wichtig“, 65 Prozent davon halten es sogar für „sehr wichtig“. Und auch auf dem Acker wünscht sich eine überwältigende Mehrheit naturnahe Anbaumethoden: 92 Prozent möchten, dass die Auswirkungen auf die Natur berücksichtigt werden, 64 Prozent davon halten das sogar für sehr wichtig. Regionale Anbau- und Konsumkreisläufe sind für 47 Prozent der Befragten sehr wichtig, 46 Prozent befürworten ökologische Anbaumethoden deutlich (Abbildung 1).

Weniger Chemie, keine Gentechnik

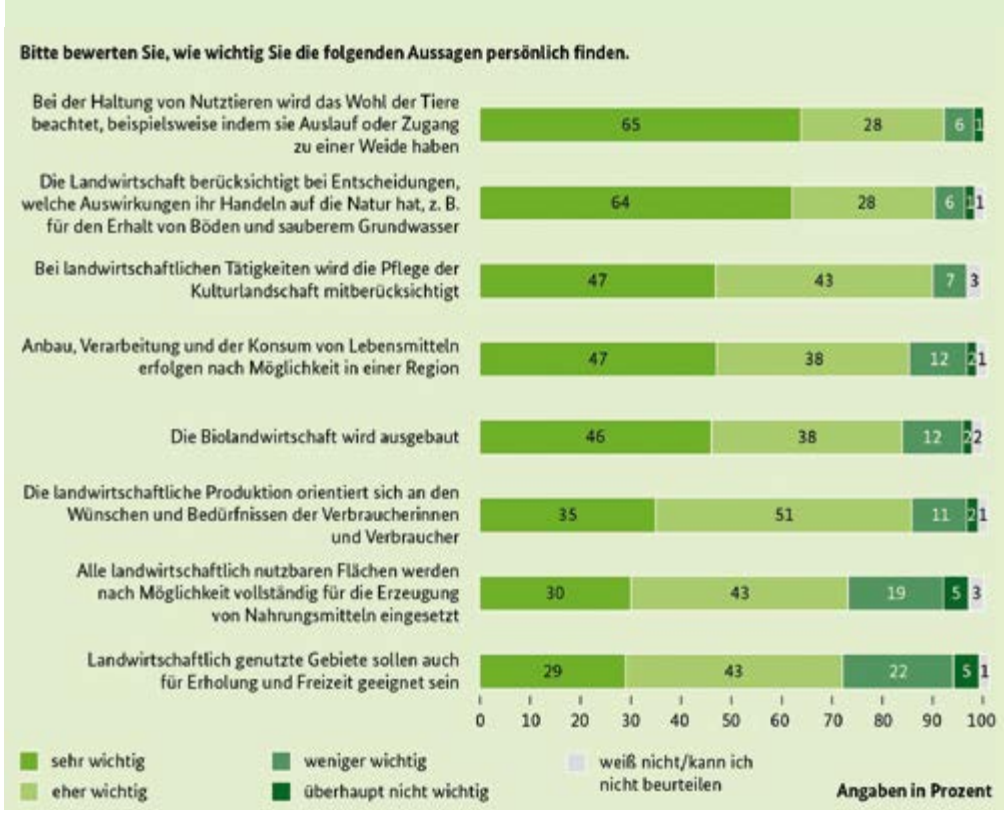
Die chemische Schädlingsbekämpfung wird von den meisten Befragten kritisch gesehen: Zwei Drittel halten sie für sehr schädlich, weitere 25 Prozent für zumindest „etwas schädlich“. 35 Prozent sind der Meinung, dass die Verwendung von Kunstdünger sehr schädlich ist, weitere 39 Prozent halten sie für etwas schädlich. Dass die Düngung mit natürlichen Mitteln, also Mist und Gülle, auch eine Belastung des Naturhaushaltes darstellen kann, ist offensichtlich nur wenig bekannt. Nur 13 Prozent der Befragten glauben, dass natürlicher Dünger sehr schadet, dass es etwas schadet, nehmen 22 Prozent an. Eindeutig abgelehnt wird der Einsatz von Gentechnik: Ein Verbot halten 76 Prozent für sehr wichtig oder zumindest eher wichtig, und nur sieben Prozent der Befragten haben überhaupt kein Problem damit, gentechnisch erzeugte Nahrungsmittel zu essen.

Die Kosten gemeinsam tragen

Naturschutz kostet Geld. Wenn der Staat in der Landwirtschaft strengere Regeln und Gesetze erlässt, kann das bedeuten, dass die Landwirte die Mehrkosten an die Verbraucher abgeben und die Lebensmittelpreise steigen. Ein überraschendes Ergebnis der Studie ist, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten – 83 Prozent – damit einverstanden ist, 45 Prozent unterstützen das sogar „voll und ganz“. Die direkte finanzielle Förderung einer naturverträglicheren Landwirtschaft durch den Staat wird im Bevölkerungsdurchschnitt ebenso mehrheitlich befürwortet. 74 Prozent sprechen sich dafür aus, davon stehen 30 Prozent „voll und ganz“ dahinter (Abbildung 2).

Stadt-, Land- und Altersunterschiede

Bei einer detaillierteren Analyse der Ergebnisse fällt auf, dass die jüngere



1

2

1 Einstellung der Bevölkerung zu agrarpolitischen Forderungen.

2 Bei der Naturbewusstseinsstudie wurde die Einstellung zur Agrarlandschaft abgefragt.

Generation eine weniger deutliche Position zur Agrarpolitik bezieht. Unter anderem halten es nur 57 Prozent der unter 30-Jährigen für sehr wichtig, dass bei der Nutztierhaltung das Wohl der Tiere berücksichtigt wird, bei den 50- bis 65-Jährigen sind es dagegen 74 Prozent, im Bevölkerungsdurchschnitt 65 Prozent. Auch zwischen Stadt- und Landbevölkerung gibt es auffallende Unterschiede. Ein Beispiel: Nur 25 Prozent der Bewohner von Großstädten mit über 500 000 Einwohnern befürworten eine finanzielle Förderung der Landwirtschaft deutlich, 37 Prozent halten strengere Regeln und Gesetze für sehr wichtig. Zum Vergleich die Aussagen in kleinen Gemeinden mit unter 5 000 Einwohnern: 36 Prozent stimmen hier einer finanziellen Förderung voll und ganz zu, 71 Prozent sind mit Nachdruck für strengere Regeln und Gesetze.

Naturbewusstsein ist vorhanden, aber ungleich verteilt

Die Naturbewusstseinsstudie 2015 zeigt, dass es in der Bevölkerung einen starken Rückhalt für eine naturverträgliche Landwirtschaft gibt. Die unkritischere Einstellung der jüngeren Erwachsenen stimmt allerdings nachdenklich. Dass die konventionelle Agrarproduktion zur Schädigung der Natur führen kann, sollte in dieser Altersgruppe stärker kommuniziert werden. So könnte die persönliche Handlungsfähigkeit und politische Meinungsbildung der jungen Generation gestärkt werden.
Das Gleiche gilt für die Einwohner größerer Städte. Die Herausgeber der Studie halten es für angemessen, zusätzliche zielgruppenspezifische Informationsangebote zu schaffen.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Bundesamt für Naturschutz (BfN), 2016: *Naturbewusstsein 2015. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt.* Berlin, Bonn; im Download verfügbar unter www.bfn.de/naturbewusstsein.html

KONTAKT:
Andreas Wilhelm Mues
Bundesamt für Naturschutz
Telefon: 0228 88491-1752
andreas.mues@bfn.de
www.bfn.de

BfN/BMUB - Naturbewusstsein 2015; Foto: Bogdan Mircea Hoda / 123rf.com

Ein Schirm für LEADER?

Die aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stammenden einschlägigen Verwaltungs- und Kontrollvorgaben differenzieren nicht nach Besonderheiten der LEADER-Förderung. Ein neuer Ansatz soll helfen: das Umbrella-Projekt.

[VON FRANK BARTELT]

Viele potenzielle Träger kleinerer LEADER-Projekte mit geringem Fördervolumen resignieren, wenn sie sich mit den komplexen Verwaltungs- und Kontrollvorgaben des Förderprogramms auseinandersetzen müssen. Auch die Verwaltungen beklagen einen unverhältnismäßigen Aufwand: Im Regelfall müssen sie die Bewilligungsfunktion für alle Projekte einer LEADER-Region wahrnehmen. Besonders betroffen sind die für LEADER so typischen Projekte mit relativ kleinen Fördervolumen, die mit Ideenwettbewerben, Workshops oder Transferbesuchen den Wissenstransfer unterstützen und die Bevölkerung animieren. Die Europäische Kommission hat das Problem erkannt und versucht, ihm mit der Option eines „Umbrella-Projekts“ entgegenzuwirken.

Zwei Perspektiven …

Die Idee klingt gut: Die aufwendigen Anforderungen gemäß der für den ELER geltenden Administrations- und Kontrollvorgaben würden nur für das Umbrella-Projekt angewendet. Kleinere Teilprojekte, die unter diesen Schirm, auf Englisch „umbrella“, schlüpfen, blieben davon unbehelligt. Eine Arbeitsgruppe von LEADER-Verantwortlichen des Bundes und der Länder sowie verschiedener benachbarter Mitgliedsstaaten hat daraus folgende pragmatische Vorstellungen entwickelt: Eine Lokale Aktionsgruppe (LAG) beantragt als Träger ein Umbrella-Projekt mit einer abstrakten Zweckbestimmung und ohne konkrete Einzelvorhaben und ist in der Folge für die Umsetzung im Rahmen von Unterprojekten verantwortlich. So weit, so gut.

Nun hat dieser flexible Ansatz von den für die Kontrollvorgaben zuständigen Kollegen in Brüssel aber einen empfindlichen Dämpfer erhalten: Auch ein Umbrella-Projekt müsse hinsichtlich seiner Kosten plausibilisiert werden, was ohne konkrete Teilprojekte nicht umsetzbar sei. Zudem müsse die Förderfähigkeit an den Teilvorhaben festgemacht werden.

… ein Kompromiss

Letztendlich wurde daraus folgender Ansatz entwickelt: Kleine, bereits existierende oder auch im Zuge eines thematischen Aufrufs eingereichte Projektideen mit ähnlicher Zweckbestimmung und vorhandenen Kostenschätzungen können von einer LAG zu einem Umbrella-Projekt zusammengefasst werden. Die Bewilligungsbehörden bekommen dadurch eine Vorstellung von den Gesamtkosten, deren Angemessenheit sowie der Struktur der Teilvorhaben. Sie können das Umbrella- Projekt bewilligen, eine Einzelbewilligung der Teilvorhaben entfällt.

Kein großer Wurf

Der administrative Aufwand bleibt bei diesem Verfahren ähnlich aufwändig wie beim Standardmodell einer Einzelbewilligung, er verteilt sich nur anders. Denn weiterhin müssen Nachweise der korrekten Mittelverwendung bis auf die Ebene der Teilvorhaben vorgehalten werden. Träger von Teilprojekten müssten aber keine eigenständigen Verfahren mehr betreiben. Auch die Bewilligungsbehörden könnten im Rahmen von Umbrella Projekten vorhandene Delegationsmöglichkeiten nutzen und den Aufwand reduzieren. Mehr Verantwortung und Belastung verbleibt dafür bei der LAG, insbesondere beim LAG-Management. Als Projektträger ist sie für die Antragstellung verantwortlich und nach Bewilligung für die korrekte Mittelausreichung an die Teilprojekte. Gegenüber der Bewilligungsbehörde hat die LAG als Projektträger eine Bringschuld hinsichtlich des Nachweises der korrekten Mittelverwendung. Einen direkten Zugriff auf die Umsetzung der Teilvorhaben hat sie aber nicht und ist insofern darauf angewiesen, dass die Träger der Unterprojekte gute Arbeit leisten.

Option für LEADER-Profis

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vertritt die Auffassung, dass Umbrella-Projekte für ein erfahrenes LAG-Management trotzdem eine Option sind: Mit vertrauenswürdigen Projektträgern könnte die LAG selbst Teilprojekte unbürokratisch auf den Weg bringen. Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen wollen ihren LAGs die Option eröffnen. ■

KONTAKT:
Frank Bartelt
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Telefon: 0228 529-3641
frank.bartelt@bmel.bund.de
www.bmel.de

Foto: lama-photography/ photocase.de

Was bringt das neue EEG?

Bisher garantierte der Staat Erzeugern von erneuerbarer Energie eine feste Vergütung über 20 Jahre. Mit der kürzlich verabschiedeten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) wird das System geändert: Ab Januar 2017 soll ein Ausschreibungsverfahren über die Höhe der Vergütung entscheiden. Was bedeutet das für ländliche Kommunen und Bürger?

Dr. Hermann Falk ist Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V. (BEE), dem Dachverband der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland. www.bee-ev.de

„Das EEG 2017 ist ein deutlicher Rückschlag für die dezentrale Energiewende."

Herr Dr. Falk, die Bundesregierung will die Energiewende und den Wettbewerb. Wer konkurriert zukünftig?
Wir haben die Sorge, dass durch Ausschreibungen wenige große Player bevorzugt werden, denn sie sind viel eher in der Lage, die damit verbundenen Risiken einzugehen. Bürger und Kommunen, die die Energiewende in Deutschland bislang ganz entscheidend ausgemacht haben, bleiben dann außen vor. Das EEG 2017 ist somit ein deutlicher Rückschlag für die dezentrale bürgernahe Energiewende – und für das Ausbautempo der Erneuerbaren im Ganzen.

Um die sogenannte Akteursvielfalt zu bewahren, sollen aber für bürgerschaftliche Energiegesellschaften vereinfachte Bedingungen gelten.
Bürgerenergieprojekte erhalten bei Auktionen einen Zuschlag, der sich am höchsten bezuschlagten Gebot orientiert. Das bedeutet: Die Differenz zwischen dem eingereichten Angebot und dem höchsten Gebot, das den Zuschlag erhalten hat, wird ausgeglichen. Dies ist ein richtiger, wenn auch sehr zaghafter Schritt. Allerdings müssen Bürgerenergieprojekte zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine Höchstsicherheit abgeben, die sie auch dann verlieren würden, wenn das Projekt aus Gründen scheitert, die nicht in ihren Händen liegen. Das heißt, für jede Anlage, die an einer Ausschreibungsrunde teilnimmt, muss eine Summe in fünfstelliger Höhe hinterlegt werden. Erhält der Akteur den Zuschlag und setzt das Projekt dann aber nicht um, wird dieser Betrag einbehalten. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dieser Punkt korrigiert werden muss, wenn Bürgerenergieprojekte in Zukunft weiterhin eine wichtige Rolle spielen sollen.

Für Kommunen gibt es überhaupt keine Erleichterungen. Sind also kleine ländliche Gemeinden quasi raus aus der EEG-Förderung?
Nein, die Kommunen können sich ja an den Bürgerenergiegesellschaften beteiligen. Mehr noch: Die Bürgerenergiegesellschaften sind sogar gesetzlich dazu verpflichtet, bei den Kommunen nachzufragen, ob diese sich beteiligen möchten.

Das Wettbewerbsverfahren greift erst bei relativ großen Anlagen, bei Wind- und Solarenergie an Land ab einer Leistung von 750 Kilowatt. Finden sich Betreiber solcher Anlagen im neuen EEG leicht zurecht?
Die Vorgaben legt die Bundesnetzagentur, die die Ausschreibungen ausrichtet, für jede Sparte detailliert fest. Fest steht: Das EEG ist mittlerweile zu einem unübersehbaren Bürokratiegestrüpp geworden. Aus ursprünglich zwölf Paragrafen im EEG 2000 wurden 104 Paragrafen im EEG 2014 mit fast 100 schwer verständlichen und unnötigen Ausnahmeregelungen, die auch noch beliebig miteinander kombiniert werden können. Das EEG 2017 verschlimmert dies noch. Somit wird ein Aufwand generiert, der auch das von der Bundesregierung angeführte Argument der Kosteneffizienz in Frage stellt.

Die Biomasse wird gesondert gefördert. Was verändert sich?
Die Einführung von Ausschreibungen für neue und bestehende Bioenergieanlagen ist grundsätzlich positiv, denn sie gibt einer mit der letzten EEG-Reform im Stich gelassenen Branche wieder eine Perspektive. Anlagenbetreiber, deren EEG-Vergütung demnächst ausläuft, erhalten nun die Chance, durch eine erfolgreiche Teilnahme an einer Ausschreibung den Weiterbetrieb ihrer Anlage zu sichern. In den Jahren 2017 bis 2019 sollen jährlich 150 Megawatt, zwischen 2020 und 2022 dann 200 Megawatt gebaut werden. Das ist deutlich mehr als vom Bundeswirtschaftsministerium ursprünglich vorgesehen, aber immer noch zu wenig für den Bestandserhalt. Mittelfristig muss das Ausschreibungsvolumen deutlich angehoben werden.

Herr Dr. Falk, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Anja Rath.

Foto: Marc Darchinger

Herausforderung Pflanzenzüchtung

Seit Jahrtausenden züchtet der Mensch Pflanzen gezielt fort, um bestimmte Eigenschaften zu fördern. Heutzutage müssen Züchter dabei frühzeitig die Anforderungen der Zukunft erkennen. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) legt bei der Forschungsförderung Wert darauf, dass Verbundvorhaben unterstützt werden, in denen möglichst viele mittelständische Züchter zusammenarbeiten. [VON ERDMUTE LORENZ]

Die Pflanzenzüchtung ist vor dem Hintergrund sich ändernder Anbau- und politischer Rahmenbedingungen ein schwieriges Unterfangen. Züchtungsforschung hat das Ziel, in der genetischen Vielfalt unserer Kulturpflanzen und verwandter Arten interessante Eigenschaften zu identifizieren und diese der Züchtung zur Verfügung zu stellen. Pflanzenforschung und -züchtung stellen gemeinsam sicher, dass der Landwirtschaft ein vielfältiges und leistungsstarkes Sortenspektrum zur Verfügung steht. Hierfür ist die Kooperation von öffentlicher Züchtungsforschung und privater Sortenzüchtung, wie sie in Deutschland seit Jahrzehnten praktiziert wird, eine Voraussetzung.

Die Resistenzzüchtung im Fokus

Das BMEL unterstützt seit Jahren vielfältige Forschungsaktivitäten. Rund zwei Drittel der Fördermittel für die Züchtungsforschung werden dabei für die Resistenzzüchtung aufgewendet. Auch in der BMEL-Ressortforschung im Julius Kühn-Institut ist dies eine Aufgabe von herausragender Bedeutung. Da bedingt durch den Klimawandel neue Krankheitserreger auftreten, bisherige Resistenzen durch Anpassung der Erreger überwunden und zukünftig weniger Wirkstoffe im Pflanzenschutz zur Verfügung stehen werden, wird die Züchtung resistenter Sorten auch in Zukunft ein wichtiger Schwerpunkt sein. Die Verknappung natürlicher Ressourcen sowie weitere Änderungen in den Rahmenbedingungen, beispielsweise die novellierte Düngeverordnung, machen es aus Sicht des BMEL nötig, das Hauptaugenmerk auch auf die Züchtung ressourceneffizienter Kulturpflanzen zu legen.

Angesichts dieser Herausforderungen ist es nach Auffassung des BMEL unerlässlich, neben den herkömmlichen Methoden auch neue Wege in der Züchtungsmethodik zu gehen. So hat die seit nunmehr 100 Jahren eingeführte Hybridzüchtung bei Mais, Zuckerrübe und Raps zu einem enormen Ertragsfortschritt geführt. Als Hybridsorten werden Pflanzensorten bezeichnet, die man durch die Kreuzung zweier verschiedener Inzuchtlinien erhält, und die damit widerstandsfähiger und ertragreicher als ihre Eltern sind. Allerdings gehen diese Eigenschaften beim Nachbau wieder „verloren“. Das kann einerseits als Nachteil für Landwirte gesehen werden. Andererseits profitieren die Landwirte, die sich für Hybridsorten entscheiden, von den Leistungszuwächsen. Sie beteiligen sich zudem mit dem Erwerb dieses Saatgutes an der Finanzierung des Züchtungsfortschritts, denn die Züchter refinanzieren durch den Verkauf von Saatgut ihre Investitionen in die Entwicklung neuer Sorten.

Die Methodenentwicklung schreitet über Zell- und Gewebekulturtechniken, molekulare Marker bis zu den „New Breeding Technologies“ stetig weiter voran. Mit solchen neuen Züchtungsmethoden können interessante Eigenschaften in einer Pflanze schneller identifiziert und gezielt verändert werden. Wichtig für das BMEL ist dabei, dass in Verbundvorhaben möglichst viele mittelständische Züchter bei der innovativen Entwicklung zusammenarbeiten, um an dem damit verbundenen Züchtungsfortschritt teilhaben zu können. Die öffentliche Forschungsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, dadurch einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Züchtungswirtschaft zu leisten. ■

KONTAKT:
Erdmute Lorenz
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
www.bmel.de

Foto: Patty1971/photocase.com

Erster Ernährungsrat gegründet

Die Stadt Köln hat als erste Stadt in Deutschland einen Ernährungsrat gegründet. Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung sollen so regionaler und nachhaltiger werden. [VON VALENTIN THURN]

Viele Kölner haben – wie andere Großstädter auch – die Beziehung zur Produktion von Nahrungsmitteln verloren. Lebensmittel genießen keine Wertschätzung mehr, oft werden sie vorschnell weggeworfen. Das könnte sich ändern, wenn die Menschen einen Teil ihrer Lebensmittel frisch und aus der Region beziehen – und damit ein engerer Kontakt zur Produktion hergestellt wird. Der neue Ernährungsrat Köln will dazu beitragen.

Die Situation

Das aktuelle Ernährungssystem ist nicht nur für die Verbraucher problematisch. Es hat gleichzeitig zu einem enormen Preisdruck geführt und viele Bauern gezwungen, auf Massenproduktion umzustellen. Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit sind dadurch gefährdet, darüber hinaus erzeugt die intensive Landwirtschaft anderswo auf der Welt Hunger, wenn auf großen Flächen Soja für die europäische Massentierhaltung anstelle von Lebensmitteln für die lokale Bevölkerung angebaut wird. Der Verein „Taste of Heimat“ hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit diesen Themen beschäftigt und das Projekt „Ernährungsrat für Köln und Umgebung“ initiiert. Mit der Gründung könnte der Großraum Köln zur ersten Modellregion in Deutschland werden, in der Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam einen Masterplan für eine neue Ernährungspolitik entwickeln.

Viele Aktive, ein Ziel

Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass ein Ernährungsrat Synergien freisetzen kann. Denn die Verwaltung kann nur umsetzen, was die Politik beschließt. Politiker brauchen dafür aber Rückhalt in Bevölkerung und Wirtschaft. Der Kölner Ernährungsrat berücksichtigt diese Zusammenhänge in seiner Struktur. Die 30 Mitglieder stammen zu je einem Drittel aus den Bereichen Politik und Verwaltung, Lebensmittelwirtschaft und Gesellschaft. Vertreter des Stadtrats und der umliegenden Landkreise sitzen mit Landwirten, Bäckern, Gastronomen und Bürgern, die sich aktiv für ein nachhaltiges Ernährungssystem einsetzen, an einem Tisch. Kölns Stadtkämmerin Gabriele Klug dazu: „Für eine gesunde und qualitativ hochwertige Ernährung, die die Klimaentwicklung, die Biodiversität, das Tierwohl und die Nachhaltigkeit im Blick hat, brauchen wir viele, die sich engagieren und eine passende Infrastruktur. Der neue Ernährungsrat für Köln und Umgebung ist ein wichtiger Baustein zum Erreichen dieses Ziels.“

Neue Versorgungskonzepte

Viele der Akteure, die dem Ernährungsrat angehören, haben in den vergangenen Jahren bereits Vorarbeit geleistet: die Stadt Köln mit den Öko-Märkten, die Regionalmarke „Bergisch pur“, Slow Food mit der Entwicklung eines Genussführers, der Gemeinschaftsgarten NeuLand, Einkaufsgenossenschaften wie Food Assembly und FoodCoop, die solidarische Landwirtschaft und die „GemüseAckerdemie“, bei der Schulklassen einen nahegelegenen Acker betreuen. Die neue Struktur bietet ihnen bessere Möglichkeiten, in der Stadt bekannt zu werden und administrative Hürden zu überwinden. Die alternativen Versorgungskonzepte können so Raum gewinnen. Darüber hinaus kann der Ernährungsrat neue Projekte entwickeln, beispielsweise in den Bereichen alternative Schulverpflegung, Vernetzung von Produzenten, Gastronomie und Handel oder Ernährungsbildung. Der Startschuss für diese Arbeit ist mit der ersten Sitzung des Ernährungsrates am 30. Juni 2016 gefallen. ■

KONTAKT:
Valentin Thurn
Taste of Heimat e. V.
info@tasteofheimat.de
www.ernährungsrat-köln.de

Foto: view7 / photocase.com

Drehscheibe für landwirtschaftliche Innovationen

Gegenseitige Besuche sind Methode beim Forschungsprojekt „AgriSpin“: Die europäischen Partner besichtigen und analysieren praktische Ansätze im jeweiligen Gastgeberland. [VON NATASCHA ORTHEN UND CAROLA KETELHODT]

Teambildung: Zum Konzept der Cross Visits gehören gemeinsame Aktionen in der Gruppe, beispielsweise eine Pflanzaktion bei den Frankfurter Gärten.

Landwirtschaftliche Betriebe, die für Innovationen offen sind, finden sich überall. Doch letztlich bestimmen das Umfeld und die Vernetzung über Erfolg und Misserfolg. Was fördert Innovationen in der Landwirtschaft? Was bremst sie aus?

Stimulierendes Umfeld

Mit diesen Fragen beschäftigt sich seit Mai 2015 das mit zwei Millionen Euro geförderte Horizon-2020-Forschungsprojekt „AgriSpin – Stimulating Space for Innovations in Agriculture“. Insgesamt 15 Partner aus 13 Mitgliedsländern sind daran beteiligt: Landwirtschaftsorganisationen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen für Innovationen und Beratung sowie regionale Institutionen. Ihr Ziel ist es, neue Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft Innovationsprozesse anstoßen und unterstützen – und wie sich Hindernisse beseitigen lassen. Methodisch setzt das Projekt auf Erfahrungsaustausch, Dialog und Lernen. Bei gegenseitigen Besuchen, den sogenannten „Cross Visits“, erhalten die Partner Einblick in innovative Projekte aus dem Agrarbereich, die sie anschließend gemeinsam reflektieren.

Beschreiben und Bewerten mit System

In jedem der 13 Partnerländer findet ein Cross Visit statt. Im Mai 2016 waren neun Teilnehmer aus acht europäischen Ländern nach Höchst im Odenwald gereist. Organisiert werden solche Besuche jeweils von den heimischen Partnern. Im Odenwald waren ist dies der Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) gemeinsam mit der Andreas Hermes Akademie, dem Forschungsinstitut für den biologischen Landbau (FiBL) sowie den Beratungsunternehmen entra und der Internationalen Akademie land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB). Mithilfe einer sogenannten Timeline dokumentierten die Teilnehmer Meilensteine, Unterstützer sowie kritische Momente im jeweils besichtigten Innovationsprojekt. Zudem beschrieben sie das Umfeld, die Akteure, die Netzwerke und definierten zum Schluss den Innovationstyp – zum Beispiel den des Hofguts Oberfeld in Hessen.

Typ: sozio-ökonomische Innovation

Die „Hofgut Oberfeld Landwirtschaft AG!“ besteht seit 2006 und bewirtschaftet nach biologisch-dynamischen Richtlinien das in der Kernstadt von Darmstadt gelegene Oberfeld (www.landwirtschaft-oberfeld.de). Daneben ist das Hofgut in den Bereichen Sozialtherapie und „Lernort Bauernhof“ aktiv. Partner ist die Initiative Domäne Oberfeld e.V. Eine Stiftung begleitet, vernetzt und unterstützt die vielfältigen Initiativen. Der Betrieb verbindet die landwirtschaftliche Produktion mit dem Stadtleben, beispielsweise bietet er

die Möglichkeit, eigene Parzellen zu bewirtschaften. Der Landwirt hat sich gut vernetzt, wird von einem Berater unterstützt und teilt sein finanzielles Risiko mit seinen Aktionären. Das Fazit der Cross-Visit-Teilnehmer: Das Hofgut Oberfeld kann mit seiner Organisation und der Entwicklung von neuen Betriebszweigen als sozio-ökonomische Innovation bezeichnet werden.

Gut beraten

In der Regel stehen Best-Practice-Beispiele von Innovationen auf Höfen im Mittelpunkt der Cross Visits von AgriSpin. Beim Besuch in Deutschland ging es außerdem um Innovationen in der landwirtschaftlichen Beratung. Für Berater ist es wichtig, das eigene Auftreten einschätzen und das Verhalten des Klienten bewerten zu können. Diesem Grundsatz folgt das Training für Landwirte und Berater der Andreas Hermes Akademie: Mithilfe eines standardisierten Verfahrens erstellten die AgriSpin-Teilnehmer beispielhaft ihr eigenes Persönlichkeitsprofil – und entwickelten dabei mitunter eine neue Perspektive. „Am Anfang war ich skeptisch, warum man in Deutschland für Beratung zahlen muss. Jetzt denke ich, dass dies völlig gerechtfertigt ist“, sagte Philippe Prigent aus den französischen Überseegebieten, wo Offizialberatung, also eine Beratung im öffentlichen Interesse oder staatlichen Auftrag, für Landwirte kostenfrei angeboten wird.

Das FiBL stellte das Traineeprogramm Ökolandbau vor, das selbstbewusst als „Nachwuchsschmiede für die Biobranche“ für sich wirbt. Tatsächlich ist es mit seinem unternehmensübergreifenden Ansatz einmalig in Europa. Von der Biobranche wird es zur Qualifizierung von neuen Mitarbeitern geschätzt. „Das Traineeprogramm bietet jungen Leuten eine Chance zum Eintritt in die Arbeit in der Biobranche“, sagte Dr. agr. Hycenth Tim Ndah, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Hohenheim und Mitglied der Science Group im AgriSpin-Projekt.

Unter die Lupe nahmen die AgriSpin-Teilnehmer zudem das von der IALB entwickelte Zertifikat für Berater im ländlichen Raum (CECRA) sowie die Vernetzungsaktivitäten für Manager von entra. „Die Ausbildung von Soft Skills bei den Beratern und die Standardisierung von Beratungsqualität sind wichtig“, sagte Andis Kursitis aus Lettland und fasste damit ein wichtiges Ergebnis des Besuches zusammen.

Cross Visits nutzen

Nach einem Jahr Projektlaufzeit zeichnen sich erste Antworten auf einige der Forschungsfragen ab: Innovationen können sich dann am besten entwickeln, wenn einzelne, enthusiastische Vordenker mit anderen, engagierten Akteuren zusammenarbeiten. Es entstehen sogenannte „warme Netzwerke“, die ein gemeinsames Ziel verfolgen. Berater sollten dabei als Moderatoren den Entwicklungsprozess unterstützen – und gemeinsam mit dem Landwirt lernen. Der Berater selbst muss sein Arbeitsumfeld ständig verbessern. Hilfreich ist „Peer-to-peer learning“, also das kollegiale Lernen, beispielsweise in Form von Cross Visits.

Die Projektteilnehmer von AgriSpin sehen sich in ihrem methodischen Ansatz bestätigt: Cross Visits eignen sich dafür, Prozesse abzubilden und zu bewerten. Und die Methode entwickelt sich kontinuierlich weiter: Fragen an Innovatoren und Beteiligte werden zunehmend expliziter, die Dokumentation der eigenen Erlebnisse ständig präziser. Begleitend werden die Ergebnisse der Besuche zudem wissenschaftlich dokumentiert und aufbereitet. „Eine so effiziente Methode wie die Cross Visits sollte zu verschiedenen Themen und Fragestellungen genutzt werden“, sagte Damiana Maiz, von HAZI, der ländlichen Entwicklungsagentur im spanischen Baskenland. Tatsächlich ließe sich das gemeinsame Lernen auf andere Gruppen übertragen, beispielsweise auf die Operationellen Gruppen der Europäischen Innovationspartnerschaften Agrar (EIP-Agri) oder Lokale Aktionsgruppen in LEADER.

Die vertrauensvolle Art gegenseitiger Evaluierung schafft zudem Freiräume, um über neue, grenzüberschreitende Formen der Zusammenarbeit nachzudenken. Für Berater werden diese Freiräume allerdings oft dadurch eingeschränkt, dass sie in die administrative Antragstellung eingebunden sind. Oder es fehlen die Grundvoraussetzungen: In vielen Ländern im Süden Europas und in Großbritannien gibt es gar keine geeigneten Beratungsorganisationen.

Ziel: Ergebnisse verbreiten

Das Projekt läuft weitere zwei Jahre. Dann sollen Ergebnisse und Erfahrungen möglichst viele Akteure aus Politik und Verwaltung sowie Beratung erreichen. Neben einer Best-Practice-Sammlung und einem Handbuch ist geplant, AgriSpin in sozialen Medien, Seminaren und Videos zum Thema zu machen. Die unterschiedlichen kulturellen und historischen Gegebenheiten der europäischen Länder sollen dabei berücksichtigt werden, regional zugeschnittene Hinweise sind geplant. Außerdem wollen die Projektpartner, Berater und Wissenschaftler allgemein gültige Regeln für ein Innovationen förderndes Umfeld ableiten.

Parallel zu den Cross Visits sind die Partner in das Europäische Innovationsnetzwerk eingebunden, in dem Erfahrungen und Ideen ausgetauscht und gezielt Verbesserungen für die Beratung von Innovatoren und für Innovationsprozesse erarbeitet werden. ■

SERVICE:

Zum Weiterlesen:
Projektwebsite: www.agrispin.eu

Europäisches Innovationsnetzwerk:
www.ec.europa.eu/eip/agriculture

KONTAKT:
Carola Ketelhodt
Innovationsbüro EIP Agrar Schleswig-Holstein
Telefon: 04331 9453-114
cketelhodt@lksh.de

Michael Kügler
Verband der Landwirtschaftskammern (VLK)
Telefon: +32 2 2854058
m.kuegler@vlk-agrar.de

Foto: DVS

DIE POSITION

Können wir auf dem Land alt werden?

Dr. Steffen Maretzke ist Regionalforscher und arbeitet beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

„In dem Moment, in dem man pflegebedürftig wird, kommen die Defizite der strukturschwachen ländlichen Räume geballt zum Tragen.“

Als demografieorientierter Regionalforscher ärgern mich schon lange undifferenzierte Aussagen, die dem ländlichen Raum ganz allgemein stärkste Bevölkerungsverluste zuschreiben. Wäre dem so, müsste dort auch die älteste Bevölkerung leben, denn Schrumpfung und Alterung liegen eng beieinander. Dem ist aber nicht so!

Die demografische Entwicklung des ländlichen Raums gestaltet sich in Deutschland sehr vielfältig. Weil die ökonomischen, sozialen und siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen den demografischen Wandel maßgeblich prägen, finden sich neben ländlichen Räumen mit Bevölkerungswachstum auch solche, die schon seit Langem schrumpfen. Dabei macht die Strukturstärke oder -schwäche eines Raumes den großen Unterschied. Es sind eben die strukturstarken ländlichen Räume in Bayern und Baden-Württemberg, die noch immer wachsen und ein sehr niedriges Durchschnittsalter aufweisen, während die strukturschwächeren, oft sehr peripher gelegenen Räume, die größtenteils im Osten liegen, stärkste Bevölkerungsverluste und die älteste Bevölkerung realisieren.

Für das Älterwerden weisen die letztgenannten Räume ganz offensichtlich die ungünstigsten Rahmenbedingungen auf. Bekanntlich werden die Alten ja immer älter und bleiben länger aktiv und gesund. Solange das so ist, stört die schlechte Erreichbarkeit der Infrastrukturen nicht, man ist ja mobil. In dem Moment aber, in dem man krank und pflegebedürftig wird, kommen die Defizite dieser strukturschwachen ländlichen Räume immer stärker und geballt zum Tragen. Dann sind die Läden, der Arzt, die Physiotherapie, das Rathaus, die Bank immer schwerer erreichbar. Die ohnehin stärker frequentierten Altenheime sind personalmäßig unterbesetzt, weil woanders mehr gezahlt wird und die Kinder, auf die man sich früher in dieser Situation verlassen konnte, sind auch schon lange weg. Die finanzschwache Kommune kann daran kaum etwas ändern. Mit Blick auf diese Situation überrascht es nicht, dass immer mehr Ältere diese, ihre Heimatregion verlassen.

Stimmen Sie dem zu?
Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur obenstehenden Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

Foto: Jürgen Streitberger Fotostudio

LESERBRIEF
Zu: „Wem gehört der Wald?“, LandInForm 2.16, Seite 53

Ja, ja, ja kann man zur Position von Freiherr zu Guttenberg sagen. Aber er bleibt auf halbem Wege stehen. Warum sagt er nichts zu „offiziellen“ Positionen, nichts zur Politik? Dass die grünen Städter so sind, ist „schlimm“ genug. Viel schlimmer ist meines Erachtens, dass die (meisten) Politiker nicht „besser“ sind und keine akzeptable Position beziehen. Wie aber auch, wenn in Sachsen-Anhalt ein studierter Jurist zum obersten Chef der Forstwirtschaft im Land gemacht wird. Welche Achtung hat diese Regierung vor dem Wald und der Forstwirtschaft (und deren Berufsstand)? Oder: Mit welcher Kompetenz will diese Regierung vernünftige Positionen zum Wald gestalten?

›› Manfred Fischer, Sangerhausen

LESERBRIEF
Zu: „Wem gehört der Wald?“, LandInForm 2.16, Seite 53

Sprachlich hat Philipp Freiherr zu Guttenberg mit seinem Beitrag wahrlich kein Meisterstück abgeliefert. Mit viel Polemik werden Naturschutzverbände, deren Mitglieder seit Generationen Stadtbewohner sind, zu einem Popanz aufgebauscht, der die Waldbewirtschaftung (also eine Tätigkeit) über den metertiefen Graben hinweg mit ideologischen Geschützen bekämpft, wobei eine Druckwelle auf den ländlichen Raum erzeugt wird, die das dortige Leben deutlich erschwert. Die Unterstellung, Umwelt- und Naturschützer beabsichtigten, „wilde Disneyparks“ mit Survival Camps in Wäldern und Kulturlandschaften zu errichten, ist so stupide, dass sich eine Kommentierung erübrigt.

Was die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung betrifft: Hanns Carl von Carlowitz (1647-1714) und Heinrich Cotta (1763-1844) kämen aus dem ungläubigen Staunen nicht heraus, wenn sie die heutige Forstwirtschaft erlebten. Diese ist nur sehr bedingt nachhaltig. Zwar sind die Holzerträge vielfach erstaunlich hoch, nur entspricht die moderne Holzernte keineswegs den Kriterien von Nachhaltigkeit. Eine übertriebene Feinerschließung der Bestände – sie ist der hochmechanisierten Holzernte mit überdimensionierten Maschinen von bis zu 70 Tonnen geschuldet – führt zur Zerstückelung der Fläche. Rückegassenabstände von 20 Metern und weniger sowie der Einsatz schwerster Forstmaschinen ruinieren die Böden und führen in Hanglagen dazu, dass bei Starkregenereignissen bedrohliche Schlammmassen talwärts gerissen werden. Unbestreitbar ist, dass moderne Waldbewirtschaftung (und eine Überhege der Schalenwildbestände) der Biodiversität nicht zuträglich sind. Die meisten Wälder sind heute artenärmer als ursprüngliche Wälder, die es in Mitteleuropa längst nicht mehr gibt.

Eigentlich sollte sich Freiherr zu Guttenberg für die Verwendung von Pferden bei der Holzernte und anderen Forstarbeiten einsetzen. Bei bestimmten Holzernteverfahren mit kombiniertem Einsatz von Pferd und Maschine, wie dem Kölner Verfahren und dem Wittgensteiner Verfahren, kann der Rückegassenabstand problemlos auf über 40 Meter erhöht werden – bei gleichzeitigem Zugewinn von zehn Prozent Holzbodenfläche. Würde diese zugewonnene Fläche ganz oder zumindest zur Hälfte der natürlichen Entwicklung überlassen, könnten die Waldbesitzer der Fauna-Flora-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie entsprechend handeln, ohne Verluste zu erleiden. Und die ernsthaften Naturschutzverbände würden das vorbildliche Handeln der Waldbesitzer begrüßen, der eingangs erwähnte Graben könnte zugeschüttet werden.

Indes, der Präsident der „AGDW-die Waldeigentümer“ und die Mehrheit der Mitglieder werden vermutlich weiter auf hochmechanisierte Holzernte setzen, Naturschutzverbände als unentbehrliche Gegner betrachten und somit wirkliche Chancen vertun, eigentlich mehr als schade! Abschließend: Auch für Waldbesitzer gilt Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes, der lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

›› Dr. Reinhard Scharnhölz, Kerpen

angelesen

Das Zwei-Grad-Ziel und der Weltklimavertrag

Die Autoren sind sich einig: Für die Klimadiplomatie war die Weltklimakonferenz in Paris ein großer Erfolg. Die Klimapolitik muss aber für die Umsetzung der von etwa 180 Ländern benannten, teilweise wenig belastbaren und schwer zu vergleichenden CO_2-Minderungsbeiträge noch viel tun. Die Autoren sehen Paris als Startpunkt für einen Transformationsprozess von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die Rolle der Nichtregierungsorganisationen als wichtige Treiber wird deshalb immer wieder betont. Nach einer kurzen Einführung in die Grundlagen des Paris-Abkommens und zu den Auswirkungen von zusätzlichen zwei Grad Celsius sind die anschließenden Beiträge im Kapitel „Wissenschaft" das „Herz" des Buches: Es sind weniger wissenschaftliche Texte, sondern Statements, die das Thema aus Sicht verschiedener Forschungsfelder beleuchten und unterschiedliche Ansätze für das weitere Vorgehen liefern. Zum Einsatz von Geo- und Climate-Engineering sowie CO_2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) widersprechen sie sich, Konsens besteht bei der Forderung nach einem effektiven CO_2-Handel, CO_2-Steuern und dem Kohleausstieg zwischen 2030 und 2040. Die meisten Autoren betrachten die Maßnahmen, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, nicht isoliert. Sie halten es für unabdingbar, andere Nachhaltigkeitsziele für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft mitzudenken, wie sie die Sustainable Development Goals (SDG) der UN formulieren.
Die Kapitel „Politik" und „Zivilgesellschaft" folgen überwiegend bereits bekannten Argumentationslinien. Die ständigen Wiederholungen vor allem der jüngeren Klimawissenschafts- und Politikgeschichte sowie zu verschiedenen Klimagipfeln nerven auf Dauer. Trotzdem haben viele Beiträge eine alleinstehende Aussage, die mal kürzer, mal länger ausfällt. Wenn man die Geduld aufbringt, liefern sie neue Denkanstöße. Außerdem gibt das Buch einen Einblick in die Haltung wichtiger deutscher Akteure zur nötigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. [jas]

Jörg Sommer, Michael Müller (Hrsg.):
Unter 2 Grad?
Was der Weltklimavertrag wirklich bringt,
2016, 320 Seiten, Hirzel-Verlag, Stuttgart, 19,80 Euro
ISBN 978-3-7776-2570-6

Wildnis entsteht im Kopf

Im Mai 2015 wurde der Nationalpark Hunsrück-Hochwald eröffnet – wie die Mehrheit der deutschen Nationalparke ein Waldnationalpark. Der Förster Claus-Andreas Lessander hat dessen Entstehung begleitet und seine Erfahrungen von der Idee über die Bürgerbeteiligung bis zur Konkretisierung des Konzepts in einem Buch zusammengefasst: sein „Statement zum Thema Nationalpark". Tatsächlich ist es ein humorvoller Erlebnisbericht mit thematischen Einschüben. Zu Beginn geht es um den Beteiligungsprozess in Rheinland-Pfalz, die Idee eines Nationalparks und seiner internationalen sowie nationalen Definition. In Deutschland ist das Bundesnaturschutzgesetz die rechtliche Grundlage und dessen unbestimmten Rechtsbegriffen widmet sich Lessander mit Amüsement: zum Beispiel dem Passus, der fordert, dass ein Nationalpark in einem überwiegenden Teil von Menschen nicht oder wenig beeinflusst sein soll. Aber: „In Deutschland kann man nur Kulturlandschaft unter Schutz stellen, weil es nichts anderes gibt", stellt er fest. Der Autor zeigt verschiedene Perspektiven. Selbst überzeugt von der Nationalparkidee, kann er nachvollziehen, dass ein Förster dadurch sein Lebenswerk eines nachhaltig bewirtschafteten Waldes zerstört sieht. Insbesondere im zweiten Teil wirft er zudem grundlegende Fragen auf: Was ist Wildnis? Und ist der Mensch ein Teil der Natur? Dabei blickt er auf andere Länder und das Weltgeschehen, um stets zum Nationalpark Hunsrück-Hochwald zurückzukehren. Dort gibt es Wildnis – als Prozessschutzgebiet. Und die Bürger sind „lokale Gemeinschaften" – denn dann darf laut internationaler Richtlinie auch der Wunsch nach Brennholz im Nationalparkkonzept berücksichtigt werden. Wer dem Buch unvoreingenommen begegnet, dem ermöglicht es, unterschiedliche Standpunkte zum Thema kennenzulernen und die eigenen zu reflektieren. Dabei liest sich der Text sehr unterhaltsam: mit einer Fülle an Anekdoten und eingestreutem Fachwissen, das allgemeinverständlich formuliert ist. [arh]

Claus-Andreas Lessander:
Der Ruf nach Wildnis –
Die Geburtsstunde eines Nationalparks,
2016, 208 Seiten, oekom-Verlag, München, 19,95 Euro
ISBN 978-3-86581-787-7

angekündigt

Förderung für nachbarschaftliche Klimaschutzprojekte

Verbände, Vereine, Stiftungen und Kommunen können bis zum **31. Oktober 2016** eine Förderung für Klimaschutzprojekte beantragen. Mit dem Förderaufruf „Kurze Wege für den Klimaschutz“ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative weitet das Bundesumweltministerium seine Förderangebote zur Realisierung klima- und ressourcenschonenden Alltagsverhaltens aus.
Ziel des Förderaufrufs ist die Unterstützung von Klimaschutzprojekten auf Nachbarschaftsebene. Die eingereichten Projekte sollen konkret zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen beitragen, beispielsweise durch eine Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Im Zentrum stehen dabei gemeinschaftliche, nicht profitorientierte Aktivitäten in verschiedenen Lebensbereichen wie Wohnen, Strom- und Heizenergieverbrauch, Ernährung, Flächenverbrauch und Konsum. [abb]

http://kurzlink.de/Klima_Nachbar

Kommunaler Umwelt-Kooperationspreis

Kooperationsprojekte mit kommunaler Beteiligung, die mit ihren Aktivitäten zum Schutz oder der Verbesserung der Umwelt beitragen, können am Umwelt-Wettbewerb „Menschen und Umwelt“ teilnehmen.
Die internationale Umwelt-Stiftung IntEF-U.A.N. (International Environmental Foundation of the Kommunale Umwelt-AktioN U.A.N.) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) loben den Wettbewerb gemeinsam aus. Gesucht werden Kooperationen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene mit kommunaler Beteiligung. Das können langjährig zusammenarbeitende, umweltthemenbezogene Arbeitsgruppen, aber auch internationale Netzwerke im Rahmen von Städtepartnerschaften sein.
Die Organisationsstruktur kann von formlosen Zusammenschlüssen bis hin zu juristischen Personen reichen. Der Siegerbeitrag wird mit einer Trophäe ausgezeichnet und gewinnt ein „Essen mit Umwelttalk“ zusammen mit dem Stiftungskuratorium. Zusätzlich sollen die ausgezeichneten Projekte durch den DStGB und die Stiftung IntEF-U.A.N. veröffentlicht werden. Die Bewerbungsfrist endet am **15. November 2016**. [abb]

http://kurzlink.de/Mensch_Umwelt

Naturschutz – natürlich interkulturell?!

Die Stiftung Naturschutzgeschichte lädt am **22. und 23. November 2016** in Kooperation mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) zu den zweiten Bonner Gesprächen zur Zukunft des Naturschutzes ein. Die Veranstaltung „Naturschutz – natürlich interkulturell?!“ möchte eine Debatte über Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Vertretern des Naturschutzes und denen, die sich im Bereich Migration und interkulturelle Bewusstseinsbildung einsetzen, befördern. Die Herausforderungen, aber auch die Chancen, die sich aus der Verknüpfung von Interkulturalität, Migration, Naturverständnis und Naturschutz ergeben, sollen dabei thematisiert werden.
Die Veranstaltung zielt außerdem darauf ab, Engagierte aus beiden Bereichen besser zu vernetzen. Darüber hinaus dient sie dem praxisbezogenen Erfahrungs- und Wissensaustausch. [abb]

http://kurzlink.de/Naturschutz_interkul

LandInForm

Ab sofort möchte ich kostenlos LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplare.

Institution

Vorname/Nachname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

☐ Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.
(Bitte geben Sie Ihre E-Mail-Adresse an.)

bitte freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
Gut leben im Alter

Termine

27. und 28. September	**Marktplatz für Dörfer *** Kooperationsveranstaltung in Brandenburg an der Havel	Bundesverband Lebendige Dörfer e. V., Forum Ländlicher Raum Brandenburg, DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/dorf
12. und 13. Oktober	**Anpassungen der Landwirtschaft an den Klimawandel *** Tagung in Bonn Infos auf Seite 9	Verband der Landwirtschaftskammern, DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klimaanpassung
19. bis 20. Oktober	**Biodiversität und Klima – Vernetzung der Akteure in Deutschland** Tagung auf der Insel Vilm	Bundesamt für Naturschutz http://kurzlink.de/BiodivKLIMA_bfn
22. bis 23. November	**Naturschutz – natürlich interkulturell?!** Veranstaltung in Bonn Infos auf Seite 55	Stiftung Naturschutzgeschichte http://kurzlink.de/Naturschutz_interkul
8. und 9. November	**Bundesweites LEADER-Treffen *** Veranstaltung in der Nähe von Ulm	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/veranstaltungen/leader-treffen

Unser Fokuscartoon

von Mele